

2. Sitzung

am Mittwoch, dem 15. Juli 2015

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 Satz 1 der Geschäftsordnung	21	Bericht zur Höhe der Fraktionszuschüsse Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft vom 1. Juli 2015 (Drucksache 19/12)	47
Kleine Anfrage gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	21		
Wahl des Senats			
a) Wahl des Präsidenten des Senats			
b) Wahl der übrigen Mitglieder des Senats		Weservertiefung zügig umsetzen! Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP vom 14. Juli 2015 (Neufassung der Drucksache 19/14 vom 2. Juli 2015) (Drucksache 19/21)	
Abg. Tschöpe (SPD)	22	Abg. Kastendiek (CDU)	47
Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen)	24	Abg. Professor Dr. Hilz (FDP)	48
Abg. Röwekamp (CDU)	26	Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen)	49
Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)	30	Abg. Reinken (SPD)	51
Abg. Frau Steiner (FDP)	34	Abg. Janßen (DIE LINKE)	53
Abg. Schäfer (BBR)	36	Abg. Kastendiek (CDU)	55
Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen)	36	Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen)	56
Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)	37	Abg. Reinken (SPD)	57
Abg. Tschöpe (SPD)	39	Senator Günthner	58
Abg. Dr. Buhlert (FDP)	40	Abstimmung	59
Abg. Röwekamp (CDU)	40		
Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)	42		
Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen)	43		
Vereidigung des Senats	45		
Anpassung der Entschädigungsleistungen Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 29. Juni 2015 (Drucksache 19/7)	46	Wahl von Frau Staatsrätin Ulrike Hiller zum weiteren Mitglied des Senats nach Artikel 107 Landesverfassung Mitteilung des Senats vom 14. Juli 2015 (Drucksache 19/23)	59
Arbeitsweise der Bürgerschaft Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft vom 1. Juli 2015 (Drucksache 19/11)	46	Vereidigung eines weiteren Mitglieds des Senats	60

Entschuldigt fehlt der Abgeordnete Timke.

Präsident Weber

Vizepräsidentin Dogan

Schriftführerin Ahrens

Vizepräsident Imhoff

Schriftführer Dr. Buhlert

Schriftführerin Mahnke

Schriftführer Senkal

Schriftführer Tuncel

Schriftführer Zicht

Bürgermeister **Böhrnsen** (SPD), Präsident des Senats,
Senator für Angelegenheiten der Religionsgemeinschaften
und für Kultur

Bürgermeisterin **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen), Senatorin für Finanzen

Senator für Inneres **Mäurer** (SPD)

Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz **Professor Dr. Quante-Brandt** (SPD)

Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen)

Senator für Umwelt, Bau und Verkehr **Dr. Lohse** (Bündnis 90/Die Grünen)

Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und für Justiz und Verfassung **Günthner** (SPD)

Senatorin für Kinder und Bildung **Dr. Bogedan** (SPD)

Staatsrat **Dr. Joachim** (Senatskanzlei)

Staatsrätin **Emigholz** (Senator für Kultur)

Staatsrat **Lühr** (Senatorin für Finanzen)

Staatsrätin **Hiller** (Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund,
für Europa und Entwicklungszusammenarbeit)

Staatsrat **Strehl** (Senatorin für Finanzen)

Staatsrat **Kück** (Senatorin Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz)

Staatsrätin **Friderich** (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr)

Staatsrat **Dr. Heseler** (Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen)

Staatsrat **Professor Stauch** (Senator für Justiz und Verfassung und für Wirtschaft,
Arbeit und Häfen)

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit **Dr. Sommer**

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die zweite Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich begrüße die anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Medien.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich die zehnte Klasse der Tobias-Schule Bremen, die Klasse 10 b der Waldschule Beverstedt und Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes Bremen. – Seien Sie alle ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie dem Umdruck der Tagesordnung mit Stand von heute, 9.00 Uhr, entnehmen können.

Diesem Umdruck können Sie auch den Eingang gemäß Paragraf 21 der Geschäftsordnung entnehmen, bei dem interfraktionell vereinbart wurde, ihn nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich insoweit um den Tagesordnungspunkt 8, Wahl und Vereidigung von Frau Staatsrätin Ulrike Hiller zum weiteren Mitglied des Senats nach Artikel 107 der Landesverfassung, Mitteilung des Senats, Drucksache 19/23.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten weiteren Umdruck zu entnehmen.

(B)

I. Eingänge gemäß § 21 Satz 1 der Geschäftsordnung

1. „Operation Last Chance“ – Die letzten lebenden NS-Täter müssen ihrer strafrechtlichen Verfolgung zugeführt werden
Antrag der Fraktion der CDU
vom 1. Juli 2015
(Drucksache 19/13)
2. Achtzehnter Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Achtzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)
Mitteilung des Senats vom 7. Juli 2015
(Drucksache 19/15)
3. Anhebung des Schwellenwertes bei der Errichtung von Flüchtlingsunterkünften bezüglich Kapitel 2.6 der Richtlinien zum Verkauf von Grundstücken des Landes und der Stadtgemeinde Bremen aus dem Jahr 2008
Mitteilung des Senats vom 7. Juli 2015
(Drucksache 19/16)
4. Schaffung von drogenfreien Bereichen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. Juli 2015
(Drucksache 19/17)
5. „Vorausschauende Polizeiarbeit“ ermöglichen – Einbruchskriminalität effektiver bekämpfen – Menschen im Land vor Einbrecherbanden schützen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. Juli 2015
(Drucksache 19/18)

6. Parlamentarische Repräsentation im Kontrollgremium der Polizei sicherstellen – Gesetz zur Änderung des Bremischen Polizeigesetzes (C)

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und DIE LINKE
vom 13. Juli 2015
(Drucksache 19/19)
1. Lesung

7. Robuste Einrichtung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge schaffen – Jugendliche vor Kriminalität schützen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 14. Juli 2015
(Drucksache 19/22)

8. Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Untersuchung der Gründe und des Ablaufs des Anti-Terror-Einsatzes vom 27. Februar bis 1. März 2015 in Bremen
Antrag der Fraktion DIE LINKE und von Abgeordneten der CDU
vom 14. Juli 2015
(Drucksache 19/24)

Diese Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

II. Kleine Anfrage gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

Wie digital lernen Kinder an Schulen in Bremen und Bremerhaven?
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU
vom 14. Juli 2015

(D)

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Ihnen mitteilen, dass die Gruppe der AfD sich am 13. Juli 2015 in Gruppe Bremer Bürgerliche Reformier, BBR, umbenannt hat und die Abgeordneten Piet Leidreiter, Klaus Remkes und Christian Schäfer aus der Partei Alternative für Deutschland ausgetreten sind. Der Abgeordnete Alexander Tassis ist weiterhin Mitglied der Partei Alternative für Deutschland.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Wahl des Senats

a) Wahl des Präsidenten des Senats

b) Wahl der übrigen Mitglieder des Senats

Wir kommen zur Wahl des Präsidenten des Senats.

(A) Gemäß Artikel 107 Absatz 2 Satz 2 unserer Landesverfassung wird zunächst der Präsident des Senats in einem gesonderten Wahlgang gewählt.

Für die Wahl des Präsidenten des Senats hat die Fraktion der SPD Herrn Dr. Carsten Sieling zur Wahl vorgeschlagen.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tschöpe.

Abg. Tschöpe (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In den vergangenen 18 Legislaturperioden hatten viele SPD-Fraktionsvorsitzende die Ehre, in eine Senatswahl einzuführen. Vor 20 Jahren und 11 Tagen hat hier im Haus die Wahl des Senats der Großen Koalition unter Henning Scherf stattgefunden. Dies war das Ergebnis des bisher schlechtesten Wahlergebnisses der SPD. Diese Große Koalition trat an mit von Klaus Wedemeier erstrittenen Sanierungsmilliarden und einer übergroßen Mehrheit im Parlament.

Heute steht hier ein SPD-Fraktionsvorsitzender und bringt nach einem für die Sozialdemokratie ernüchternden Wahlergebnis eine Koalitionsregierung ein, die weder die Milliarden Euro noch die übergroße Mehrheit hat.

Wir treten trotzdem an, um verloren gegangenes Vertrauen zurückzuerobieren. Wir treten an, um gemeinsam mit den Grünen die letzte Meile des Sanierungspfades zu gehen. Wir treten an mit einem Konzept für bessere Bildung, für eine wachsende Stadt, für verstärkten Wohnungsbau und für die Schaffung von Arbeitsplätzen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wir treten an mit klaren Verstärkungen beim Personal bei den Lehrern, bei der Polizei und bei der Feuerwehr.

(Beifall SPD)

Wir treten an in dem Bewusstsein, dass der Sanierungspfad alle in Bremen und Bremerhaven zwingen wird, lieb gewordene Strukturen und Projekte zu hinterfragen, ob diese einen Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen leisten.

Meine Damen und Herren, wir legen Ihnen mit unserem Koalitionsvertrag nicht nur eine gute Grundlage für die nächsten vier Jahre vor, sondern auch einen Vertrag des Machbaren. Dieser Vertrag des Machbaren orientiert sich daran, die wirtschaftlichen Chancen des Standortes zu nutzen, um mehr existenzsichernde Arbeitsplätze neu zu schaffen. Dazu gehört für die Sozialdemokraten auch insbesondere die Schaffung von Infrastrukturen wie die Vertiefung der Außenweser, der Bau des OTB oder der Ringschluss der A 281.

(Beifall SPD)

Dieser Koalitionsvertrag orientiert sich auch daran, den sozialen Zusammenhalt in unseren Städten zu stärken. Dreh- und Angelpunkt für Sozialdemokraten, aber auch für die Grünen ist eine gerechte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, das ist prioritär durch Bildung für alle zu erreichen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

In den Bereichen Kinder und Bildung, Jugend und Hochschulen setzen wir deshalb auch einen Schwerpunkt in unserer Koalitionsvereinbarung. Dieser Koalitionsvertrag orientiert sich aber auch daran, die Selbstständigkeit Bremens und seine finanziellen Lebensgrundlagen in einer soliden Finanzpolitik und mit einer aktiven Interessenvertretung gegenüber dem Bund und den anderen Ländern zu sichern.

Wir Sozialdemokraten haben für diese Ziele ein geschlossenes Senatsteam aufgestellt, das diese Ziele zusammen mit unserer Fraktion und Partei verfolgen wird.

Als Präsidenten des Senats schlagen wir Herrn Dr. Carsten Sieling vor. Herr Dr. Sieling war 14 Jahre lang Mitglied dieses Hauses, bevor er Abgeordneter in Berlin geworden ist. Er ist auf Bundesebene exzellent vernetzt, er war führendes Mitglied im Finanzausschuss des Bundestags und ein ausgewiesener Experte in Finanzierungsfragen des Staates. Wir sind einhellig der Auffassung, dass Herr Dr. Sieling der richtige Mann ist, um die kommenden Verhandlungen über die Bund-Länder-Finanzbeziehungen zu einem für Bremen erfolgreichen Abschluss zu bringen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Mit Herrn Dr. Sieling bekommen wir nicht nur einen neuen Bürgermeister, sondern jemanden, der neue Impulse setzt und die nötige Konsequenz besitzt, Ideen umzusetzen, die Zusammenführung der Bereiche Kinder und Bildung ist hierfür nur ein Beispiel.

Unerlässliche Reformen, sei es der Abbau von Doppelstrukturen zwischen Bremerhaven und Bremen, der notwendige Umbau der Verwaltung, sei es das Setzen von Prioritäten, dann aber auch leider Posterioritäten bei Investitionen, werden nie von einzelnen Menschen umgesetzt, aber sie brauchen den Willen der Spitze. Diesen Willen hat Herr Dr. Sieling, und wir, die Fraktion und ich, sind sicher, wir, die Koalition, werden ihn dabei unterstützen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, in unserem Stadtstaat stehen wir nach wie vor vor großen Herausforderungen. Bildungserfolg und soziale Herkunft sind bei uns

(C)

(D)

- (A) immer noch viel zu eng miteinander verknüpft. Das wollen wir aufbrechen, und deshalb hat sich diese Koalition dazu entschlossen, die Bereiche Kinder und Bildung zusammenzuführen.
- Das neue Ressort bekommt auch eine neue Ressortspitze. Ich freue mich sehr, dass Herr Dr. Carsten Sieling mit Frau Dr. Claudia Bogedan eine Frau gewinnen konnte, die – obwohl noch jung an Jahren – bereits über eine große politische Erfahrung verfügt. Als langjährige Abteilungsleiterin im Bereich der Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung bringt sie zudem auch gute fachliche Voraussetzungen mit. Eine Unbekannte ist sie hier in Bremen übrigens auch nicht, von 2003 bis 2007 hat sie vier Jahre lang an der Universität gearbeitet und schließlich auch hier in Bremen promoviert.
- Dr. Claudia Bogedan – das hat mich doch beeindruckt – hat bei ihrer Vorstellung bei unserem Landesparteitag am Wochenende gesagt, nicht Menschen müssen sich an die Institutionen und Strukturen anpassen, sondern umgekehrt, und ich glaube, das ist ein sehr wichtiger Satz für die weitere Politik im Bereich Kinder und Bildung.
- (Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)
- (B) Wenn sich die Gesellschaft verändert, dann muss die Politik den Mut und die Kraft haben, tradierte Organisationsformen auf ihre Tauglichkeit hin zu überprüfen und gegebenenfalls an die veränderte Realität anzupassen; nicht die Realität an die Strukturen, sondern die Strukturen an die Realität. Das ist keine leichte Aufgabe. Sie wird Zeit brauchen, viel Arbeit machen und vieler Überzeugungskraft bedürfen. Ich bin mir sicher, dass Dr. Claudia Bogedan das schaffen wird, auch mit unserer vollen Unterstützung. Diese sage ich hier im Namen der SPD-Fraktion zu, ich gehe auch davon aus, dass sie die der Grünen hat.
- (Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)
- Meine Damen und Herren, vom jüngsten nun zum ältesten Mitglied des Senats! Wir schlagen Ihnen Herrn Senator Ulrich Mäurer als alten und neuen Innensenator vor. Bei meiner letzten Einbringungsrede habe ich gesagt – dazu wurde im Protokoll „Heiterkeit“ vermerkt –: „Wäre er ein Fußballspieler, würde man sagen, er kann rechts wie links.“ Das gilt auch heute noch.
- (Beifall SPD)
- Herrn Senator Mäurer und mich eint die feste Überzeugung, dass Innenpolitik nicht das Spielfeld von Ideologien ist. Gute Innenpolitik ist schmucklos. Man muss mit den vorhandenen Mitteln und Menschen das Richtige tun, um abstrakte oder konkrete Gefahren für die Bremer Bürger abzuwehren. Dies hat Herr Mäurer in den beiden vergangenen Legislaturperioden getan und wird dies auch weiterhin tun.
- (C) Lassen Sie mich aus gegebenem Anlass vielleicht noch sagen, wenn ein Imam eines isolierten, als salafistisch auftretenden Vereins einer Moschee eine Rücktrittsforderung an einen Innenminister stellt, dann kann dessen Innenpolitik nicht völlig falsch sein!
- (Beifall SPD)
- Meine Damen und Herren, mit Frau Professor Dr. Quante-Brandt setzen wir auf eine bewährte Ressortspitze, die sich neben dem Bereich Wissenschaft künftig auch um den Gesundheitsbereich kümmern wird. Schon durch ihre persönliche Lebensgeschichte, ihre frühere Tätigkeit als Professorin und Leiterin der Akademie für Arbeit und Politik an der Bremer Universität, ist das für unsere wirtschaftliche Entwicklung wichtige Thema Wissenschaft bei ihr gut aufgehoben. Als Wissenschaftssenatorin hat sie in der vergangenen Legislaturperiode mit dem Wissenschaftsplan unter Beweis gestellt, dass sie ohne ständig steigende Mittel darauf hinwirken kann, dass wir gut aufgestellte Hochschulen und eine hoch innovative Wissenschaftslandschaft haben.
- (D) Die zukünftige Ausgestaltung der GeNo ist allein schon wegen der finanziellen Dimension und der existenziellen Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt Bremen eine Gesamtaufgabe des Senats. Trotzdem braucht eine solche kollektive Aufgabe jemanden, der treibt und vorangeht. Wir sind froh, dass wir für diese Aufgabe eine erfahrene und kommunikative Politikmanagerin gefunden haben, die bereit ist, diese Aufgabe zu übernehmen.
- (Beifall SPD)
- Meine Damen und Herren, die vielleicht wichtigste Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben und für Teilhabe an unserer Gesellschaft ist ein sicherer Arbeitsplatz, gute, fair bezahlte, nicht prekäre Arbeit. Eine ebenso vorausschauende wie nötige Wirtschaftspolitik, die sich an den Stärken unserer beiden Städte orientiert, sichert Arbeitsplätze und ist auch das beste Mittel, um Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen.
- Mit Herrn Günthner schlägt Ihnen die SPD einen Senator vor, der in den letzten Jahren bewiesen hat, dass er sein Handwerk versteht, und zwar buten wie auch binnen, ob Gewerbeflächenentwicklung in Hemelingen, Schwerlasthafenbau in Bremerhaven oder Raumfahrt in den USA. Herr Günthner ist in Sachen Standortpolitik ein ebenso geschätzter wie anerkannter Sachwalter der wirtschaftlichen Interessen des Landes, seiner Unternehmen und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Land Bremen.
- (Beifall SPD)
- Bei diesem im Übrigen dienstältesten Wirtschaftsminister Deutschlands ist die Bremer Wirtschaft in gu-

(A) ten Händen gewesen und wird es in den nächsten vier Jahren auch sein.

(Beifall SPD)

Selbstverständlich wird es so sein, dass die SPD die Vorschläge vom Bündnis 90/Die Grünen unterstützt. Frau Bürgermeisterin Linnert, Herr Dr. Lohse, Frau Stahmann, ich sichere Ihnen im Namen der SPD-Bürgerschaftsfraktion eine faire und konstruktive Zusammenarbeit in den kommenden vier Jahren zu.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Lassen Sie mich schließen mit einem Zitat von Herbert Wehner, das, glaube ich, relativ gut zur Situation in Bremen passt: „Politik ist die Kunst, das Notwendige möglich zu machen.“

Ich wäre zufrieden, wenn in 20 Jahren eine dann sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende bei ihrer Einbringungsrede zu einem Senat sagen könnte: Rot-Grün hat von dem Jahr 2015 bis zum Jahr 2019 auch ohne Milliarden und ohne übergroße Mehrheiten das Notwendige möglich gemacht und Perspektiven für unser Bundesland und die hier lebenden Menschen geschaffen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(B) (Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer.

Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als ich mich auf diese Rede vorbereitet habe, habe ich mir das Szenario dieser Debatte vorgestellt: Die beiden Regierungsfractionen stellen die Erfolge ihrer Koalitionsverhandlungen und die Ziele ihrer Politik für die nächsten vier Jahre vor, und ritualgemäß werden die Oppositionsparteien beklagen, dass all dies Murks sei. Das ist auch erst einmal okay so, die Opposition muss den Finger in die Wunde legen, denn wir als Regierung brauchen auch immer ein Richtmaß, um zu sehen, ob wir richtig liegen, oder manche Kritik stimmt und wir nachbessern müssen.

Meine Damen und Herren, ich möchte diese Debatte aber nutzen, um zunächst noch einmal auf jene zurückzublicken, für die wir überhaupt Politik machen. Ich finde, uns allen hier im Haus muss die Wahl ernsthaft zu denken geben, bei der Frage, ob es hier Gewinner oder Verlierer gab, stelle ich eines fest: Wir alle hier haben verloren! Wir in der Politik – egal welche Partei – haben das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik in großem Maß verloren. Bei einer Wahlbeteiligung von 50,2 Prozent kann man da nichts mehr schönreden. Die Hälfte aller Bremerinnen und Bremer hat die Lust am Wählen verloren

und traut ganz offensichtlich keiner Partei mehr zu, ihre Interessen zu vertreten.

(C)

Meine Damen und Herren, freie Wahlen sind die Voraussetzung für Demokratie. Wenn die Menschen kein Vertrauen mehr in die Politik haben, wenn sie nicht mehr wissen, warum und wen sie wählen sollen, dann haben wir ein riesiges Problem.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Ich denke daher, wir sollten heute hier in Demut vor diesem ernst zu nehmenden Signal der Menschen debattieren.

Ein wichtiges Ziel, das uns alle von Beginn dieser Legislaturperiode an verbinden sollte, muss sein, das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen. Das kann nur gelingen, wenn wir zu den Menschen hingehen, uns ihre Anliegen und Probleme anhören und sie ernst nehmen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Sicherlich lässt sich nicht jedes Problem lösen, aber uns darum zu bemühen, eine Lösung zu finden, das muss unser Anliegen sein.

Vor uns liegen vier entscheidende Jahre, um Bremen zukunftsfest zu machen, umso wichtiger ist es, die Menschen auf diesem Weg mitzunehmen. Unsere Aufgabe ist es, ein nachhaltig wachsendes Bremen für und mit den Menschen lebenswert zu gestalten. Es geht darum, dass Kinder ordentliche Förderung und Bildung bekommen. Es geht darum, dass Alleinerziehende eine größere Chance erhalten, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen.

(D)

Es geht darum, dass Familien eine bezahlbare Wohnung finden. Es geht darum, dass junge Menschen einen Ausbildungsplatz erhalten und mehr Menschen der Wiedereinstieg in den Beruf gelingt. Es geht darum, dass junge Kreative hier ihr Standbein auch zum Nutzen der übrigen Wirtschaft haben. Es geht darum, dass Flüchtlinge hier gut aufgenommen werden und unsere Städte auch mit ihren Talenten voranbringen. Es geht darum, dass Wirtschaftsförderung sich um die Anliegen von Handwerksbetrieben oder Einzelhändlern genauso kümmert wie bei den Konzernen. Es geht darum, das wertvolle Grün in der Stadt für die biologische Vielfalt und die hohe Lebensqualität zu bewahren, und es geht nicht zuletzt darum, den Klimaschutz zu verstärken, damit Bremen nicht im wahren Sinn des Wortes untergeht und absäuft.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Diese Liste ließe sich noch lange fortführen. Im Kern unserer Politik geht es darum, den Menschen Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben zu eröffnen und unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren.

(A) (Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Für mich sind Bremen und Bremerhaven zwei Städte mit jeweils zwei Gesichtern. Es gibt die Sonnenseite: die prosperierende, lebensfrohe, bunte, hilfsbereite, attraktive und auch alternative Großstadt. Die Umfragen zeigen, dass die Bremerinnen und Bremer ihre beiden Städte lieben, meine Damen und Herren. Das ist etwas, worauf wir in Bremen und Bremerhaven stolz sein können, das ist ein Pfund, das wir auch bewahren müssen.

Wir sind Bremen, die Stadt am Fluss, die Stadt mit einer quirligen Kulturszene, die Stadt mit viel Grün, das die Lebens- und Wohnqualität besonders ausmacht, die Stadt mit einer erfolgreichen Wissenschaftslandschaft, die Stadt, in der gerade junge Familien gern wohnen, in die aber auch immer mehr ältere Menschen aus dem Umland wieder zurückziehen. Wir sind aus diesem Grund auch eine wachsende Stadt. Wir sind fünftgrößter Industriestandort Deutschlands, aber außerhalb der Innenstadtbereiche ländlich geprägt mit einem unglaublich schönen Grüngürtel.

Bremerhaven ist unsere maritime Stadt mit erfolgreichen Seehäfen, mit maritimem Flair, sie ist attraktiv für Touristen, sie ist Klimastadt mit hoch renommierten Meeres- und Klimaforschungseinrichtungen, mit einer gut laufenden Fisch- und Lebensmittelverarbeitungsindustrie, und sie ist 1a-Offshore-Standort Deutschlands. Bremerhaven hat sich in den letzten Jahren enorm positiv verändert, meine Damen und Herren, und das müssen und wollen wir weiter fördern.

(B)

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Beide Städte sind attraktiv, sie haben viele Potenziale, und die Bremerinnen und Bremer sind offen, das sieht man auch an der besonderen Willkommenskultur hier in Bremen. Ich sage Ihnen, ich bin stolz, in einem Bundesland zu leben – wie wissen, es gibt andere Beispiele in Deutschland –, in dem die absolute Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger Flüchtlingen ein neues Zuhause gibt, tolerant ist und versucht, die Menschen, die aus ihren krisengeschüttelten Ländern geflohen sind, zu unterstützen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Beide Städte unseres Landes haben aber auch eine Schattenseite, nämlich eine hohe Armuts- und Arbeitslosenquote. Wir können es uns einfach nicht erlauben, darauf zu verweisen, dass das ein typisches Großstadtphänomen ist, im Gegenteil, es muss uns Ansporn sein, dagegen anzukämpfen, denn daran hängen hier Tausende von Einzelschicksalen, meine Damen und Herren! Unsere Aufgabe als Politik ist es, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Bildungschancen, ein selbstbestimmtes Leben und gesellschaftliche Teilhabe möglich sind, und wir bauen

dabei keine Luftschlösser, sondern gehen das pragmatisch an.

(C)

Die Analyse zeigt, dass vor allem Alleinerziehende mit ihren Kindern vermehrt von Armut betroffen sind und auch Altersarmut ein Problem ist. Wir werden daher in den nächsten vier Jahren zum Beispiel Alleinerziehende in der Arbeitsmarktförderung verstärkt berücksichtigen, die Kinderbetreuung flexibilisieren und Ganztagschulen ausbauen, denn klar ist, nur wer ein auskömmliches Einkommen hat und sich nicht täglich Sorgen um seine Existenz machen muss, kann wirklich am gesellschaftlichen Leben teilhaben.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Vor allem Bildung ist der Schlüssel zur Bekämpfung von Armut. Wir müssen bei den Kleinen anfangen, um ihnen eine Chance für das Leben zu geben. Daher finden wir es richtig, dass wir in den Koalitionsverhandlungen nicht nur beschlossen haben, 200 Lehrer mehr vor die Tafel zu bringen, sondern in Zukunft auch Kitas und Bildung gemeinsam zu denken. Nur so lässt sich eine durchgängige Förderung von Anfang an besser gestalten. Bei einer solchen Veränderung muss man aber mit Bedacht vorgehen, dabei müssen alle mitgenommen werden, vor allem auch die Beschäftigten in den Kinder- und Bildungseinrichtungen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

(D)

Wir Grünen wollen nämlich, dass diese engere Verzahnung von Kitas und Grundschulen am Ende für die Kinder von Erfolg gekrönt ist.

Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen auch, dass sich nur jemand in der Schule gut konzentrieren kann, wenn er satt ist, daher ist uns ein gutes Mittagessen in Kitas und Schulen wichtig. Wir wollen, dass der Anteil an Bio- und regionalen Lebensmitteln erhöht wird, das stärkt die regionale Landwirtschaft, und es bedeutet gesunde und hochwertige Nahrung für die Kinder.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Deshalb finden wir Grünen es auch richtig, dass der Bereich der Landwirtschaft jetzt beim Umweltressort angesiedelt wird.

Ein paar Worte möchte ich noch zu einem der Kernthemen der Grünen sagen: Wir bekennen uns als Koalition zum Ausstieg aus der Kohleenergie und zur Energiewende, meine Damen und Herren, denn in den erneuerbaren Energien liegt die Zukunft, und gerade in Bremerhaven bedeutet das auch Arbeitsplätze. Wir wollen die Akzeptanz der Energiewende erhöhen, indem wir künftig zum Beispiel genossenschaftliche Windkraftprojekte fördern.

(A) Wir verstärken den Klimaschutz, um den CO₂-Ausstoß bis 2020 um 40 Prozent zu verringern. Zugleich müssen wir Bremen und Bremerhaven dem Klimawandel und dem damit verbundenen häufiger vorkommenden Starkregen anpassen, damit die Menschen weiter in trockenen Häusern leben können und die Infrastrukturen für Unternehmen intakt bleiben.

Wir haben uns darauf verständigt, den Umweltbetrieb Bremen mit drei Millionen Euro zusätzlich auf solidere Beine zu stellen, weil das Grün in der Stadt extrem wichtig ist und wir Grünflächen und Bäume erhalten und pflegen wollen. Wir haben auch erreicht, dass weitere Flächen wie die Rohrniederung in Bremerhaven geschützt oder die Auen an der Lesum oberhalb von Burg-Grambke wiederhergestellt werden. Auf alle diese Bestandteile haben sich die Koalitionsfraktionen geeinigt.

Wir werden auch zeigen, dass es im Rahmen der Innenentwicklung genügend Flächen gibt, die eine Bebauung auf der grünen Wiese wie der Osterholzer Feldmark überflüssig machen,

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

und wir haben uns im Koalitionsvertrag auf mehr Lärmschutz und eine Verstetigung der Finanzierung des Lärmschutzprogramms verständigt.

(B) Meine Damen und Herren, ich könnte jetzt noch viele Details aus dem Koalitionsvertrag aufzählen, die in den nächsten vier Jahren allesamt wichtige Elemente der Politik dieser Koalition sein werden. Die nächsten vier Jahre bergen große Herausforderungen: Ob es die adäquate Unterbringung von immer mehr Flüchtlingen oder die Einhaltung des Sanierungspfades in der Finanzpolitik ist – Herr Tschöpe ist ja schon darauf eingegangen –, die Koalition wird sich zusammen mit dem Senat diesen Herausforderungen stellen, um die Lebensqualität der beiden Städte Bremen und Bremerhaven zu erhalten und zu fördern.

Wir Grünen unterstützen alle Senatoren bei der Lösung dieser Herausforderungen, und wir müssen alles daransetzen, dass wir das Vertrauen der Menschen in diesem Land gewinnen. – Herzlichen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. Röwekamp (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Üblicherweise ist die Sitzung der Bremischen Bürgerschaft, in der der Präsident des Senats und die übrigen Mitglieder des Senats gewählt werden, nicht der Zeitpunkt, um über künftige Regierungsprogramme und Regierungserklärungen zu reden, aber, Frau Dr. Schaefer, ich freue mich schon sehr darauf, dass wir in der nächsten Wo-

che Gelegenheit haben werden, uns über die Inhalte dieser Regierung auch kontrovers auszutauschen.

(C)

Heute wollen wir über die Personalvorschläge der Koalition diskutieren, denn heute soll gewählt werden. Frau Dr. Schaefer, ich habe Ihrem Debattenbeitrag jetzt keine Ausführungen zu Ihren Personalvorschlägen entnehmen können und gehe deshalb davon aus, dass Sie sich auf die schriftlichen Vorschläge Ihrer Fraktion beziehen und die Wiederwahl Ihrer drei Senatorinnen und Senatoren vorschlagen. Eine Begründung dafür hätte mich schon sehr interessiert.

(Beifall CDU)

Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, am Anfang dem scheidenden Präsidenten des Senats zu danken. Ja, wir haben im Parlament häufig miteinander über den richtigen Weg für Bremen und Bremerhaven gestritten, vielleicht haben wir uns dabei auch die eine oder andere Verletzung zugeführt, auf jeden Fall hat uns in dieser Debatte hin und wieder einmal der Verlauf die Zornesröte ins Gesicht getrieben,

(Abg. Tschöpe [SPD]: Beiden!)

das gilt sowohl für Jens Böhrnsen als auch für mich. Ich kann aber für mich persönlich und sicherlich auch für die Mitglieder der CDU-Fraktion erklären, wir finden, er hat unser Bundesland, egal unter welcher Regierungsbeteiligung, nach außen gut vertreten und repräsentiert, und dafür möchte ich mich heute persönlich, aber auch für die CDU-Fraktion ganz herzlich – auch in seiner Abwesenheit – noch einmal bedanken. Er war ein guter Repräsentant Bremens.

(D)

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP)

Ich finde, Jens Böhrnsen hat seine Entscheidung, nicht wieder für das Amt des Präsidenten des Senats zur Verfügung zu stehen, mit großer Verantwortung selbst bestimmt, und er hat für diese Entscheidung auch Respekt verdient.

Ich sage aber auch, ich kann diese Entscheidung verstehen, weil das Ergebnis der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft vom 10. Mai 2015 natürlich für die alte rot-grüne Koalition eine Enttäuschung sein musste, und zwar sowohl in Bezug auf die Wahlbeteiligung als auch in Bezug auf das Wahlergebnis. Die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land waren mit dieser Regierung eben gerade nicht zufrieden. Sie wollten diese Regierung eben gerade nicht bestätigen, sie wollten, dass sich in Bremen und Bremerhaven etwas ändert, und das ist der Maßstab dafür, ob unserer Auffassung nach die Koalition die richtige Antwort auf das Ergebnis der Wahlen gefunden hat.

Jens Böhrnsen hat recht mit seiner persönlichen Entscheidung: Ein schlichtes „Weiter so“ darf es in den

- (A) nächsten vier Jahren weder inhaltlich noch personell geben, das ist die Botschaft der Wählerinnen und Wähler vom 10. Mai dieses Jahres gewesen.

(Beifall CDU, BBR)

Ich bin gespannt darauf, wie Dr. Carsten Sieling nach seiner heutigen Wahl diese Aufgabe wahrnehmen wird. Ich freue mich darauf, dass wir in der nächsten Woche seine erste Regierungserklärung hören und darüber debattieren werden. Lassen Sie mich hinzufügen: Ich wünsche mir sehr, dass er stärker als sein Vorgänger auch diesen Ort, das Parlament, die Bremische Bürgerschaft, zum Anlass und zum Ort nehmen wird, um die Inhalte seiner Politik zu erklären, wir haben nicht ohne Grund unsere Geschäftsordnung geändert und die Abgabe von Regierungserklärungen erleichtert.

Ich finde, eine demokratische Gesellschaft hat einen Anspruch darauf, dass sich der Präsident des Senats regelmäßig in diesem Haus zu den wesentlichen Beratungsgegenständen auch streitig erklärt und wir hier über den richtigen Weg streiten. Ich hoffe, dass Dr. Carsten Sieling öfter als sein Vorgänger die Gelegenheit wahrnehmen wird, hier Regierungserklärungen abzugeben und mit uns gemeinsam über den richtigen Weg für Bremen zu streiten.

(Beifall CDU, FDP)

(B)

Wir haben als CDU-Fraktion natürlich an vielen Stellen die bisherige Regierungspolitik kritisiert – und ich sage, auch zu Recht –, aber immer dann, wenn es darum ging, für unser Bundesland um Geld oder Anerkennung nach außen zu streiten, sind wir Bremerinnen und Bremer gemeinsam aufgetreten, und das, sehr geehrter Herr Dr. Sieling, biete ich Ihnen für Ihre kommende Amtszeit auch an. Wir stehen an Ihrer Seite, wenn es darum geht, mit dem Bund und den anderen Ländern um eine solide Finanzausstattung zu streiten.

Ich finde es gut, dass Sie eine Wegmarke vorgegeben und nicht gesagt haben, alles, was kommt, reicht, sondern gesagt haben, wir brauchen über das Jahr 2020 hinaus 500 Millionen Euro jährlich, um als Bundesland auch eigene Entscheidungen treffen zu können. Für diese Forderung haben Sie die volle Unterstützung der CDU-Bürgerschaftsfraktion. Wir hoffen, dass es Ihnen gelingt, diese Forderung Bremens gegenüber dem Bund und den anderen Ländern in den anstehenden Verhandlungen umzusetzen. Das wird die wichtigste Aufgabe in den nächsten Wochen und Monaten sein, und wenn Sie für diese Interessen Bremens streiten, können Sie sicher sein, dass die CDU-Fraktion mit Ihnen gemeinsam und an Ihrer Seite für diese Interessen unseres Bundeslandes kämpft, das will ich Ihnen an dieser Stelle ausdrücklich versichern!

(Beifall CDU, SPD)

Geld einzutreiben, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist das eine, Geld auszugeben macht mehr Spaß, ist aber auch mit höherer Verantwortung versehen. Wir bedauern sehr, dass nach erster Bewertung der Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen in der Finanzpolitik kein neuer Weg in Bremen eingeschlagen werden soll, sondern dass es im Wesentlichen so weitergehen soll wie bisher.

Wir glauben als CDU-Fraktion, dass die bisherigen rot-grünen Regierungen die Chance vertan haben, Bremen in der Finanzpolitik neu aufzustellen, die Haushalte nicht nur von Jahr zu Jahr, sondern strategisch zu denken, einen Sanierungsplan für unser Bundesland aufzustellen und nicht nur darauf zu hoffen, dass wir hohe Einnahmen durch Steuern und niedrige Ausgaben durch Zinsen haben, sondern darauf zu setzen, dass wir es aus eigener Kraft schaffen, unseren Haushalt zu sanieren. Wir hätten gehofft, dass auch diese Lehre aus der Wahl gezogen wird, dass man Haushaltspolitik nicht von Woche zu Woche und von Monat zu Monat, sondern dass man Haushaltspolitik dann, wenn man ein Sanierungsfall wie Bremen ist, perspektivisch und auf das Jahr 2020 ausgerichtet betreiben muss. Ihrer Finanzpolitik, sehr geehrte Frau Linnert, fehlt unverändert jede Perspektive. Sie wollen weiter so wursteln wie bisher, und das findet nicht unsere Unterstützung. Deswegen werden wir Ihre Wahl, Frau Linnert, selbstverständlich nicht unterstützen.

(Beifall CDU, BBR)

Wir werden den Bund und die anderen Länder nur dann davon überzeugen können, uns auch weiter über das Jahr 2020 hinaus zu helfen, wenn wir glaubhaft versichern können, dass wir uns selbst auf einem Sanierungskurs bewegen. Dieser Sanierungskurs ist aber weder von Ihnen persönlich noch in der vorliegenden Koalitionsvereinbarung schriftlich niedergelegt.

Es wird in den nächsten vier Jahren nicht den finanzpolitischen Aufbruch für Bremen geben, es wird weiter darum gehen – und das werden die anstehenden Haushaltsberatungen schon zeigen –, dass man versucht, die Löcher, die überall wieder aufreißen, zu schließen. Das wird dazu führen, dass es keine strukturellen Maßnahmen gibt, insbesondere auch im Personalhaushalt. Es wird nur immer mit dem Rasenmäher Personal reduziert und nicht die Frage gestellt, welche Aufgaben wir als Staat noch wahrnehmen können und wollen und von welchen Aufgaben wir uns trennen müssen. Es soll weiter so gehen wie bisher, man versucht, irgendwie über die Runden zu kommen und den Haushalt über die Legislaturperiode zu retten. Verantwortungsvolle Haushaltspolitik, meine sehr verehrten Damen und Herren, sieht aus Sicht der CDU-Fraktion deutlich anders aus.

(Beifall CDU)

(C)

(D)

(A) Wir freuen uns, dass die Sozialdemokraten auf dem Gebiet der Bildungspolitik die Lehren aus dem Wahlergebnis verstanden haben. Es ist klar, dass es notwendig war, das Bildungsressort in Zukunft nicht mehr durch Frau Senatorin Professor Dr. Quante-Brandt führen zu lassen. Zu sehr war ihr Name verbunden mit dem immer größer werdenden Problem des Unterrichtsausfalls an den Schulen in Bremen und Bremerhaven, und zu zaghaft waren ihre Reaktionen und Forderungen, wie eben diesem Unterrichtsausfall begegnet werden soll.

Überhaupt muss man sagen, dass das erste getätigte Bekenntnis der Sozialdemokraten, durch ideologische Schulstrukturpolitik die Bildungschancen der Bremer Kinder über Jahre verschlechtert zu haben, schon mehr als 13 Jahre her ist. Ein kompletter Jahrgang bis zur Oberstufe hat seit Henning Scherfs angekündigtem Wandel in der Bildungspolitik nach dem ersten PISA-Schock unsere Schulen durchlaufen. Trotzdem hat es Bremen unter sozialdemokratischer Verantwortung für das Bildungsressort bis heute nicht geschafft, in den Schulvergleichsuntersuchungen zu anderen Bundesländern aufzuschließen, die Qualität von Unterricht zu verbessern, die Bildungschancen unserer Kinder zu verbessern, insbesondere die Chancen derjenigen, deren Elternhäuser eben nicht prädestiniert sind, dafür zu sorgen, dass ihre Kinder gerechte Chancen erhalten. Noch nie fielen soziale Herkunft und Bildungsmisserfolg so dicht zusammen wie unter dieser Regierung. Sie haben aus dem PISA-Schock in Wahrheit bis heute nichts gelernt, und ich hoffe sehr, dass es mit dem neuen Personalvorschlag Frau Dr. Bogedan gelingt, diese Kehrtwende endlich zu schaffen. Die Kinder in unserem Land brauchen einen Aufbruch in der Bildungspolitik, sie haben einen Anspruch darauf, einen ihren Begabungen und Fähigkeiten entsprechenden Bildungsabschluss zu erlangen, und das ist eine Garantie, die ihnen die Politik, aber insbesondere die Regierung und ihre Bildungsministerin, geben müssen.

(Beifall CDU, FDP, BBR)

Ich habe daher gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion die Hoffnung und Erwartung, sehr geehrte Frau Dr. Bogedan, dass es Ihnen gelingt, diesen Aufbruch zu schaffen. Dass sich der Unterrichtsausfall nicht auf null wird stellen lassen, ist klar, aber es muss wirksame Signale geben, dass der Unterrichtsausfall in Zukunft die Bildungschancen unserer Kinder nicht mehr verringert. Sie haben, genauso wie der Präsident des Senats, selbstverständlich 100 Tage Zeit, uns davon zu überzeugen, dass Sie die richtigen Antworten auf diese drängenden Fragen geben. Ich kann Ihnen zusagen, dass wir auch in der Bildungspolitik weiterhin mit Bildungskonsens, aber auch mit Qualitätsdiskussionen über Inhalte bereit sind, gemeinsam mit Ihnen die Verantwortung für die künftigen Generationen zu übernehmen. Ich biete Ihnen auch in der Bildungs-

politik ausdrücklich an, mit uns gemeinsam die Weichen in Zukunft richtig zu stellen.

(C)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit Martin Günthner wird der bisherige Wirtschaftsminister zur Wiederwahl vorgeschlagen. Das überrascht nicht. Die Koalition hat ja auch zum dritten Mal beschlossen, den OTB zu bauen.

(Heiterkeit CDU)

Ich kann nur hoffen, dass das auch klappt, also nicht die Wahl von Martin Günthner, da mache ich mir ehrlicherweise keine Sorgen, aber ich kann nur hoffen, dass es im dritten Anlauf gelingt, diese wichtigste Infrastrukturmaßnahme für Wirtschaft und Arbeitsplätze in Bremen auch tatsächlich endlich Realität werden zu lassen. Wir werden Ihren Wirtschaftsminister, Herr Tschöpe, daran messen, ob es ihm tatsächlich gelingt, im November dieses Jahres den Planfeststellungsbeschluss mit Sofortvollzug auch Wirklichkeit werden zu lassen. Wir warten lange auf diese Entscheidung, und wenn es ihm gelingt, dann ist er als Wirtschaftsminister ein großes Stück vorangekommen, was Anerkennung verdienen würde. Wenn allerdings, wie angekündigt, der Umweltminister den Sofortvollzug nicht genehmigen wird, dann muss man auch sagen, dass dieses Projekt in rot-grünen Händen gescheitert ist, und daran werden wir diese Koalition auch messen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(D)

(Beifall CDU)

Das gilt selbstverständlich auch für die Vertiefung der Außen- und Unterweser. Ich habe sehr genau gehört, dass die Vertreter der Koalition die Unterweser nicht erwähnen – es gibt sie wirklich, man kann sie sehen –, und ich kann auch nur hoffen, dass das, was Sie hier teilweise kraftvoll verkündet haben, auch Wirklichkeit wird. Die Weser ist die Lebensschlagader der beiden Städte unseres Landes, sie ist die Achse, an der unsere Arbeitsplätze entstehen und wachsen, und sie ist die Achse, an der die Einwohner unseres Landes mit ihrer Hände Arbeit Geld verdienen. Meine Damen und Herren, das Geld verdienen Sie nicht auf Fahrradwegen, sondern sie verdienen es in den Häfen, mit den Umschlagsaktivitäten und den zahlreichen Arbeitsplätzen, die damit zusammenhängen. Alles, was das gefährdet, werden wir als CDU-Fraktion nicht nur kritisieren, sondern das werden wir auch zum Thema der parlamentarischen Beratungen machen. Wir wollen, dass die Entscheidungen zur Hafenstruktur einschließlich Weservertiefung uneingeschränkt kommen; sie sind für die beiden Städte unseres Landes existenziell, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall CDU)

- (A) Wir haben mit Enttäuschung zur Kenntnis genommen, dass sich auch in der Bau- und Umweltpolitik der Aufbruch, den die Wählerinnen und Wähler erwartet haben, nicht wird einstellen können. Sie reden alle von der wachsenden Stadt, aber dann, wenn es darum geht, diesen Wachstum auch zu ermöglichen, flüchten Sie sich in Formelkompromisse. Ich hätte es als ein mutiges Zeichen empfunden, in dieser Stadt die Botschaft zu senden, dass wir nicht nur sozialen Wohnungsbau benötigen, dass wir nicht nur den Bau von Wohnungen und Lofts in irgendwelchen schönen, auch städtebaulich interessanten Wohngebieten brauchen. Wir brauchen in Bremen, wenn wir wachsen wollen, eben gerade Wohnraum für die Mittelschicht, wir brauchen Baugebiete, damit junge Familien sich in den Stadtgrenzen Bremens und Bremerhavens niederlassen können. Wir haben gute Erfolge damit erzielt, wenn Sie nach Borgfeld und in andere Baugebiete schauen, dass wir junge Menschen, junge Familien mit ihren Kindern an Bremen gebunden haben. Das verstehe ich unter einer wachsenden Stadt: nicht Klientelpolitik für die Reichen und Armen, sondern Politik für die ganze Stadt zu machen. Das atmet Ihr Koalitionsvertrag nicht.
- (Beifall CDU, BBR)
- (B) Sie schlagen Frau Anja Stahmann für die Wiederwahl als Sozialsenatorin vor, wenn auch gestutzt um den Bereich der Kindertagesbetreuung. Ich bin nach den Aussagen von heute gespannt, welchen Zeit- und Maßnahmenplan Sie mit Ihrem Versprechen verbinden, das zu einem Ressort zusammenzuführen. Ich kann nur sagen, ich finde es falsch, was im Koalitionsvertrag steht, nämlich das Jugendamt aufzuteilen in Zuständigkeiten, die zum Bildungsressort gehen und die, die bei der Sozialsenatorin verbleiben sollen.
- Den Vorschlag, den Bereich Kinder und Jugend in einem Ressort zusammenzufassen, macht die CDU Ihnen schon seit acht Jahren. Wir haben damit aber eben gerade nicht gemeint, die Zuständigkeiten für Jugendliche auf zwei Ressorts zu verteilen, sondern wir wollten, dass für den gesamten Bereich der Bildung und Erziehung eine Person am Ende auch die Verantwortung hat, um die dauerhaften Probleme über Schnittstellen zwischen Kitas und Schulen endgültig zu vermeiden. Sie beseitigen vielleicht diese eine Schnittstelle, schaffen aber eine neue.
- Welchen Sinn macht es eigentlich, Kinder im Kindergarten im Bildungsressort betreuen zu lassen, und wenn es darum geht, neben der Schule Hilfen zur Erziehung zu geben, das durch eine andere Behörde zu machen? Nein, eine solche Aufteilung macht weder Sinn, noch ist sie rechtlich einwandfrei! Wir hätten erwartet, dass der Bereich der Kinder vollständig zum Bereich der Bildungsressort übergeht. Das ist kein Fall für mögliche politische Kompromisse in Ressortzuständigkeiten und Egoismen, das ist eine Entscheidung für die Kinder in den beiden Städten unseres Landes. Dieser Vorschlag von Ihnen ist nur halbherzig und deswegen falsch.
- (C)
- (Beifall CDU, FDP, BBR)
- Lassen Sie mich auch noch einen Satz zum Innenminister Ulrich Mäurer sagen! Auch hier bekenne ich offen: Die CDU-Fraktion wird diesen Personalvorschlag nicht unterstützen.
- (Zuruf Abg. Tschöpe [SPD])
- Herr Kollege Tschöpe, das hängt nicht damit zusammen, ob er sich mit einem Imam in einer salafistischen Moschee streitet oder nicht.
- Wir werden ja den am schnellsten eingesetzten Untersuchungsausschuss in der Geschichte der Bremischen Bürgerschaft bekommen, wenn wir in der nächsten Woche darüber reden, dass die Vorfälle vom Terrorwochenende Ende Februar noch einmal einer parlamentarischen Aufbereitung zugeführt werden. Ich kann nur sagen, wer mehrfach sowohl hier im Parlament als auch in den parlamentarischen Gremien und in der Öffentlichkeit die Unwahrheit gesagt hat, wer die persönliche und politische Verantwortung dafür trägt, dass eine Maßnahme von Polizei und Staatsanwaltschaft rechtswidrig ist, der kann von diesem Parlament und insbesondere auch von einer CDU-Fraktion nicht erwarten, als Senator wiedergewählt zu werden. Wir brauchen einen Senator, der sich an Recht und Gesetz hält, und keinen, der Recht und Gesetz bricht, meine sehr verehrten Damen und Herren!
- (D)
- (Beifall CDU)
- Die CDU-Fraktion wird daher die Vorschläge, die die Sozialdemokraten heute mündlich unterbreitet und die Sie, Frau Dr. Schaefer, schriftlich vorgelegt haben, heute nicht unterstützen,
- (Abg. Tschöpe [SPD]: Oh! – Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Welch Überraschung!)
- aber es gilt das, was ich gesagt habe: Wir sagen Ihnen zu, dass wir in den nächsten Jahren natürlich kritisch über die Inhalte der Politik für unser Land streiten werden, aber wir sagen Ihnen auch zu, dass wir in Anbetracht der großen Probleme in den beiden Städten unseres Landes mit der von Ihnen gestellten Regierung konstruktiv zusammenarbeiten wollen. So verstehen wir unsere Rolle und unseren Auftrag der Wählerinnen und Wähler. – Vielen Dank!
- (Beifall CDU)
- Präsident Weber:** Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Vogt.

(A) **Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)*:** Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Gäste! Ich habe mir vor zwei Tagen einmal die Mühe gemacht, die Debatte zur Wahl des Senats von vor vier Jahren durchzulesen, und wenn es nicht insgesamt so traurig wäre, würden die Debattenbeiträge der beiden damaligen Vorsitzenden der Regierungsfractionen, der Kollegen Tschöpe und Dr. Güldner, für Erheiterung sorgen, und ehrlich gesagt grenzen sie nicht nur im Nachhinein teilweise an Realsatire.

Ich kann hier auch selbst genauso beginnen wie vor vier Jahren, denn leider hat es bis heute Gültigkeit. Vor vier Jahren habe ich gesagt: „Wählen wir hier tatsächlich einen Senat, oder wählen wir eine Landesregierung, die auch ihrem verfassungsgemäßen Auftrag gerecht wird, oder wählen wir eher ein Verwaltungsgremium, das letztendlich keine politischen Entscheidungen mehr trifft, das sich nur die Aufgabe setzt, die Kürzungspolitik der Bundesregierung und die Schuldenbremse hier in Bremen durchzusetzen?“ Die letzten vier Jahre haben uns gezeigt, die Abgeordneten von SPD und Grünen haben am 30. Juni 2011 ein Verwaltungsgremium gewählt und keine handlungsfähige Regierung.

Politische Dogmen, die uns hier immer verkauft wurden als vermeintliche Generationengerechtigkeit, die aber eigentlich eine staatliche Aufgabenverweigerung darstellten, haben das Bundesland Bremen in den letzten vier Jahren an vielen Punkten gelähmt. Probleme haben sich verschärft, es gibt inzwischen eine größere Ungerechtigkeit zwischen armen und wohlhabenden Stadtteilen, wir haben Sanierungsstaus und sinkende Investitionsquoten, wir haben eine größere Bildungsungerechtigkeit, eine angegriffene innere Sicherheit, mehr Armut, schlechtere, anstatt bessere Arbeitsbedingungen und eine inzwischen in beiden Städten tief entwickelte Resignation, die sich auch – und das ist die Hauptursache – in der niedrigsten Wahlbeteiligung seit Bestehen dieses Bundeslandes ausgedrückt hat.

(Beifall DIE LINKE)

Nun könnte man meinen, dass das Wahlergebnis, das beiden Regierungsparteien auch enorme Verluste beschert hat, inhaltlich und personell zu einem Umdenken führen würde. Die SPD in Bremerhaven hat zwei Tage nach der verlorenen Wahl ein Papier veröffentlicht, das mit den Worten unternimmt: „Wir haben verstanden!“ Wenn man sich den Koalitionsvertrag und die zum Teil hier zur Wahl stehenden Personen ansieht, kann ich nur zurückfragen: Wirklich? Was habt ihr denn verstanden?

Nun stehen hier heute nicht die Regierungserklärung und die Koalitionsvereinbarung zur Debatte, sondern der heute zu wählende Senat und die Ressortzuschnitte. Wenn man sich zurückerinnert, hat es nach der Wahl bei beiden Regierungsparteien eine enorme Verunsicherung gegeben. Unmittelbar nach dem

Urnengang, noch vor der Auszählung der Stimmen, hat der damalige Regierungschef und Präsident des Senats, der regierende Bürgermeister, der im Wahlkampf, vorsichtig ausgedrückt, auch durch Zurückhaltung aufgefallen war, das Handtuch geworfen. Das kann ich nachvollziehen. Ich habe auch nicht wie andere hämisch darüber geurteilt, ich fand, dies war ein logischer Schritt, denn er hat natürlich auch dadurch, dass er die Verantwortung für die letzten vier Jahre hatte, zu Recht die Konsequenzen gezogen, und es war mit Sicherheit auch keine Entscheidung, die man einmal eben so aus der Lamäng trifft.

Der grüne Koalitionspartner hat danach auch angefangen, sich selbst zu zerlegen, und wenn man sich die Ergebnisse jetzt ansieht, ist er sich sowohl personell als auch inhaltlich auch nicht richtig grün. Es wurden Fragen laut, ob es überhaupt zu einer Koalitionsbildung zwischen den beiden Parteien kommt – in Ordnung, dazu ist es jetzt gekommen –, und die Wahlergebnisse, mit denen Bremens Bürgerinnen und Bürger den zumindest vier Jahre lang andauernden Stillstand dieser Regierung quittiert haben, haben bei einigen in dieser Stadt einmal kurzzeitig die Hoffnung aufkeimen lassen, dass dieser zukünftig beendet wird.

Mit Dr. Carsten Sieling hat die SPD nahezu geräuschlos schnell einen neuen designierten Bürgermeister gefunden, angesichts der enormen Probleme dieses Bundeslandes sind nicht wenige in dieser Stadt der Meinung, fast zu geräuschlos. Ein wenig Streit über die zukünftige Richtung der hier scheinbar in Stein gemeißelten Regierungspartei hätte Bremen mit Sicherheit nicht geschadet.

(Beifall DIE LINKE)

Das erste Positionspapier des designierten Bürgermeisters blieb blass. Ja, der Unterrichtsausfall hat den regierenden Parteien geschadet, allerdings schadet die Tatsache, dass in Bremen Ortsteile existieren, in denen die Kinder schon von Geburt an schlechte Chancen haben, überhaupt in eine Ausbildung oder einen Beruf zu kommen, noch viel mehr.

(Beifall DIE LINKE)

Das drückt sich vielleicht nicht Wahlergebnissen aus, aber darin, dass Bremen inzwischen das Bundesland mit der höchsten Armutsquote ist, und in der Tatsache, dass in einigen Ortsteilen des ärmsten Stadtteils in Bremen, nämlich in Gröpelingen, nur noch 34 Prozent der wahlberechtigten Menschen zur Wahl gehen. Dies scheint die zukünftige Regierung aber relativ sportlich zu nehmen. So wird in dem Koalitionsvertrag mit einem lapidaren Satz auf Seite 120 im Kapitel Finanzen und Personal gesagt, der neue Campus der Oberschule Ohlenhof wird nicht gebaut. Neun Worte! Neun Worte, die den mindestens 15 Jahre andauernden Kampf der Stadtteile Gröpelingen und Walle für mehr Bildungsgerechtigkeit ins Leere lau-

(C)

(D)

- (A) fen lassen! Neun Worte, die einen Stadtteil, der Jahre unter Ausgrenzung gelitten hat, der sich in einem dreijährigen Beteiligungsverfahren auf die eigenen Füße gestellt hat, brutal und brachial düpiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sieht das so aus wie „Wir haben verstanden“? Nach massiven Protesten in der letzten Woche soll das Bauvorhaben nun ergebnisoffen geprüft werden, und ich bin gespannt, aber ehrlich gesagt nicht hoffnungsvoll, denn bei ergebnisoffenen Prüfungen – so habe ich es in den letzten Jahren oft erlebt – kam am Ende unter Hinweis auf die fiskalischen Bedingungen doch das heraus, was Senat und Ressorts von vornherein vorhatten. Das Einzige, was mir zu hoffen gibt, ist die Tatsache, dass Gröpelingen in der letzten Woche aufgestanden ist und nicht mehr alles hinnimmt, und das ist auch wichtig.

(Beifall DIE LINKE)

Kolleginnen und Kollegen, die Personalie Herr Dr. Sieling als Nachfolger von Herrn Böhrnsen sollte wohl so etwas wie einen Aufbruch, ja sogar einen linken Aufbruch für beide Städte und wenigstens ein bisschen Hoffnung auf tatsächliche Verbesserungen symbolisieren. Der „Weser-Kurier“ hat am letzten Sonntag etwas süffisant formuliert, er sehe natürlich, wo die offenen Flanken sind, und wer davon bisher profitiere, die LINKEN nämlich. Nur stellt sich mir unabhängig von meiner Parteizugehörigkeit die Frage: Wird der designierte Bürgermeister die offenen Flanken schließen können? In seinem Sechs-Punkte-Papier sicherte Herr Dr. Sieling den armen Stadtteilen noch Unterstützung zu. Stadtteil- und quartiersbezogene Maßnahmen sollten verstärkt, Programme wie Soziale Stadt und WiN finanziell abgesichert und weiterentwickelt werden.

- (B) Nach der Veröffentlichung des Koalitionsvertrags melden sich nun die Genossen Beiratssprecher aus den ärmeren Stadtteilen, sie sehen deutliche Lücken und fordern ein wenig Umverteilung zwischen den Stadtteilen. Ähnlich wie wir hier immer kritisieren sie, dass nach den zahlreichen Berichten, Untersuchungen und den Ergebnissen des Ausschusses zur Bekämpfung und Prävention von Armut und sozialer Spaltung jetzt endlich einmal konkrete Taten folgen müssen, und diese trauen sie dem designierten Bürgermeister offensichtlich nicht zu. Die Beiratssprecher fordern nicht nur, dass die Programme Soziale Stadt und WiN vernünftig weiterfinanziert werden sollen, sie fordern auch endlich eine bessere Ausstattung der Schulen und der Kindergärten.

Uwe Jahn vom Beirat Hemelingen kritisiert, dass in den entscheidenden Positionen zu wenig Menschen aus armen Stadtteilen vertreten sind. Ja, das kann ich bestätigen, und das ist ein Problem. Die Beiratssprecher kritisieren zudem den Umgang innerhalb der SPD mit den armen Stadtteilen. Ich zitiere Herrn Jahn: „Wenn es ans Eingemachte geht, dann guckt

jeder erst einmal auf seinen eigenen Kirchturm.“ Ich finde es interessant, liebe Kolleginnen und Kollegen, der neue Bürgermeister ist noch nicht einmal gewählt, und schon ruft er in seiner eigenen Partei mehr Opposition auf den Plan, als wir vermutet hätten.

(C)

Vor der Wahl war Armutsbekämpfung das am häufigsten zu hörende Wort. Viele in dieser Stadt haben mich im Wahlkampf zwischendurch schon einmal gefragt, schreiben sie jetzt alle bei euch ab? Nach der Wahl kommt das Wort Armut gerade 16 Mal im Koalitionsvertrag vor, und zumindest diejenigen in der SPD, die wissen, wie Armut aussieht und wie sie sich anfühlt, scheinen ihrem eigenen designierten Bürgermeister in dieser Hinsicht genauso wenig zu trauen wie wir.

(Beifall DIE LINKE – Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Qualität hört sich nicht wie Quantität an!)

Heute wird jedoch auch eine zweite Bürgermeisterin gewählt, eine grüne Finanzsenatorin, die zuletzt aus ihren eigenen Reihen unter Beschuss genommen wurde. Auf den Wahlplakaten stand „Im Amt geschätzt, im Herzen grün“. Das, was Frau Linnert allerdings in den letzten Jahren in ihrem Amt getan hat, hat mit grüner Politik oder politischer Gestaltung nicht mehr viel zu tun.

(Beifall DIE LINKE)

(D)

In der Tat, das muss man hier anerkennen, hat sie ein schweres Erbe angetreten und badet unter anderem jetzt aus, was insbesondere die Große Koalition durch fröhliche Geldverschwendung hinterlassen hat, nämlich den bundesweiten Eindruck, dass Bremen ein Bundesland ist, das nicht mit Geld umgehen kann.

Allerdings hat Frau Linnert die völlig falschen Schlüsse aus diesem Erbe gezogen. Sie hat die Knute des Konsolidierungspfads akzeptiert, verinnerlicht und handelt als Finanzsenatorin danach. Frau Linnert hat eine Position sozusagen als eiserne Zuchtmeisterin des Senats eingenommen, und sie füllt diese Rolle aus. Sie achtet darauf, dass beinhart gespart wird, und da wurden in den vergangenen vier Jahren auch einmal kleinteilige Projekte, die nicht viel Geld kosten würden, aber Stadtteilen real weitergeholfen hätten, eingestellt. Frau Linnert ist davon überzeugt, und sie legt die Sanierungsvereinbarungen mehr als engstirnig aus.

In den letzten Jahren hätte es durch Steuermehreinnahmen und niedrige Zinsen Gelegenheit gegeben, die großen Abstände zur Neuverschuldung bis zur erlaubten Obergrenze zur Finanzierung zumindest für Investitionen auszuschoöpfen., beispielsweise für die Finanzierung des Teilersatzneubaus des Klinikums Bremen-Mitte, für Wohnungen, für Windkraft, für Sanierungen von öffentlichen Gebäuden, für Straßen,

- (A) bei der Universität oder für die Neuanschaffung von Straßenbahnen.

(Beifall DIE LINKE)

All diese Investitionen stehen übrigens nach wie vor an, sie sind nicht vom Tisch, aber in den nächsten Jahren und spätestens ab dem Jahr 2017 wird es sehr schwer werden, den Konsolidierungspfad überhaupt noch einzuhalten. Das weiß auch der zukünftige Senat, und nicht wenige in diesem Bundesland fragen sich, ob der Senat, der heute gewählt wird, aus diesen Gründen überhaupt vier Jahre Bestand haben wird, und wenn, zu welchen Bedingungen.

Frau Linnert und der ehemalige haushaltspolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Herr Dr. Kuhn, stehen beziehungsweise standen wie kaum jemand anders in diesem Bundesland hinter der sogenannten Austeritätspolitik. Sinkende staatliche Einnahmen durch Steuersenkungen werden durch sinkende staatliche Ausgaben und damit allerdings auch schrumpfende staatliche Leistungen kompensiert. Dass dies ökonomisch nicht sinnvoll ist, merken inzwischen viele in Europa, dazu muss man nicht nach Griechenland schauen, dass dies auch sozialpolitisch und somit letztendlich auch volkswirtschaftlich großer Unsinn ist, das merken in diesem Bundesland immer mehr Menschen, und inzwischen werden wir für unsere Kritik dafür nicht mehr nur belächelt, sondern auch gewählt, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(B)

(Beifall DIE LINKE)

Wir wissen mittlerweile, dass die Verhandlungen über die Neuregelung der Bund-Länder-Finzen ziemlich festgefahren sind. Es ist schön, dass Herr Dr. Sieling ein ausgewiesener Haushaltsexperte ist – das weiß auch ich zu schätzen –, aber die Ergebnisse oder vielmehr fehlenden Ergebnisse, die man bislang in Berlin erzielt hat, sind eher dürftig. Ja, man sei sich einig, dass Bremen Zinsbeihilfen verstetigt erhalten muss. Die vom designierten Bürgermeister genannte Zahl, dass 300 Millionen Euro nicht ausreichen, sondern es mindestens 500 Millionen Euro sein müssen, diese Ansicht teilen wir, hierin findet er unsere vollste Unterstützung.

(Beifall DIE LINKE)

Allerdings fällt auf, dass niemand mehr von einer Lösung für die Altschulden spricht, und ich muss sagen, dass ich vor vier Jahren hier mit großer Verwunderung zur Kenntnis genommen habe, als Herr Dr. Güldner verkündete, im Rahmen dieser Art der Haushaltskonsolidierung könne Bremen auch anfangen, zukünftig seine Schulden zu tilgen. Nein, das ist eine Illusion! Wer das heute noch behauptet, der belügt sich selbst und macht den Menschen in diesem Bundesland etwas vor, das dürfen wir nicht. Wir brauchen

natürlich auch eine Regelung für die Altschulden, sonst kommen Bremen und auch einige andere Bundesländer nicht voran.

(C)

(Beifall DIE LINKE)

Herr Dr. Sieling hat die Bildung zum künftigen Schwerpunkt der nächsten vier Jahre ausgerufen. Gut, das haben wir im Jahr 2007 auch schon vernommen, und wo wir heute stehen, braucht nicht mehr betont zu werden. Der Koalition ist bewusst, dass sie insbesondere wegen des fehlenden Personals an den Schulen bei den Wahlen so abgestraft wurde.

Jetzt erleben wir einen erneuten Senatorinnenwechsel, nachdem die ursprüngliche Bildungssenatorin der rot-grünen Koalition im Jahr 2012 wegen der chronischen Unterfinanzierung ihres Ressorts den Rücktritt eingereicht hatte. Auf Frau Professor Dr. Quante-Brandt folgt nun Frau Dr. Bogedan. Sie ist ebenso wie ihre unmittelbare Vorgängerin bislang nicht durch bildungspolitische Akzente aufgefallen, ob das ein gutes Signal für Bremens jahrzehntelange und auch oft verspottete Dauerbaustelle ist, darf bezweifelt werden.

(Abg. Senkal [SPD]: Man muss nicht immer Lehrer sein!)

Im Koalitionsvertrag gibt es eine große Entscheidung zur Zusammenlegung der Bereiche Bildung und Kinder in einem Ressort. Es sind sich seit geraumer Zeit alle einig, dass eine engere institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen diesen Bereichen notwendig ist. Die Zusammenfassung in einem Ressort muss nun nicht zwangsläufig die Lösung sein – wir haben hier in der Debatte um den Ausschuss zur Bekämpfung und Prävention von Armut und sozialer Spaltung vorgeschlagen, ein gemeinsames Referat einzuführen –, aber man muss auch einmal festhalten, dass die Entscheidung, wenn man sich die Koalitionsvereinbarung durchliest, zunächst einmal nur eine Form darstellt. Darüber, wie diese Form ausgestaltet und gelebt werden soll, sagt die Koalitionsvereinbarung leider sehr wenig aus.

(D)

Wie soll die Zusammenarbeit aussehen? Auch dazu wird nichts erklärt. Es wird eine Senatskommission gebildet, die bis zum Jahr 2016 die Übertragung von Zuständigkeiten, Personal- und Haushaltsmitteln organisatorisch umsetzen soll, und dann würden auch die entsprechenden Gesetze geändert. Das ist erst einmal ein technokratischer Prozess. In der Vereinbarung ist zunächst einmal nicht sehr viel davon zu erkennen, dass es einen neuen Ansatz geben soll, bei dem zwei unterschiedliche Bereiche zusammengeführt werden, voneinander lernen und auf Augenhöhe – getragen von gegenseitigem Respekt – etwas Neues entwickeln. Im Interesse des Bundeslandes Bremen wünschen wir uns, dass dieser Neuanfang gelingt, haben aber unsere Zweifel.

(A) Im Koalitionsvertrag gibt es keine institutionelle Kreativität, die auf irgendwelche Bemühungen zur Armutsbekämpfung hinweisen würde. Nur zum Vergleich: Namibia hat seit März 2015 ein Ministerium für Armutsbekämpfung und soziale Wohlfahrt, und in Nordrhein-Westfalen gibt es seit Mai 2015 wenigstens eine Fachstelle für sozialraumorientierte Armutsbekämpfung, die zwar mit einem lächerlich kleinen Betrag von 4 Millionen Euro für die Armutsbekämpfung der Kommunen ausgestattet ist, aber immerhin, es gibt sie. In vielen Ländern und Kommunen wird darüber nachgedacht, wie sie die Ganzheitlichkeit von Armutsbekämpfung und sozialstaatlichen Aufgaben auch institutionell besser zum Ausdruck bringen können, und die neue rot-grüne Regierung tut das nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall DIE LINKE)

Stattdessen gibt es auf der Ebene des Ressortzuschnitts und der Senatsbildung eine weitere Degradierung des Bereichs Arbeit. Vor acht Wochen wurde darüber spekuliert, ob der Bereich Arbeit möglicherweise zur Chefsache erklärt und direkt beim Bürgermeister und der Senatskanzlei angesiedelt würde, denn – ich zitiere – „sozialer Zusammenhalt durch gute Arbeit“ war der erste Punkt in dem sogenannten Sieling-Papier.

(B) Uns verwundert nicht einmal so sehr, dass der Bereich Arbeit dort bleibt, wo er bisher war, nämlich beim Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, diese Diskussion haben wir hier schon vor vier Jahren geführt. Uns verwundert, dass sich dies auch überhaupt nicht in den Personalentscheidungen in dem Ressort ausdrückt. Einer der wenigen neuen Akzente im Koalitionsvertrag ist, dass die Vertretung der Trägerversammlung des Jobcenters zukünftig auf Staatsrätebene angesiedelt wird. Allerdings gibt es gar keinen Staatsrat für Arbeit mehr, sondern nur einen Staatsrat für Wirtschaft und Häfen, der den Bereich Arbeit nur nebenbei hat. Das sind die Punkte, an denen der Koalitionsvertrag sich selbst nicht ernst nimmt.

(Beifall DIE LINKE)

Kreative institutionelle Lösungen hätte man aber finden können. Für die Bereiche Kinder und Bildung, soziale Stadtteilentwicklung und Armutsbekämpfung, Arbeit und Arbeitslosigkeit hätte man durchaus einen ressortübergreifend zusammengesetzten Fachausschuss mit externen Fachleuten, Vertreterinnen und Vertretern der Initiativen und anderen Akteuren unter Führung des Bürgermeisters bilden können. Das hätte einen gewissen Willen demonstriert, in diesen Bereichen weiterzukommen und sie nicht in den üblichen Ressortegoismen untergehen zu lassen. Das hätte ich tatsächlich als Aufbruch empfunden, aber diesen Weg versuchen Sie nicht einmal zu gehen!

(Beifall DIE LINKE)

Außer dem designierten Bürgermeister Herrn Dr. Sieling, Frau Linnert, Frau Dr. Bogedan und Herrn Günthner stehen hier heute aber auch noch andere Senatorinnen und Senatoren zur Wahl. Fangen wir wegen der Aktualität einmal mit dem heute zu wählenden Innensenator an! Der Fraktionsvorsitzende der SPD hat sich eben selbst zitiert, ich hätte das sonst auch getan. Es wird Sie überraschen, aber ich werde es einmal genauso wenig ideologisch versuchen.

Was ist die Bilanz von Herrn Mäurer? Er hat im Gegensatz zur 17. Legislaturperiode Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft im Bereich des Aufenthaltsrechts umgesetzt. Das zu loben wäre allerdings ein wenig absurd, denn die Exekutive muss eigentlich Beschlüsse der Legislative umsetzen, faktisch hat sie das allerdings in den vorherigen vier Jahren viel zu wenig getan. Muss man einen Innensenator dann dafür loben, der es ausnahmsweise einmal tut? Man könnte, aber eigentlich müsste man im Sinne der Gewaltenteilung erwarten können, dass Beschlüsse, die wir hier fassen, umgesetzt werden.

Kommen wir zu den immer noch unideologischen Kritikpunkten! Innensenator Mäurer hat eine – ich drücke es einmal vorsichtig aus – politische Nähe zur Fernsehkamera. Ich gebe zu, dass es der Vorsitzende der SPD-Fraktion war, der den Senat bezüglich der Frage der DFL-Gebühren vor sich hergetrieben hat, aber unser Innensenator hat den Ball auch nicht flach gehalten. Kaum war der Vorschlag – damals noch, dass Werder zahlen soll – im Raum, durften wir Bundesligaspiele erleben, bei denen alles aufgefahren wurde, was aufgefahren werden konnte. Der neue Wasserwerfer 10 000 wurde einmal vorgeführt,

(Abg. Senkal [SPD]: Der sanfte Riese!)

zum Stadion wurde man auf einmal durch Polizeispalier geführt und kam sich vor wie eine Schwerverbrecherin, und die Polizeikosten für vergleichbare Bundesligapartien lagen in Bremen immer noch um ein Drittel über den Kosten in anderen Städten, in denen diese Partien auch ausgetragen wurden.

Vollends absurd wurde es dann, als Werder-Spiele auf Platz 11 – Werder war bis zum Ende der letzten Saison noch nicht einmal in der dritten Liga vertreten – von einer ganzen Hundertschaft begleitet wurden. Man muss sich das einmal vorstellen: Fünf ältere Herren in Gummistiefeln kommen aus Meppen, steigen aus dem Bus, und eine Hundertschaft oder eine halbe Hundertschaft schützt die Pommestube!

(Heiterkeit)

Kolleginnen und Kollegen, hier wäre weniger einmal mehr gewesen! Ich habe hier oft die Anzahl der unbezahlten Überstunden bei der Polizei kritisiert, aber in den Bereichen, wo der Innensenator sich der öf-

(C)

(D)

(A) fentlichen Aufmerksamkeit sicher war, wurde nicht gezeigt. Dass die Beamten im Einsatzdienst unterbesetzt sind und bei gleichzeitig auflaufenden Meldungen von häuslicher Gewalt teilweise aus dem Bauch heraus entscheiden müssen, welche Einsatzlage eine höhere Priorität hat, steht in keiner Zeitung und kommt auch nicht in die Tagesschau, aber hier wäre ein Handeln einmal angezeigt gewesen.

(Beifall DIE LINKE)

Den fragwürdigen Höhepunkt haben wir beim sogenannten Anti-Terror-Einsatz Ende Februar/Anfang März erlebt,

(Glocke)

und ich möchte jetzt hier nicht über die bekannten Pannen reden, sondern über die Frage, die bald einen Untersuchungsausschuss beschäftigen wird, dann komme ich auch zum Schluss, Herr Präsident! Hat der Innensenator aus politisch motivierten Gründen drei Monate vor der Wahl Einfluss auf den Polizeieinsatz genommen? Nach Durchsicht der Akten und der Schmallippigkeit der Verantwortlichen auf meine Fragen in dieser fragwürdigen Aufklärungskommission, die in der Stadt schon spöttisch als Untersuchungsausschuss für Kassenpatienten bezeichnet wurde, würde ich fast in Versuchung kommen und sagen: Ja, hat er! Auch hier akzeptiere ich aber bis zum Beweis des Gegenteils, dass die Unschuldsvermutung für jeden gilt. Diese Unschuldsvermutung befindet sich aber auf sehr dünnem Eis. Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, Sie wären gut beraten gewesen, sich zu überlegen, wen Sie für das Innenressort ins Rennen schicken,

(B)

(Abg. Tschöpe [SPD]: Haben wir!)

und vielleicht von diesem Innensenator Abstand zu nehmen.

(Abg. Senkal [SPD]: Ich finde Uli gut!)

Ich melde mich dann in der zweiten Runde noch einmal. – Danke!

(Beifall DIE LINKE)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Steiner.

Abg. Frau Steiner (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Wahl des Senats ist ja eigentlich ein feierlicher Augenblick, den wir heute hier erleben dürfen, denn wir werden gemeinsam als Vertreter der Bremerinnen und Bremer darüber abstimmen, welchen Senatoren wir unser Vertrauen schenken und wem wir vor allem zutrauen,

das Land Bremen in eine bessere Zukunft zu führen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, wir sind natürlich auch bei einigen Personalien äußerst skeptisch.

(C)

An Herrn Dr. Sieling gerichtet möchten wir Folgendes sagen: Sie sind zurück in Bremen, was natürlich schön ist, herzlich willkommen zurück! Sie streben aber das Amt des Bürgermeisters an, und bei der letzten Bürgerschaftswahl am 10. Mai haben wir leider eine Katastrophe erlebt, und zwar dahingehend, dass wirklich wir alle und gerade auch unsere Demokratie verloren haben. Angesichts dieser Wahlbeteiligung kann sich niemand von uns noch herausreden, sie ist einfach desolat. Die Frage ist, woran das liegt.

Die SPD hat in den letzten Jahren immer wieder mehrfach das Wahlrecht diskutiert, es wurden Marginalien geändert, das Wahlberechtigungsalter wurde verändert, und es wurden andere Aspekte diskutiert, wie etwa die Wahlperioden zu verlängern und so weiter, offensichtlich aber ohne Erfolg. Wir können doch kaum glaubwürdig von einer demokratischen Entscheidung sprechen, wenn gerade einmal 50,2 Prozent der Bürger zur Wahl gehen.

Ich glaube, das Hauptproblem, das die starke Politik- und vor allem auch die Politikerverdrossenheit auslöst, ist die fehlende Echtheit, die wir hier erleben. Nach dem Rücktritt einerseits von Jens Böhrnsen, der rund 100 000 Stimmen erhalten hat, andererseits aber auch nach dem nicht erfolgten Amtsantritt von Elisabeth Motschmann, die rund 50 000 Stimmen erhalten hat, sind einfach einmal 150 000 Stimmen weg. Sie sind quasi im Kosmos verdunstet.

(D)

Jetzt kann man sagen, Herr Dr. Sieling, Sie als designierter Präsident des Senats standen nicht auf dem Wahlzettel. Ich weiß, das kann man machen, aber ich glaube, für den Wähler ist kaum noch nachvollziehbar, was hier passiert. Ich glaube, viele fühlen sich tatsächlich betrogen.

(Beifall FDP)

Ich möchte an Sie, lieber Herr Dr. Sieling, appellieren, die Glaubwürdigkeit in Bremen auch wirklich wiederherzustellen, damit wir gemeinsam das Vertrauen der Wähler wieder zurückgewinnen, denn das ist etwas, was wir alle als Gemeinschaftsprojekt verfolgen sollten, und nicht jeder sollte sein eigenes Süppchen kochen.

(Beifall FDP)

Sie gelten als Gewächs der linken SPD, und alles, was ich von Ihnen und über Ihre Personalie bisher gelesen habe, die Ideen, die Visionen betreffen leider nahezu ausschließlich die Arbeitnehmerrechte. Als Beispiele nenne ich die Verschärfung des Bremischen Mindestlohngesetzes, die Verteufelung von Leiharbeit, das betrifft natürlich auch die Ausbildungsgarantie, statt massiv eine Bildungsoffensive zu betreiben.

(A) (Beifall FDP)

Kein Wort wird über die Arbeitgeber verloren, aber vor jedem Arbeitnehmer steht nun einmal auch ein Arbeitgeber, und die Wertschätzung der Unternehmen findet überhaupt nicht statt. Insbesondere unser Mittelstand, der auch noch inhabergeführt ist, ist das Rückgrat unserer heimischen Wirtschaft. Als Unternehmerin sage ich Ihnen: Wir Unternehmer haben Werte. Wir denken generationenübergreifend. Wir haben eine starke Bindung an unsere Mitarbeiter – und da unterscheiden wir uns von großen Konzernen –, sie haben für uns nämlich einen Namen, sie haben eine Geschichte. Sie sind nicht irgendeine Nummer im EDV-System, und vor allen Dingen sind wir standorttreu.

(Beifall FDP)

Das sind die Unternehmen, die Bremen attraktiv machen. Es sind die Arbeitgeber, um die wir uns gemeinsam kümmern müssen, und um die Sie sich kümmern müssen, Herr Dr. Sieling. Ich finde, der Mittelstand muss Chefsache werden.

(Beifall FDP)

(B)

Wir dürfen nicht wie diverse Telekommunikationsanbieter den Fehler machen, nur um Neukunden zu werben und dabei die Altkunden zu vergessen, sondern unsere Aufgabe ist es, die bestehenden Unternehmen zu halten, aber natürlich auch die neuen willkommen zu heißen.

Ich komme damit kurz zu Frau Linnert! Die Finanzlage Bremens ist wirklich katastrophal und bedroht Bremens Eigenständigkeit. Bremen steht ohne Hilfe de facto kurz vor der Pleite, und es werden trotzdem 180 Millionen Euro in den OTB gesteckt, ein Projekt, das eigentlich von Anfang an zur Erfolglosigkeit verdammt ist. Statt die Steuern zu erhöhen, sollten Sie einmal darüber nachdenken! Es wäre an der Zeit, hier wirklich eine Ausgaben- und Aufgabenkritik zu üben, und zwar gerade zu Zeiten, in denen die Zinsen so niedrig wie selten sind und die konjunkturelle Lage tatsächlich auch positiv ist.

Statt den Investoren in Bremen langsam einmal den roten Teppich auszurollen, wird zunehmend eine höhere Investitionsbarriere geschaffen, und damit meine ich die sogenannte Heuschreckensteuer. Meine Damen und Herren – allen Ernstes –, das Wort allein ist für mich schon die höchste Form der Diskreditierung.

(Beifall FDP)

Es kann nicht sein, und es ist wirklich ein Unding, dass Investoren, die Bremen zum Aufschwung verhelfen wollen, so negativ dargestellt und abgekanzelt werden, denn diese Steuer ist alles andere als zielführend.

(C) (Beifall FDP – Abg. Tschöpe [SPD]: Waren Sie schon einmal in der Grohner Düne?)

Mit dieser Steuer vergrault Bremen die Investoren.

(Widerspruch SPD)

Wenn wir von der Größenordnung dieser Wohneinheiten sprechen, dann ist keine private, sondern eine hohe Kapitalausstattung notwendig. Die Privaten können sich diese Kapitalausstattung nicht leisten, dafür brauchen wir kapitalintensive und vor allen Dingen finanzstarke Investoren.

(Beifall FDP)

Ich kann Ihnen jetzt schon sagen: Ihr Plan floppt!

(Zurufe SPD – Abg. Tschöpe [SPD]: Mann, Mann, Mann!)

Statt die Durchschnittsbürger zu entlasten – und davon wird immer gesprochen –, werden die Mieten weiter steigen, und die Belastungen werden immer höher werden. Es wird weniger Neubauten geben, es gibt ein geringeres Angebot, und damit forcieren Sie eine künstliche Verknappung des Wohnungsangebots.

(D) (Abg. Tschöpe [SPD]: Sie haben gar nichts begriffen, gar nichts!)

Lieber Herr Dr. Joachim Lohse, von Ihnen als Bau-senator erwarte ich einen massiven Protest. Bremen braucht einen Möglichmacher und keinen Bauverhinderungssenator!

(Beifall FDP)

Mit Frau Dr. Bogedan ist eine Frau auf das Personal-tabelleau gekommen, die für uns neu ist. Unsere Idee, dass die Zuständigkeit für Kinder und Jugendliche im Bildungsressort liegen muss, wurde erfreulicherweise aufgegriffen, aber leider nicht umfassend genug. Für uns gehört in das Bildungsressort auch die Zuständigkeit für die Jugendhilfe und den Wissenschaftsbereich. Frau Dr. Bogedan, wir geben Ihnen eine Chance, und wir geben Ihnen auch einen Vertrauensvorschuss. Wir stehen als Gesprächspartner zur Verfügung: Machen Sie etwas daraus!

(Beifall FDP)

Der Senat muss in den kommenden vier Jahren für eine bessere Zukunft Bremens und für die Eigenständigkeit kämpfen. Wir brauchen in Bremen Visionäre und Macher, aber keine Bremser. – Danke!

(Beifall FDP)

(A) **Präsident Weber:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Schäfer.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Bremer Bürgerliche Reformer, das kann sich am Ende der Rede schon wieder geändert haben! – Heiterkeit)

Abg. Schäfer (BBR)*: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Weiter so, das scheinen die SPD und die Grünen zu sagen, weiter so wie bisher.

Es wurde schon von verschiedener Seite sehr dezidiert ausgeführt, welches Armutszeugnis die Wahlbeteiligung abbildet. Es war die Rede von 50 Prozent, und in Bremerhaven liegt die Wahlbeteiligung noch etwas niedriger. Ich habe in der vorletzten Woche in Bremerhaven Einsicht in einige Stimmzettel genommen, weil dort eine Prüfung durchgeführt wird. Mich hat besonders der hohe Anteil der ungültigen Stimmzettel interessiert – es sind in Bremerhaven, glaube ich, 6 Prozent –, denn ich konnte mir nicht die hohe Zahl der ungültigen Stimmzettel erklären.

Zu meiner größten Überraschung musste ich feststellen, dass die meisten ungültigen Stimmzettel mit voller Absicht ungültig gemacht worden waren. Es sind Wähler, die sich nicht gesagt haben, ich gehe lieber zum Grillen oder an den Badesee, weil mich die Politik nicht interessiert, sondern sie sind motiviert gewesen, sie sind in das Wahllokal gegangen, und sie haben den Kommentar auf den Stimmzettel geschrieben, dass sie sich von keiner der in Bremen zur Wahl angetretenen Parteien vertreten fühlen. Das heißt, wir können davon ausgehen, dass eine große Mehrheit der Bremer die hier geleistete Arbeit überhaupt nicht schätzt, und zwar aus gutem Grund.

Wir hören das Lippenbekenntnis, dass man gelernt und verstanden habe, dass es so nicht weitergehen könne, aber wir sehen keinen einzigen Vorschlag, der in eine neue Richtung weist. Der uns vorgestellte Senat besteht zu einem guten Teil aus Personen, die bisher ihren Bereich verantwortet haben.

Im Hinblick auf die Bremer Finanzen hören wir die Forderung nach höheren Finanzausweisungen des Bundes, der Länderfinanzausgleich ist zu konsolidieren, wir haben furchtbare Schulden, und es ist ein Schuldenschnitt notwendig. Das hört sich ja fast so an, als würde es um Griechenland gehen. Wir sind aber nicht Griechenland.

Die Schulden der Gegenwart resultieren aus Fehlentscheidungen und Fehlinvestitionen in der Vergangenheit. Die können wir nicht korrigieren – ich nenne einmal den JadeWeserPort, das Musicaltheater Bremen, den Space Park und so weiter –, aber es wird nichts geändert, es geht so weiter. Es wird ein völlig sinnfreier OTB geplant. Selbst die CDU scheint diesen Plan zu unterstützen, obwohl Sie, meine Damen und Herren, sehr wohl wissen, dass in Bremerhaven wahrscheinlich keine Fundamente mehr für Offshore-Anlagen gebaut werden.

Die personelle Besetzung des Senats ist nichts anderes als ein „Weiter so wie bisher“. Wir als Bremer Bürgerliche Reformer lehnen dieses „Weiter so wie bisher“ ab. Wir werden wahrscheinlich nicht die Wahl der vorgeschlagenen Senatoren verhindern können, aber wir werden in den nächsten vier Jahren den Finger in die Wunde legen und diese Themen immer wieder benennen. – Vielen Dank!

(Beifall BBR)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer.

Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Röwekamp, Sie haben mich um eine Stellungnahme zu den Senatsmitgliedern gebeten, und diese Stellungnahme werde ich sehr gern abgeben. Lassen Sie mich aber eines zunächst sagen: Für uns Grüne sind Inhalte und politische Ziele extrem wichtig!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Bevor wir Personalfragen debattieren, finde ich es richtig, dass erst einmal eine Verständigung über die politischen Ziele erfolgt.

(Zuruf CDU: Hui! – Abg. Eckhoff [CDU]: Das haben wir in den letzten Wochen besonders intensiv bemerkt!)

Damit verbinden wir im Übrigen auch das Vertrauen und das Zutrauen in die Kandidatinnen und Kandidaten.

Wir haben am Montag alle Kandidatinnen und Kandidaten zu uns in die Fraktion eingeladen. Wir haben uns mit ihnen über die inhaltlichen Schwerpunkte und die politischen Ziele der nächsten vier Jahre unterhalten. Wir haben Fragen gestellt, und wir haben uns gegenseitig vorgestellt. Wir Grünen unterstützen heute alle Kandidatinnen und Kandidaten, weil wir zutiefst davon überzeugt sind, dass sie die Ziele und die Inhalte, die die Koalition vereinbart hat, umsetzen werden.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, Dr. Carsten Sieling kennen viele von uns noch aus seiner Zeit in der Bürgerschaft. Ich bin davon überzeugt, dass er der absolut richtige Mann ist, um das Land Bremen als Bürgermeister durch die nächsten, auch schweren Jahre zu führen. Er hat Erfahrungen in der Finanzpolitik, er ist konstruktiv, er hört den Menschen zu, und er ist offen für Neues. Das sind Qualitäten, die ein Bürgermeister haben muss, und deshalb wird er die Arbeit gut erledigen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

(C)

(B)

(D)

- (A) Frau Dr. Bogedan haben wir am Montag zum ersten Mal in der Fraktion kennenlernen dürfen. Sie hat uns sehr davon überzeugt, dass sie es schaffen wird, die Umstrukturierung im Bildungsbereich erfolgreich durchzuführen. Sie steht für ein langes gemeinsames Lernen, und das finden wir richtig, meine Damen und Herren!
- (Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)
- Herr Günthner, Herr Mäurer und Frau Professor Dr. Quante-Brandt haben in der letzten Legislaturperiode gezeigt, dass sie für Ihre Arbeitsgebiete Verantwortung übernehmen, dass sie Themen auch aufgreifen, und deshalb gibt es für uns heute keinen Grund, ihre Wahl infrage zu stellen.
- Herr Röwekamp, Sie haben vorhin etwas süffisant angedeutet, dass ich mich davor drücken möchte, etwas zu den grünen Senatsmitgliedern zu sagen. Nein, ich habe damit überhaupt kein Problem.
- (Abg. Röwekamp [CDU]: Schön! Das freut mich!)
- Frau Vogt, Sie haben bemängelt, die Grünen hätten sich nach der Wahl zerlegt. Ich habe nicht das Gefühl, dass hier eine zerlegte Fraktion oder eine zerlegte Partei besteht, im Gegenteil! Ich finde – und das sage ich jetzt aus vollster Überzeugung – es mehr als demokratisch, wenn für Posten auch einmal mehrere Kandidaten zur Wahl stehen und das eintritt, was wir in einer Demokratie immer wollen, dass man eine Auswahl hat und daraus auch wählen kann.
- (B) (Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Dr. Matthias Güldner hat einen Richtungswechsel gefordert, den kann ich nicht erkennen!)
- Insofern finde ich nicht, dass das ein Zeichen ist, dass sich die Grünen zerlegt hätten. Im Gegenteil, am letzten Samstag hat eine Landesmitgliederversammlung stattgefunden, wir haben kontrovers und kritisch diskutiert, und am Ende gab es ein sehr eindeutiges Ergebnis.
- (Beifall Bündnis 90/Die Grünen)
- Es gab ein eindeutiges Ergebnis der Mitglieder für Karoline Linnert, Anja Stahmann und Dr. Joachim Lohse. Karoline Linnert steht für uns Grüne für eine nachhaltige Finanzpolitik, das mögen Sie, Herr Röwekamp, anders sehen, aber bei Ihnen von der CDU sehe ich, ehrlich gesagt, keinen nachhaltigen Ansatz zum Sparen.
- Es ist für Bremen eine Mammutaufgabe, den Sanierungspfad einzuhalten, das wissen wir doch alle. Wer in einem Haushaltsnotlageland regiert und sparen muss, der macht sich vielleicht auch nicht immer beliebt, dazu gehören eben auch Ausdauer und Kompetenz, und dafür steht für uns Grüne Karoline Linnert.
- (Beifall Bündnis 90/Die Grünen)
- (C) Dr. Joachim Lohse hat in den letzten vier Jahren Projekte auf den Weg gebracht, die wirklich auch Mammutaufgaben waren, wie den Verkehrsentwicklungsplan, den Flächennutzungsplan und das Landschaftsprogramm. Er hat auf der Landesmitgliederversammlung deutliche Rückendeckung für seine Politik bekommen, denn er konnte überzeugen, dass er eben auch Umweltbelange und Stadtentwicklung zusammen betrachtet, und daher werden wir ihn als zukünftigen Senator für Umwelt, Bau, Verkehr, Klimaschutz und Landwirtschaft wählen, meine Damen und Herren!
- (Beifall Bündnis 90/Die Grünen)
- Anja Stahmann hat in den letzten Jahren ein riesengroßes Ressort mit Mammutaufgaben geführt. Sie hat den Ausbau von U3-Plätzen vorangetrieben, und sie hat deutschlandweit vorbildlich die Flüchtlingsunterbringung organisiert, es gab dafür sehr viel Lob eben nicht nur aus Bremen, sondern aus ganz Deutschland, und dafür gebührt ihr eine riesige Anerkennung!
- (Beifall Bündnis 90/Die Grünen)
- Alle drei grünen Senatorinnen und Senatoren sind am letzten Samstag von den grünen Mitgliedern mit einem eindeutigen Ergebnis gewählt und mit einem sehr großen Vertrauen ausgestattet worden. Die grüne Fraktion teilt dieses Vertrauen. Sie wird heute geschlossen alle drei grünen und alle Kandidatinnen und Kandidaten der SPD wählen und sie konstruktiv bei ihrer Arbeit in den nächsten vier Jahren unterstützen. - Herzlichen Dank!
- (D) (Beifall Bündnis 90/Die Grünen)
- Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Vogt.
- Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)*:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn ich ja eben angesichts der Finanzprobleme und der Fragen der Armutsbekämpfung, die dieser Senat meines Erachtens nicht angeht, etwas weiter ausgeholt habe, bin ich Ihnen dennoch schuldig mitzuteilen, was wir über die übrigen Ressortentscheidungen denken.
- Fangen wir einmal mit dem Sozialressort an! Ich erinnere mich, vor vier Jahren gab es hier im Bundesland einen Aufschrei, als die SPD ihr Herzstück, das Sozialressort, der Koalitionsarithmetik geopfert hatte. Relativ durchsichtig waren auch einige Versuche vor der Wahl, dieses Ressort wieder zurückzuerobern. Fein ging es nicht zu, ich will hier nicht ins Detail gehen. Einige werden sich erinnern, da wurde durchaus mit harten Bandagen gekämpft. Es kann mir und vor allem den Bremerinnen und Bremern ziemlich egal

(A) sein, wer sich koalitionsintern durchsetzt, entscheidend ist, was hinten herauskommt, und die Erfolgsbilanz der grünen Sozialsenatorin der letzten vier Jahre sehe ich ein bisschen kritischer als Sie, werte Frau Kollegin Dr. Schaefer.

Ich gebe zu, vor vier Jahren konnte hier an dieser Stelle noch niemand prognostizieren, wie viele Geflüchtete nach Bremen kommen würden, aber dennoch hatten wir auch hier im Haus genug Debatten, in denen deutlich wurde, dass das Ressort viel zu spät auf die neuen Herausforderungen reagiert hat. Vielleicht mag sogar sein, dass Frau Stahmanns Parteikollegin Frau Linnert zügige Verbesserungen im Hinblick auf Unterbringung, Betreuung und Beschulung verhindert hat, weil ihr die Schuldenbremse und der Sanierungspfad wichtiger waren, so wurde es zumindest bis vor zwei Jahren hinter vorgehaltener Hand kolportiert. Das entbindet aber eine Ressortchefin nicht davon, für die gestiegenen Bedarfe innerhalb des Senats zu kämpfen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall DIE LINKE)

Endgültig nicht nachvollziehen kann ich die Prioritätensetzung im Bereich der U3-Plätze. Man kann es durchaus grün denken: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht an erster Stelle. Soziale Belange haben in den ersten Jahren hier eine geringe Rolle gespielt und waren nachrangig. So hat es auch der damalige Fraktionsvorsitzende der Grünen vor zwei Jahren öffentlich verkündet, es würden keine Krippenplätze zur Verfügung gestellt, wo Bedarf nicht nachgefragt werde, und auf die Nachfrage, ob im Sinne der höheren Bildungsbeteiligung nicht auch aus sozialen Gründen über einen weiteren Ausbau in ärmeren Stadtteilen nachgedacht werden müsse, lautete die Antwort damals sinngemäß: Wo kein Kläger, da müssen wir nicht handeln!

(B) Ich habe hier vorhin lange auf die SPD eingedroschen, aber in der Frage des Krippenausbaus in ärmeren Stadtteilen hat sie vor zwei Jahren begonnen, gegen den Koalitionspartner Flagge zu zeigen, wenn auch erst auf Druck der Verbände und der Arbeitnehmerkammer, aber immerhin, sie hat es getan. Ich nehme Frau Stahmann trotz der Aussagen von Herrn Dr. Güldner und auch trotz der grünen Finanzsenatorin in die Verantwortung. Frau Stahmann ist in Bremerhaven aufgewachsen und hat gemeinsam mit Bekannten von mir und mit mir vor 20 Jahren in Walle dafür gekämpft, dass Kinder auch in solchen Stadtteilen in Krippen untergebracht werden können, aber ich hatte in den letzten Jahren manchmal den Eindruck, dass sie das etwas vergessen hat.

(Beifall DIE LINKE – Abg. Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Jetzt wird es aber langsam grotesk!)

Ich könnte an dieser Stelle noch die Brandbriefe der Casemanager, die Forderungen von Vertretern der

Freizeitheime, der Verbände der Altenpflege und diverser anderer Einrichtungen zitieren. Insgesamt bleibt aus unserer Sicht hängen: Soziales ist zunehmend entkoppelt von dem ursprünglichen Gedanken und wird auch immer mehr zur Versorgungseinheit für diejenigen, die sowieso schon maximal von staatlichen Leistungen profitieren können.

(C)

(Beifall DIE LINKE)

Es gibt jetzt noch ein neues Ressort – Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz –, dessen Zusammensetzung inhaltlich genauso abenteuerlich ist wie vor vier Jahren, als Gesundheit an den Bereich Bildung gegangen ist. Weder die designierte Senatorin Frau Professor Dr. Quante-Brandt noch der designierte Staatsrat Herr Kück haben bisher einen fachlichen Bezug zum Thema Gesundheit gehabt. Beide kommen ausschließlich aus dem Bereich der Wissenschaft. Das lässt vermuten, dass die Sanierungspläne, wie sie die Geschäftsführung der GeNo in ihrem Zukunftskonzept 2017 vorlegt, seitens des Gesundheitsressorts kaum kritisch überdacht oder enger politisch begleitet werden. Das heißt, die ursprüngliche Ansage, dass die Entwicklung der GeNo näher an die politische Ebene angebunden und von ihr begleitet wird, um weitere Pleiten wie beim Teilersatzneubau am Klinikum Bremen-Mitte zu vermeiden, ist aus unserer Sicht damit vermutlich vom Tisch.

(Beifall DIE LINKE)

(D)

Man hat so den Eindruck, dass es insgesamt so scheint, als ob niemand mehr so recht den Bereich Gesundheit haben will und dieses so wichtige Gebiet bei dem verbleibt, der bei der Reise nach Jerusalem leider keinen Stuhl bekommen hat.

(Beifall DIE LINKE – Abg. Eckhoff [CDU]: Stimmt!)

Man muss sich dann tatsächlich einmal fragen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ob das jetzt schon der prognostizierte Schleudersitz ist, weil uns irgendwann hier die Frage der GeNo und deren Finanzierung um die Ohren fliegen wird.

(Abg. Kastendiek [CDU]: Auch das stimmt!)

Zum Schluss bleibt noch das unauffälligste Ressort, das des Senators Dr. Lohse. Unauffällig ist aber kein Qualitätsmerkmal. Es ist doch ein ur-grünes Ressort, und bestenfalls könnte man da gelegentlich etwas nicht kommentieren, aber was ist dort eigentlich in den letzten Jahren passiert? Senator Dr. Lohse ist ein Umweltsenator mit allen Stärken, aber auch mit allen Schwächen. Es gibt Bereiche, vor allem im Wohn- und Wohnungsbau, da bleibt er blass, und es scheint, als ob die Grünen sich in den Koalitionsverhandlungen damit zufriedengegeben hätten, lediglich zu entschei-

(A) den, ob und wo gebaut wird. Ein bisschen dünn, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall DIE LINKE)

Ich kann mich an Wahlveranstaltungen mit Herrn Tschöpe erinnern, auf denen er gesagt hat, bis zum Jahr 2030 brauchen wir für 20 000 Neubremerinnen und Neubremer Wohnraum, und nicht alle von ihnen bringen Geld mit. Das von Herrn Pohlmann geforderte „Sofortbauprogramm Wohnen“ taucht im Koalitionsvertrag auch nicht auf. Ein aussagekräftiges Bekenntnis zur Wohnbauförderung gibt es nicht, auch nicht seitens des designierten Senators.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man nicht nur 20 000 Neubremerinnen und Neubremer versorgen will, sondern auch die vielen Bremerinnen und Bremer, die jetzt schon Schwierigkeiten haben, bezahlbaren Wohnraum zu finden, dann bleibt hier festzuhalten, dass dann nicht nur der Koalitionsvertrag mutlos ist, sondern auch der zukünftige Senator.

(Beifall DIE LINKE)

Ich persönlich finde die Gesamtkonstruktion mutlos, blutleer und teilweise auch ein bisschen verzweifelt. Wenn der designierte Bürgermeister auf dem Parteitag seine Partei auf den Koalitionsvertrag mit den Worten einschwört, „wir gehen schwierigen Zeiten entgegen“, dann kann man das für ehrlich halten. Ich halte diese Aussage allerdings für falsch. Ehrlich gesagt, es gilt immer noch die alte Aussage: Wer kämpfen will, der muss auch Zähne zeigen. Das war schon immer so!

(B)

(Zuruf Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther [Bündnis 90/Die Grünen])

Ich gebe hier ganz ehrlich zu, auch als Linke weiß ich nicht, Frau Dr. Kappert-Gonther, welchen Ausgang dieser Kampf hat. Für mich wäre es auch vermessen, eine Prognose zu treffen. Ich halte es aber für vollkommen falsch, diesen Kampf nicht aufzunehmen.

Es geht nicht nur darum, liebe Kolleginnen und Kollegen, welche Situation sich im Land Bremen in vier Jahren abbildet, sondern es geht darum, wie das Staatswesen in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt aussehen wird, und ob es in absehbarer Zeit wiederzuerkennen ist. Dieser Senat nimmt diesen Kampf nicht ordentlich auf, sondern er gibt in erster Linie das nach unten weiter, was aus Berlin von oben diktiert wird.

Wir werden diesen Senat daher nicht wählen. Ich habe es bereits vor vier Jahren auch gesagt, die Haltung dieser Regierung unterscheidet sich leider in entscheidenden Punkten nicht wesentlich von der vorherigen. Das halte ich nicht nur für fatal, das halte ich sogar

für fatalistisch! Das ist in meinen Augen die Verabschiedung vom politischen Gestaltungswillen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(C)

(Beifall DIE LINKE)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tschöpe.

Abg. Tschöpe (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man fragt sich, was wollte uns diese Debatte sagen, was hat sie erbracht? Die erste Aussage ist, dass die Opposition die vorgeschlagenen Senatsmitglieder nicht wählt. Das ist ziemlich erstaunlich.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Und ihr wählt sie, das ist auch erstaunlich!)

Wir wählen sie, und das ist überhaupt nicht erstaunlich.

Zu welcher zweiten Aussage ist es gekommen? Als zweite Aussage ist, glaube ich, festzuhalten, dass wir vermehrt in der Bürgerschaft feststellen werden, dass sich das ernsthafte Politikangebot auf vier in der Bürgerschaft vertretene Fraktionen beschränkt.

(Beifall SPD)

Frau Steiner, für Sie als die Vertreterin einer Partei, die glaubt, Wirtschaftsinteressen zu vertreten, sich auf Ihre Weise zum OTB einzulassen, ist, ich sage einmal, exotisch bis dumm. Wie Sie sich zur Heuschreckensteuer eingelassen haben, das ist nur dumm.

(D)

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn Sie darüber reden, dass die Heuschreckensteuer Investoren abschrecken könnte, dann sage ich: Ja, wir wollen Firmen wie Grand City Property, die darauf ausgerichtet sind, zu günstigen Preisen Großwohnanlagen zu kaufen, dann die Erhaltungsaufwendungen zu reduzieren, die Mieterverwaltung zu zentralisieren, um nach fünf Jahren eine ausgelaugte Immobilie zu verkaufen, abschrecken. Ja, die SPD will diese Firmen abschrecken!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Welche dritte Aussage ist durch die Debatte entstanden? Für mich hat sie zu der festen Überzeugung geführt, dass sich die SPD für die nächsten vier Jahre den richtigen Partner ausgewählt hat.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Man mag ja schwanken, denn Sie, Kollege Röwekamp, haben in altbekannter, bewährter und, wie ich

(A) es auch an Ihnen schätze, eloquenten Manier beschrieben, warum Sie unsere Senatoren nicht akzeptieren können und was man besser machen könnte. Ich nehme Ihnen einfach eine gewisse Ernsthaftigkeit nicht ab, und das ist auch der Grund dafür, warum wir mit Ihnen nicht in Koalitionsverhandlungen eingetreten sind.

Wenn Sie sagen, es fehle der strategische Ansatz für die Haushaltssanierung, dann kann ich immer nur darauf verweisen, dass der Ansatz der CDU für die Haushaltssanierung bei den Haushaltsberatungen, die ich hier in diesem Parlament erlebt habe, immer derjenige gewesen ist, dass der Kollege Röwekamp an das Rednerpult getreten ist und eloquent gesagt hat, ihr müsst mehr sparen, und danach sind 20 Sprecher der CDU aufgetreten, die anschließend ausgeführt haben, für welche Bereiche mehr Geld ausgegeben werden soll. Das ist die Unehrllichkeit, mit der die CDU hier Politik macht, und deshalb bin ich mir sicher, dass sie keine Alternative ist.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich reiche aber für manche Dinge, die Sie zu wirtschaftspolitischen und zu baupolitischen Themen ausgeführt haben, die Hand, ich finde Ihre Ausführungen mehr als erwägenswert. Ich glaube, es wird sich im Hause die Möglichkeit ergeben, sich weiter zu einigen.

(B) Frau Vogt, Frau Bürgermeisterin Linnert als Epigone der Austerität lokaler Art darzustellen, das ist ja schon theoretisch etwas schwierig, wenn man sich überlegt, dass Bremen alles andere getan hat, als die Steuern zu senken.

(Beifall SPD)

Unabhängig davon weise ich einfach einmal darauf hin, dass wir unserem Koalitionsvertrag eine Tabelle angefügt haben, und die Tabelle nennt sich mittelfristige Finanzplanung.

(Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Die habe ich gelesen!)

Aus der mittelfristigen Finanzplanung können Sie den Konsolidierungsbedarf für die Jahre 2018 und 2019 entnehmen, und Sie können entnehmen, dass der potenzielle Sicherheitsabstand auf null zurückgefahren worden ist. Jetzt hier eine Rede zu halten, in der an verschiedenen Stellen Mehrausgaben gefordert werden, zeigt einfach eine Form der Wirklichkeitsverweigerung, die, glaube ich, an Politikverweigerung grenzt.

Ich bin nicht jemand, der die Grünen für die nächsten vier Jahre aus Liebe geheiratet hat,

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Da sind wir aber enttäuscht!)

aber je länger ich hier sitze, desto mehr sagt mir mein Kopf, diese rationale Entscheidung war für die nächsten vier Jahre richtig. – Ich danke Ihnen!

(C)

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abg. Dr. Buhlert (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wollte an dieser Stelle gar nicht reden, aber da der Präsident eine Äußerung des Kollegen Tschöpe nicht gerügt hat – man kann auch der Meinung des Präsidenten sein –, möchte ich dazu Stellung nehmen.

Ein Mitglied dieses Hauses aufgrund einer politischen Äußerung als dumm zu bezeichnen, das halte ich in einer Debatte nicht für angebracht.

(Beifall FDP)

Wir werden als FDP-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft konstruktive Politik und konstruktive Opposition machen, zugleich auch konstruktive Kritik üben. Wir erwarten allerdings von der Regierung, dass sie sich ernsthaft mit unseren Argumenten auseinandersetzt. Wenn Sie Ihre Politik wie bisher fortsetzen wollen, werden Sie nicht dazu beitragen, dass die Wahlbeteiligung steigt, denn diese Politik schreckt die Wähler ab. Sie haben schlicht von dieser Art der Auseinandersetzung genug, sie wollen eine argumentative Auseinandersetzung.

(D)

(Abg. Tschöpe [SPD]: Argumente immer!)

Sie haben zwar einige angeführt, aber im Wesentlichen hatte Ihr Debattenbeitrag an dieser Stelle folgenden Charakter: Ich kann den Ball nicht spielen, ich spiele die Person. Das ist beim Fußballspiel falsch – man nennt es Foul –, und hier war es das auch. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Präsident Weber: Herr Kollege Dr. Buhlert, ich habe die Aussage von Herrn Tschöpe deswegen nicht gerügt, weil er die inhaltliche Position von Frau Steiner ansprach, den OTB nicht umzusetzen. Hätte er Frau Steiner persönlich gemeint, dann hätte ich Herrn Tschöpe gerügt.

(Beifall SPD, DIE LINKE – Abg. Dr. Buhlert [FDP]: Sie können das Protokoll an der Stelle gern nachlesen!)

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. Röwekamp (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich

- (A) möchte zu einer der Reden, die hier gehalten worden ist, nur einige, wenige Bemerkungen machen, um mir nicht eine Rüge des Präsidenten einzuhandeln, wenn ich Pünktchenworte benutze.
- (Heiterkeit CDU)
- Ich will nur so viel sagen: Dass ausgerechnet die Gruppe der früheren AfD, wie auch immer sie zurzeit gerade heißt, den übrigen hier im Parlament vertretenen Parteien vorwirft, an der niedrigen Wahlbeteiligung Schuld zu sein, finde ich, ehrlicherweise schon – Punkt, Punkt, Punkt – dreist.
- (Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)
- Vielleicht denken Sie auch selbst noch einmal über die Konsistenz Ihres Vorgehens nach: Sie treten mit der Begründung aus der Partei aus, weil Sie die rechte Hetze nicht mehr ertragen können, um dann sozusagen hinterher zu sagen, wir haben in dieser Stadt ein hohes Protestpotenzial in der Flüchtlings-Debatte, in der Euro-Debatte und in der Anti-Griechenland-Debatte. Ich frage Sie, wie Sie es gedanklich in Ihrem Gehirn auf die Reihe bekommen, für diese Partei eingetreten zu sein und sich hinterher darüber zu beschweren, dass sich die Menschen von der Politik abwenden. Sie sind selbst daran Schuld, sehr geehrte Herren von der vormaligen AfD!
- (B) (Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)
- Ich sage es einmal so, die Geschäftsordnungsspielen, sich heute so und morgen wieder anders zu nennen, werden auch nicht gerade das Vertrauen der Menschen in die Politik steigern. Ich weiß ja noch nicht, wie Sie bei der nächsten Bürgerschaftssitzung heißen, ich werde mich einmal vorsichtshalber an Ihre Namen gewöhnen und nicht an den Namen Ihrer Gruppe, weil ich glaube, dass wir hier sonst überhaupt nicht miteinander diskutieren können. Ich fand es unverschämte, uns das vorzuwerfen! Das ist zu oberflächlich! Wir müssen natürlich über die Wahlbeteiligung reden, das heißt für mich aber auch, dass wir in der inhaltlichen Debatte in diesem Land vielleicht einfach wieder mehr streiten und uns über den richtigen Weg auseinandersetzen müssen, dass wir die persönlichen Angriffe zurücknehmen und um die Sache streiten. Wenn Sie dabei sein wollen, gern, aber jammern Sie bitte hier nicht über die Wahlbeteiligung, nachdem sie selbst dafür gesorgt haben, dass sie so gering ausgefallen ist, meine Damen und Herren!
- (Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)
- Meine Kinder finden, dass ich ganz gut Nachhilfe geben kann. Ich auch!
- (Heiterkeit – Abg. Frau Bösch [SPD]: Das hat auch niemand anders erwartet!)
- Bei Ihnen, Herr Tschöpe, würde ich sagen, da würde ich einen Profi holen,
- (Heiterkeit)
- und zwar weil ich den Eindruck habe, ich kann es noch so oft sagen, es klappt einfach nicht!
- (Heiterkeit – Abg. Tschöpe [SPD]: Manchmal ist es so!)
- Ich habe am Anfang gedacht, es läge an mir. Ich weiß jetzt aber, dass es nicht so ist.
- (Heiterkeit – Abg. Frau Grotheer [SPD]: Schatz, es liegt an dir!)
- Im Ernst, Herr Tschöpe! Die Finanzdebatte immer nur darauf zu konzentrieren, dass die einen ausgeben wollen und die anderen nicht ausgeben wollen, ist einfach falsch.
- (Beifall CDU)
- Deswegen sagen wir als CDU-Fraktion, es geht nicht immer nur darum, mehr oder weniger auszugeben. Das kann im Sportverein vielleicht oder auch in der Partei eine Rolle spielen, aber beim Staatshaushalt geht es doch eigentlich darum, Herr Tschöpe, das Geld richtig auszugeben.
- (D) (Abg. Tschöpe [SPD]: Genau!)
- Das heißt für uns eben auch, Schwerpunkte zu setzen, und wenn ich weiß, dass mein Geld nicht reicht, dann muss ich zum Beispiel beim Wissenschaftsplan den Mut haben nicht zu sagen, ich gebe allen weniger, sondern zu sagen, ich unterstütze Strukturentscheidungen an der Universität, die sich auf ihre Stärken konzentrieren und versuchen soll, in den Exzellenzbereichen weiterzukommen. Dann muss ich mich von dem einen oder anderen vielleicht auch ideologisch hoch wünschbaren Projekt möglicherweise verabschieden, weil ich sage, das bringt unser Land nicht voran. Wir als CDU-Fraktion wollen nicht immer nur mehr Geld ausgeben, wir wollen auch nicht einfach nur weniger Geld ausgeben. Wir wollen, dass in diesem Land endlich das vorhandene Geld richtig ausgegeben wird, Herr Tschöpe, das ist die Auffassung der CDU-Bürgerschaftsfraktion!
- (Beifall CDU)
- Wenn wir in Teilbereichen Einigkeit haben, wie beispielsweise bei der Wirtschaftsstrukturpolitik, dann

(A) bin ich froh darüber, dass sich bei Ihnen zum Beispiel die Erkenntnis durchgesetzt hat oder erhalten geblieben ist, dass wir den OTB brauchen, und Sie den OTB sogar gegen die Grünen verteidigt haben. Wir brauchen ihn übrigens nicht, um Fundamente zu verladen. Ich meine, wer solch eine Debatte führt, sollte sich vielleicht auch ein bisschen um die Inhalte kümmern. Es geht nicht darum, Fundamente von A nach B zu transportieren, sondern es geht darum, im Wachstumsfeld der Offshore-Energie in Bremerhaven Schritt zu halten, als Standort Marktführer zu werden und eine gute Infrastruktur dafür vorzuhalten, dass die Unternehmen nach Bremerhaven kommen, denn ein wachsender Markt ist vorhanden, und Prognos bestätigt auch, dass das Projekt tragfähig ist. Wenn jetzt jemand sagt, er glaube das nicht, dann soll er es nicht glauben, aber ich richte mich nach den objektiven Zahlen, und die besagen: Wir brauchen diesen OTB für Bremerhaven und seine wirtschaftsstrukturelle Entwicklung. Deswegen ist es auch richtig, in dieses Projekt zu investieren, meine Damen und Herren!

(Beifall CDU)

Nur am Rande will ich sagen, dass das im Übrigen auch für die ungelösten und verschobenen Probleme bei der GeNo gilt. Ich habe es hier mehrfach gesagt, Herr Tschöpe, nur als letztes Beispiel: Auch da zeigt sich, dass das Aussitzen, Vertagen und auf Zuruf erfolgende Hineinwerfen von Geld für Defizite keine Strategie für die Zukunft unserer vier kommunalen Krankenhäuser ist. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie in den Koalitionsverhandlungen – –.

(B)

(Abg. Tschöpe [SPD]: Dazu steht auch etwas darin!)

Dazu steht auch etwas darin, ehrlicherweise steht zu allem etwas darin,

(Abg. Tschöpe [SPD]: Dazu steht etwas Richtiges darin!)

es steht auch etwas zu Cannabis darin, was nicht geht.

(Abg. Tschöpe [SPD]: Ja, ist auch nicht falsch!)

Frau Professor Dr. Quante-Brandt hat das Gesundheitsressort noch zum Wissenschaftsressort dazubekommen – es fragt sich natürlich, wer der Patient ist –, aber sie ist jetzt ja auch die zuständige Senatorin für die Freigabe von Cannabis, sie hat also an Bedeutung gewonnen, denn ein zentrales Koalitionsprojekt ist jetzt mit ihrem Namen verbunden.

(Heiterkeit CDU)

Ich will an dieser Stelle nur sagen, meine Damen und Herren, wer glaubt, dass man ohne Investitionsent-

scheidung, ohne inhaltliche Neuausrichtung, ohne Standortdebatte, wer eigentlich im GeNo-Konzern in Zukunft was macht, und ohne Geld diese GeNo sanieren kann, der irrt sich. Wir müssen in die GeNo investieren. Das ist eben die Politik der CDU, man muss auch einmal investieren, um Verluste zu vermeiden und einen Konzern und die an diesen hängenden Arbeitsplätzen zu retten. An diesem Beispiel wollte ich nur deutlich machen, Herr Tschöpe, es geht nicht immer nur darum, mehr Geld auszugeben, sondern uns geht es darum, dass das vorhandene Geld mit Bedacht so richtig ausgegeben wird, dass wir dadurch in unseren Haushalten langfristige Effekte erzielen, uns auf unsere Stärken in der Wissenschaft konzentrieren können und die GeNo nicht dauerhaft mit hohen Millionenbeträgen subventionieren müssen, sondern sie aus eigener Kraft leben kann, und darum, unsere Wirtschaftsinfrastruktur so aufzustellen, dass nicht nur Arbeitsplätze erhalten bleiben, sondern auch neue geschaffen werden. Das verstehen wir als CDU-Fraktion darunter, Geld klug auszugeben.

(C)

(Beifall CDU)

Wenn ich jetzt sehe, dass Sie nicken, dann kenne ich das auch von meinen Kindern,

(Heiterkeit)

trotzdem rechnen sie hinterher falsch! Ich habe die Hoffnung, dass wir vielleicht auch mit dem, was Sie hier gesagt haben, in dem einen oder anderen Projekt in Zukunft gemeinsam für Bremen und Bremerhaven entscheiden und werben können. Es wäre zum Wohle unseres Landes! – Vielen Dank!

(D)

(Beifall CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Vogt.

Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)*: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Tschöpe, ich habe gestern Abend eigentlich eine Wette abschließen wollen, wie sie zum Schluss in diese Debatte gehen, die CDU will immer nur sparen, wir wollen immer nur fordern! Ich habe leider niemanden gefunden, der dagegen wetten wollte. Sie haben allerdings nicht richtig zugehört, denn wir haben hier heute keine Haushaltsdebatte geführt, wir haben auch keine großen Forderungen erhoben. Ich habe genau diesen Kurs der Finanzpolitik Bremens kritisiert, und ich habe in meiner Rede auch gesagt, dass es hier ab dem Jahr 2017 eng aussehen wird.

Zu unseren beliebten Haushaltsanträgen, die wir hier gestellt haben, Steuermehreinnahmen dann zum Beispiel zur Finanzierung des Teilersatzneubaus KBM zu nutzen: Den Antrag haben wir hier gestellt, Herr Röwekamp, Sie hätten unserem Antrag im Jahr 2011

- (A) ja zustimmen können, dann hätten wir jetzt ein Problem weniger! Wir haben es genauso gesehen, wenn das zu einem Fass ohne Boden wird und man immer aus dem laufenden Haushalt einmal hier, einmal da ein paar Millionen Euro zuschießen muss, dann rechnet sich das am Ende nicht, sondern wird im Endeffekt teurer. Genau deswegen haben wir vor vier Jahren den Antrag gestellt, die 125 Millionen Euro Steuer-mehreinnahmen, die es gab, genau für diese Baustelle zu verwenden.
- Wir wissen auch, dass es in zwei Jahren schwierig wird, das ist uns klar. Wir haben die Tabelle gelesen, und ich habe es letztens im Ortsverein so schön gesagt, als Bildungspolitikerin habe ich zwei Kapitel aufgeschlagen, und zwar die Themen Kinder und Bildung, aber als Fraktionsvorsitzende habe ich mich, bevor ich mich mit den fachpolitischen Inhalten beschäftigt habe, natürlich mit dem Kapitel 19, Haushalt und Finanzen sowie Personal, beschäftigt, das ist doch wohl völlig klar!
- Genau das aber ist die Haltung, die ich hier kritisiert habe. Sie haben diese Sanierungsvereinbarung hier beschlossen und auch dafür gesorgt, dass sie in den Zeiten übererfüllt worden ist, in denen wir noch Möglichkeiten hatten, tatsächlich Geld zu investieren. Ich habe immer betont, Geld zu investieren! Wir hatten keine Möglichkeit, mit diesem Geld die dringenden Personalfragen zu lösen, das war uns als Fraktion aber immer klar. Wir haben hier aber natürlich sinnvolle Vorschläge gemacht, die dem Bundesland ein bisschen weitergeholfen hätten, wenn sie in diesem Hause eine Mehrheit gefunden hätten. Stattdessen wurden die Probleme in die Zukunft verlagert, und ja, der Abstand aus der Sanierungsvereinbarung ist in zwei Jahren nicht mehr vorhanden, und dann ist es eng. Genau diese Haltung habe ich kritisiert, wie wollen Sie denn hier ab dem Jahr 2017 weiterregieren?
- Deswegen habe ich eben gesagt, dass Sie die aus Berlin diktierten Kürzungen nur nach unten durchführen, anstatt mit Berlin den Kampf aufzunehmen und mit den anderen Bundesländern darauf zu drängen, dass wir hier endlich einmal eine solidarische Finanzierung der Bundesländer und Kommunen haben, die wir alle brauchen. Auch wenn Bremen das am höchsten verschuldete Bundesland ist, geht es doch anderen Ländern und Kommunen nicht anders!
- Stattdessen dieses Klein-Klein in Ministerpräsidentenkonferenzen, die einen reden nicht mit den anderen, und Herr Seehofer führt die ganze Nation durch den Ring! Anstatt sich da einmal hinzusetzen und zu sagen, mit den Leuten gehen wir gemeinsam hinein, und wir nehmen auch mit einer Bundesregierung und einem Herrn Schäuble den Kampf auf, die strategisch auf die CSU angewiesen sind, weil sie die Länder verlieren und den Bund behalten wollen! Diese Richtung hätte ich von Ihnen erwartet und nicht das Fortschreiben einer Finanzpolitik, zu der Ihnen im Grunde mein Kollege Rupp schon im Jahr 2009 vorgerechnet hat, wann die Sanierungsvereinbarung nicht mehr einzuhalten sein wird. In der letzten mittelfristigen Finanzplanung zu den Haushaltsberatungen stand es übrigens auch, da hat uns hier niemand mehr ausgelacht, und jetzt steht es auch in der Koalitionsvereinbarung. Das nenne ich ein Armutszeugnis, weil Sie keinen Ausweg aus dieser Situation aufzeigen und aufzeigen wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen!
- (Beifall DIE LINKE)
- Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer.
- Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Röwekamp, es ist ja nicht immer so, dass wir beide einer Meinung sind. Während Ihres letzten Debattenbeitrags dachte ich, jetzt bin ich bei ganz vielen Punkten mit Herrn Röwekamp einer Meinung.
- Sie haben gesagt, dass das Geld richtig ausgegeben werden muss. Ja, totaler Konsens! Sie haben gesagt, dass man in einem Haushaltsnotlageland Schwerpunkte setzen muss. Ja, auch richtig! Herr Röwekamp, zu fragen ist allerdings, wer definiert, was richtig ist,
- (Abg. Röwekamp [CDU]: Die Mehrheit!)
- wer definiert die richtigen Schwerpunkte. Ich glaube, Sie allein jetzt nicht!
- (Abg. Röwekamp [CDU]: Schön wäre es!)
- Schön wäre es, aber das ist in einer Demokratie immer ein bisschen schwierig!
- Sie haben gesagt, dass man das Geld klug ausgeben muss, wenn man nicht genug Geld hat, man muss das vorhandene Geld mit Bedacht ausgeben. Ja, da haben Sie auch mein vollstes Einverständnis!
- Sie haben gesagt, es muss unser Ziel sein, die Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen. Ja, auch dieses Ziel teilen die Grünen! Aber vielleicht muss man doch noch einmal inhaltlich diskutieren, was mit dem Wort Bedacht gemeint ist und um welche Schwerpunkte es sich handelt.
- Sie haben vorhin den OTB angesprochen und so getan, als ob die Grünen schon immer irgendwie gegen den OTB gewesen sind. In unserem Wahlprogramm steht der OTB mit einem eindeutigen Ja. Es ist allerdings auch legitim, wenn man feststellt, dass sich vielleicht die Situation und der Bedarf geändert haben, und wenn man dann noch einmal ganz sorgfältig prüft. Das verstehe ich unter Bedacht, also zu eruieren, ob es eine Rechtfertigung gibt, und das machen wir beim OTB.
- Wir gehen bei einem 180-Millionen-Euro-Projekt mit Bedacht vor, und es ist doch kein Fehler, sich mit Be-
- (C)
- (D)

(A) dacht weitere Gutachten anzusehen, um letztlich die Aussage treffen zu können, ja, das ist richtig.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Insofern sage ich, Herr Röwekamp, ich teile die Aussage, dass die Mittel in einem Haushaltsnotlageland mit Bedacht ausgegeben und Schwerpunkte mit Bedacht gesetzt werden müssen, und genau das wird von Rot-Grün getan. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Gemäß Artikel 107 Absatz 2 Satz 1 der Landesverfassung werden die Senatsmitglieder mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt.

Wir haben uns darauf verständigt, dass wir hier geheime Wahl in Wahlkabinen vornehmen. Sie haben die Möglichkeit, Ja, Nein oder Stimmenthaltung anzukreuzen.

Die Ausgabe der Stimmzettel und Wahlumschläge erfolgt nach Namensaufruf an dem Tisch rechts neben den Wahlkabinen.

(B) Wir kommen zur Wahl.

Meine Damen und Herren, ich eröffne den Wahlgang.

Ich rufe jetzt alle Abgeordneten nach dem Alphabet namentlich auf und bitte die so aufgerufenen Damen und Herren, die Wahl vorzunehmen. Gleichzeitig bitte ich die Schriftführerin Frau Mahnke und die Schriftführer Dr. Buhlert, Senkal und Tuncel, an der Ausgabe der Stimmzettel und an der Wahlurne Platz zu nehmen.

Wir kommen zum Wahlgang.

(Es folgt der Namensaufruf.)

Ich frage alle Abgeordneten, ob sie ihre Stimme abgegeben haben. – Das ist der Fall.

Dann stelle ich fest, dass wir zur Auszählung kommen können.

Der Wahlgang ist beendet.

Wir kommen zur Auszählung der abgegebenen Stimmen. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die Auszählung vorzunehmen!

Ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag), bis das Ergebnis der Auszählung vorliegt.

(Unterbrechung der Sitzung 12.09 Uhr)



Präsident Weber eröffnet die Sitzung wieder um 12.18 Uhr.

(C)

Präsident Weber: Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen jetzt das Ergebnis der Wahl des Präsidenten des Senats bekannt: ausgegebene Stimmzettel 82, abgegebene Stimmzettel 82.

Auf Herrn Dr. Carsten Sieling entfielen 46 Jastimmen, 33 Neinstimmen und 3 Enthaltungen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich stelle fest, dass Herr Dr. Carsten Sieling die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erreicht hat und damit als Präsident des Senats gewählt ist.

Ich frage Herrn Dr. Carsten Sieling, ob er die Wahl annimmt.

(Herr Dr. Sieling: Ja, Herr Präsident, ich nehme die Wahl an!)

Ich gratuliere Ihnen ganz herzlich!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir kommen nun zur Wahl der übrigen Mitglieder des Senats.

(D)

Es sind folgende Vorschläge für die Wahl in den Senat gemacht worden: von der SPD-Fraktion Dr. Claudia Bogedan, Martin Günthner, Ulrich Mäurer, Professor Dr. Eva Quante-Brandt, von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Karoline Linnert, Dr. Joachim Lohse, Anja Stahmann.

Die Wahlvorschläge liegen den Abgeordneten auch schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Für eine Wahl in den Senat ist die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich.

Ich möchte Sie auf Folgendes hinweisen: Da hier in einem Wahlgang mehrere Personen gewählt werden, ist gemäß Paragraph 58 Absatz 6 Satz 4 der Geschäftsordnung ein Stimmzettel ungültig, wenn ein Kreuz fehlt. Für eine gültige Stimmabgabe sind daher sämtliche Wahlvorschläge entweder mit Ja, Nein oder Enthaltung zu kennzeichnen.

Ich gehe davon aus, dass das Wahlverfahren klar ist. Dann können wir mit der Wahl beginnen.

Ich bitte jetzt die Schriftführerin und Schriftführer Dr. Buhlert, Frau Mahnke, Senkal und Tuncel, an den Wahlurnen Platz zu nehmen!

Ich komme nun zum Namensaufruf.

- (A) Ich frage, ob alle Abgeordneten aufgerufen worden sind und ihren Stimmzettel abgegeben haben. – Das ist der Fall.
Damit ist der Wahlgang beendet.
Ich bitte nun die Schriftführerinnen und Schriftführer, die Auszählung vorzunehmen!
Ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag), bis das Auszählungsergebnis vorliegt.

(Unterbrechung der Sitzung 12.41 Uhr)
- ★
- Präsident Weber eröffnet die Sitzung wieder um 13.03 Uhr.
- Präsident Weber:** Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.
Ich gebe Ihnen nun das Wahlergebnis bekannt, wie es von den Schriftführerinnen und Schriftführern festgestellt wurde: ausgegebene Stimmzettel 82, abgegebene Stimmzettel 82, ein Stimmzettel war ungültig.
Auf Frau Dr. Claudia Bogedan entfielen 47 Jastimmen, 28 Neinstimmen und sechs Enthaltungen.
- (B) (Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)
- Auf Herrn Martin Günthner entfielen 46 Jastimmen, 35 Neinstimmen, keine Enthaltung.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)
- Auf Frau Karoline Linnert entfielen 42 Jastimmen, 37 Neinstimmen und zwei Enthaltungen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)
- Auf Herrn Dr. Joachim Lohse entfielen 44 Jastimmen, 37 Neinstimmen, keine Enthaltung.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)
- Auf Herrn Ulrich Mäurer entfielen 47 Jastimmen, 34 Neinstimmen, keine Enthaltung.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)
- Auf Frau Anja Stahmann entfielen 49 Jastimmen, 32 Neinstimmen, keine Enthaltung.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)
- Auf Frau Professor Dr. Quante-Brandt entfielen 44 Jastimmen, 37 Neinstimmen und eine Enthaltung.
- (Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)
- (C) (Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)
- Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich stelle fest, dass alle Kandidatinnen und Kandidaten gewählt sind.
Ich frage nun die Gewählten, ob sie die Wahl annehmen. Ich frage in alphabetischer Reihenfolge.
Frau Dr. Claudia Bogedan, nehmen Sie die Wahl an?

(Frau Dr. Bogedan: Ja, ich nehme die Wahl an!)

Herr Martin Günthner, nehmen Sie die Wahl an?

(Senator Günthner: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an!)

Frau Karoline Linnert, nehmen Sie die Wahl an?

(Bürgermeisterin Linnert: Ja, Herr Präsident, ich nehme die Wahl an!)

Herr Dr. Joachim Lohse, nehmen Sie die Wahl an?

(Senator Dr. Lohse: Ja, Herr Präsident, ich nehme die Wahl an!)

Herr Ulrich Mäurer, nehmen Sie die Wahl an?

(Senator Mäurer: Ja, Herr Präsident, ich nehme die Wahl an!)

Frau Professor Dr. Quante-Brandt, nehmen Sie die Wahl an?

(Senatorin Professor Dr. Quante-Brandt: Herr Präsident, ja, ich nehme die Wahl an!)

Frau Anja Stahmann, nehmen Sie die Wahl an?

(Senatorin Stahmann: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an!)

Ich gratuliere Ihnen allen ganz herzlich!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)
- Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir kommen nun zur Vereidigung des Senats.
- Vereidigung des Senats**
- Ich werde Ihnen allen die Eidesformel vorsprechen und Sie einzeln aufrufen, dann den Eid zu leisten.
Nach der Landesverfassung haben Sie den Eid vor der Bürgerschaft zu leisten. Ich spreche Ihnen jetzt die Eidesformel vor und bitte Sie, in der Reihenfolge des Namensaufrufs zu mir zum Präsidium zu kommen und dann den Eid zu leisten!
- (D)

- (A) Die Eidesformel lautet: „Ich schwöre, als Mitglied des Senats das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen halten und schützen zu wollen.“
Ich bitte, den Eid zu leisten, und zwar entweder mit der Formel „Das schwöre ich“ oder „Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe“!
Ich bitte jetzt Herrn Dr. Carsten Sieling, die Eidesformel zu leisten!

(Bürgermeister Dr. Sieling: Das schwöre ich!)

Herr Bürgermeister, ganz herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Wahl, und viel Erfolg!
Ich bitte jetzt Frau Dr. Claudia Bogedan, die Eidesformel zu leisten!

(Senatorin Dr. Bogedan: Das schwöre ich!)

Ich gratuliere Ihnen ganz herzlich! Viel Erfolg!
Ich bitte jetzt Herrn Martin Günthner, die Eidesformel zu leisten!

(Senator Günthner: Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!)

Herr Senator, herzlichen Glückwunsch!
- (B) Ich bitte jetzt Frau Karoline Linnert, die Eidesformel zu leisten!

(Bürgermeisterin Linnert: Das schwöre ich!)

Ich gratuliere Ihnen ganz herzlich! Viel Erfolg!
Ich bitte jetzt Herrn Dr. Joachim Lohse, die Eidesformel zu leisten!

(Senator Dr. Lohse: Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!)

Ich bitte jetzt Herrn Ulrich Mäurer, die Eidesformel zu leisten!

(Senator Mäurer: Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!)

Herzlichen Glückwunsch!
Ich bitte jetzt Frau Anja Stahmann, die Eidesformel zu leisten!

(Senatorin Stahmann: Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!)

Herzlichen Glückwunsch!
Ich bitte jetzt Frau Professor Dr. Eva Quante-Brandt, die Eidesformel zu leisten!
- (Senatorin Professor Dr. Quante-Brandt: Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!) (C)

Herzlichen Glückwunsch und alles Gute!
Meine Damen und Herren, die Vereidigung ist beendet. Ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen!
Ich wünsche dem Präsidenten des Senats sowie den Senatorinnen und Senatoren bei ihrer Tätigkeit für die Freie Hansestadt Bremen in der nächsten Legislaturperiode alles Gute und viel Erfolg!
Wir unterbrechen jetzt, wie verabredet, die Sitzung, solange sich der Senat konstituiert, für etwa eine halbe Stunde.

(Unterbrechung der Sitzung 13.10 Uhr)
- ★
- Vizepräsidentin Dogan eröffnet die Sitzung wieder um 13.50 Uhr.

Vizepräsidentin Dogan: Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

**Anpassung der Entschädigungsleistungen
Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 29. Juni 2015
(Drucksache 19/7)** (D)

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

**Arbeitsweise der Bürgerschaft
Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft
vom 1. Juli 2015
(Drucksache 19/11)**

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.
Wir kommen zur Abstimmung.
Wer dem Antrag des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft mit der Drucksachen-Nummer 19/11 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

- (A) Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von dem Bericht des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

**Bericht zur Höhe der Fraktionszuschüsse
Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft
vom 1. Juli 2015
(Drucksache 19/12)**

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft mit der Drucksachen-Nummer 19/12 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von dem Bericht des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

- (B) **Weservertiefung zügig umsetzen!
Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP
vom 14. Juli 2015
(Neufassung der Drucksache 19/14 vom 2. Juli 2015)
(Drucksache 19/21)**

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kastendiek.

Abg. Kastendiek (CDU)*: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist sicherlich ein wenig ungewöhnlich, dass man sich am Nachmittag der ersten Sitzung der neuen Legislaturperiode, in der am Vormittag der Senat gewählt worden ist, mit dem Koalitionsvertrag auseinandersetzt, der vor zwei Tagen unterschrieben worden ist. Das, was sich in den letzten Tagen und in den vergangenen zwei Wochen in einer zentralen Frage der Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Häfen abgespielt hat, veranlasst uns als CDU-Bürgerschaftsfraktion im Zusammenwirken mit der FDP-Fraktion, uns im Hinblick auf die Erreichbarkeit unserer beiden Häfen in Bremerhaven und Bremen Klarheit verschaffen zu wollen.

Wir wollen uns Klarheit für die circa 86 000 Menschen in Bremen und Bremerhaven sowie die circa 170 000 im Umland Wohnenden verschaffen, die von den Häfen leben, denn die Vertiefung der Außenweser und

der Unterweser spielt in den Augen der CDU-Fraktion in dieser Legislaturperiode eine ganz zentrale Rolle in der Hafenpolitik.

(C)

(Beifall CDU, FDP)

Wenn im Koalitionsvertrag formuliert ist – ich zitiere –, „Offene Tore zur Welt“, und dann lyrisch fortsetzt, „Die seewärtige Erreichbarkeit der bremischen Häfen ist die zentrale Voraussetzung für eine mittelfristige erfolgreiche Entwicklung der Hafen- und Logistikwirtschaft“, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann müssen auch Taten folgen, und dann darf es kein Wenn und Aber zu den zentralen Fragen der Entwicklung der Hafeninfrastruktur geben.

(Beifall CDU)

Dies ist für uns als CDU auf der einen Seite die Außenweservertiefung und auf der anderen Seite die Unterweservertiefung.

Wir haben sehr überrascht zur Kenntnis genommen, dass im Koalitionsvertrag von der Unterweservertiefung fast gar nicht die Rede ist, es wird davon gesprochen, dass Niedersachsen dafür zuständig sei. Es ist schon verwunderlich, dass Niedersachsen dafür zuständig sein soll.

Was bedeutet das? Die Bedeutung, die der Unterweservertiefung beigemessen wird, hat der Hafensenator in der vergangenen Legislaturperiode bei jeder passenden Gelegenheit in den Mittelpunkt seiner Aussagen gestellt. Ich erinnere mich noch sehr gut an die Feier zum 100-jährigen Bestehen des Industriehafens. Herr Senator, Sie haben den notwendigen Investitionen zur Optimierung der Infrastruktur des Industriehafengebiets – von dem 3 000 bis 4 000 Menschen leben, das ist ja nicht irgendein Gewerbegebiet, Gleiches gilt für die Stahlwerke, die im Übrigen auch nicht irgendein Arbeitgeber sind, und ich kenne genügend Leute, die bei passender Gelegenheit die Notwendigkeit der Wettbewerbsfähigkeit der Stahlwerke in den Mittelpunkt stellen – und der Unterweservertiefung für die Wettbewerbsfähigkeit des Industriehafens sowie der Stahlwerke eine ganz entscheidende Rolle beigemessen. Die Stahlwerke werden durch den Konzern ArcelorMittal als „Stahlwerk am Wasser“ vermarktet.

(D)

Herr Reinken, Sie müssen gar nicht mit dem Kopf schütteln! Sie müssten das nicht in unsere Richtung, sondern in die andere Richtung machen, denn dann würden wir an der Stelle zu einer größeren Einigkeit kommen. Mir fallen im Hinblick auf Ihr Kopfschütteln die Worte des Fraktionsvorsitzenden von heute Vormittag ein. Hier ist es wichtig, und dann entsteht der Zusammenhang zwischen den Investitionen in zweistelliger Millionenhöhe, die der Senat in der vergangenen Legislaturperiode für die Vertiefung und Optimierung des Industriehafens investiert hat. Jetzt soll das eine Fehlinvestition gewesen sein? Ich darf

(A) an Folgendes erinnern: Die Unternehmen weisen darauf hin, dass die Schiffe, die den Industriehafen oder die Stahlwerke anlaufen, 5 000 bis 7 000 Tonnen zusätzlich laden könnten, wenn die beantragte Unterweservertiefung umgesetzt würde.

Was bedeuten 5 000 bis 7 000 Tonnen zusätzliche Ladung? Wenn Sie diese zusätzliche Ladung auf Lkw-Ladungen umrechnen, dann könnten Sie circa 300 bis 400 Lkw-Ladungen kompensieren. Deswegen geht es bei der Unterweservertiefung nicht nur um Brake oder Nordenham, sondern auch um die stadtbremischen Hafengebiete im Industriehafen und um den Neustädter Hafen.

Bei der Außenweservertiefung spielt die tidenunabhängige Erreichbarkeit der Häfen durch Containerschiffe eine ganz entscheidende Rolle. In der Antwort des Senats auf die entsprechende Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE ist die Anzahl der Schiffe festgehalten worden, die Bremerhaven im Jahr nicht uneingeschränkt erreichen können – es sind bis zu 1 000 Schiffe –, und das bei dem Wettbewerb der Standorte!

Es geht auch nicht um die Beantwortung der Frage Wilhelmshaven ja oder nein, sondern es geht um die originäre Erreichbarkeit Bremerhavens, und deswegen haben wir den gemeinsamen Antrag eingebracht.

(B) Wir haben den Antrag auch deswegen zur heutigen Sitzung eingebracht, weil die Fraktionsvorsitzende der Grünen dazu einen Anlass gegeben hat. Im Koalitionsvertrag ist die Unterweservertiefung vereinbart, zur Außenweservertiefung enthält der Koalitionsvertrag unklare Formulierungen, wie gesagt, Sie haben Niedersachsen genannt. Wenn ich mir allerdings die Äußerungen der Fraktionsvorsitzenden der Grünen der letzten Woche in Erinnerung rufe, dann muss ich sagen, dann sind diese ein eindeutiges Votum, und deshalb wollen wir Klarheit haben.

Nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs werden jetzt die Weichen gestellt. Niedersachsen will doch wissen, wie sich Bremen zur Unterweservertiefung verhält. Es kann doch nicht sein, dass im Februar in Bremerhaven der niedersächsische Ministerpräsident Weil, Senator Günthner und Oberbürgermeister Grantz erklären, die Außenweservertiefung sei eine wichtige Maßnahme, und drei Monate später ist diese Aussage zu einer wichtigen Infrastrukturmaßnahme nur noch Makulatur! Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von den Grünen, aber auch Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD, sind gefordert, eindeutig Farbe zu bekennen,

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Tun wir! Machen wir! Darauf können Sie sich verlassen!)

und zwar hier und heute im Parlament!

(Beifall CDU)

Sie, Frau Fraktionsvorsitzende, haben hierzu für die Grünen schon eine klare Stellung bezogen – und das wundert mich –, und zwar zu einem Zeitpunkt, als der Koalitionsvertrag noch gar nicht unterzeichnet war. Sie haben nämlich gesagt, dass Sie nach der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs keine Notwendigkeit für die Vertiefung der Außenweser sehen und dass die Grünen der Unterweservertiefung nicht zustimmen werden.

Herr Senator, was heißt das, die Koalition aus Grünen und SPD?

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das erkläre ich Ihnen gleich!)

Hierzu erwarten wir zu unserem Antrag ein klares Votum.

In der Mitgliederversammlung am Samstag vergangener Woche haben Sie noch einmal unterstrichen und hervorgehoben, dass Sie die Vertiefung der Unterweser als erledigt ansehen und die Vertiefung der Außenweser als unmöglich erachten. Wo Sie dies aus dem Urteil des EuGH herauslesen, das wir vor einigen Wochen zur Kenntnis nehmen durften, ist mir völlig schleierhaft. Es ist Ihre Ideologie, Sie wollten sich über den Parteitag retten.

So kann man mit den originären bremischen Interessen nicht umgehen,

(Beifall CDU, FDP)

und deshalb bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag! – Herzlichen Dank!

(Beifall CDU, FDP)

Vizepräsidentin Dogan: Als Nächster hat das Wort Herr Professor Dr. Hilz.

Abg. Professor Dr. Hilz (FDP): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Unser Bundesland ist eine Logistikdrehscheibe und verbindet Deutschland über unsere Häfen mit der Welt. Sie sind das Herzstück unseres Zwei-Städte-Staates und haben eine bundesweite Bedeutung, die nicht zuletzt auch im Länderfinanzausgleich anerkannt wird.

(Beifall FDP, CDU)

Über den Autoterminal in Bremerhaven wird so manches Auto aus Bayern oder Baden-Württemberg in die Welt verschifft, und wir müssen dafür sorgen, dass das auch zukünftig so bleibt. Wir wollen, dass alle Schiffe, die derzeit auf den Weltmeeren fahren, auch zukünftig unsere Häfen anfahren. Wir brauchen Wachstumsimpulse für die dort vorhandenen Arbeitsplätze, für die logistischen Arbeitsplätze, und wir müssen dann auch dafür sorgen, dass die Güter, die in den

(C)

(D)

(A) Überseehäfen ankommen, am besten weiter über Schiffe im Binnenland verteilt werden. Deswegen brauchen wir auch den Ausbau der Mittel- und Unterweser.

(Beifall FDP)

So werden wir langfristig Arbeitsplätze sichern und neue schaffen, und wenn wir es nicht manchen, wird es die Konkurrenz in Antwerpen oder Rotterdam tun.

Ich möchte Ihnen auch sagen, dass wir bei dem Antrag auch den Umweltschutz im Blick haben, denn wir sind uns auch einig darin, dass man bei einem zunehmenden Warenverkehr in Zeiten der Globalisierung so viele Waren wie möglich auf das Schiff verlagern muss, denn das Schiff bleibt das umweltfreundlichste Verkehrsmittel, das uns zur Verfügung steht.

(Beifall FDP)

Bei der Weservertiefung geht es natürlich um einen Eingriff in die Natur, der aber auszugleichen ist. Dafür sind umfangreiche Ausgleichsmaßnahmen vorgesehen.

(B) Ich möchte auch eines zu bedenken geben: Wir haben in Deutschland sehr hohe Umweltstandards, die vorbildlich für andere Länder sein sollten. Wenn wir uns aber selbst bei wichtigen Infrastrukturmaßnahmen für Wachstum und Arbeitsplätze blockieren, wird kein anderes Land unsere Standards übernehmen. Damit ist dem Umweltschutz weltweit überhaupt nicht geholfen, und deswegen bitten wir Sie, hier Stellung zu beziehen und unserem gemeinsam mit der CDU-Fraktion eingereichten Antrag zuzustimmen, denn Bremen braucht einen Impuls für Wachstum und Arbeitsplätze.

(Beifall FDP, CDU)

Vizepräsidentin Dogan: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer.

Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kastendiek, ich habe mich in der Tat gefragt, was so dringlich ist, dass dieser Antrag heute debattiert werden muss. Ich dachte, Sie beziehen sich deswegen auch vornehmlich auf das EuGH-Urteil, aber offensichtlich beziehen Sie sich hauptsächlich auf den Koalitionsvertrag.

Die CDU und die FDP legen uns heute, auch nach der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs zu den geplanten Vertiefungen der Elbe und der Weser, einen Antrag vor, der die Erkenntnisse aus der Entscheidung des EuGH komplett ignoriert und ein einfaches „Weiter so“ fordert.

(Zuruf FDP: Das ist Unfug!)

Das ist kein Unfug!

Lassen Sie es mich gleich vorwegnehmen: Wir werden diesem Antrag nicht zustimmen.

(C)

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Ihr Antrag, meine Damen von der CDU und von der FDP, stellt zwar die wirtschaftlichen Vorteile der Flussvertiefung dar, aber er erwähnt mit keinem Wort – und auch aus Ihren Beiträgen habe ich das gerade nicht heraushören können –, dass sich die Weser nach den Richtlinien der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie erwiesenermaßen jetzt schon in einem sehr schlechten ökologischen Zustand befindet. Außerdem verschweigt der Antrag auch völlig, dass eine weitere Vertiefung sowohl der Unterweser als auch der Außenweser diesen ökologischen Zustand noch weiter verschlechtern würde.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Das Urteil des EuGH zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie wurde im Rahmen des Klageverfahrens des BUND gegen eine weitere Vertiefung der Weser gefällt, die größeren Containerschiffen die Zufahrt zu den Häfen von Bremerhaven, Brake und Bremen ermöglichen soll.

Vom Bundesverwaltungsgericht wurde in dem Verfahren anerkannt, dass neben unmittelbaren Auswirkungen des Baggerns und des Verklappens in bestimmten Bereichen des Flusses weitere negative hydrologische und morphologische Folgen entstehen – auch davon habe ich von Ihnen gerade nichts gehört –, dazu gehört eine Zunahme der Strömungsgeschwindigkeit, die bei Sturmfluten äußerst gefährlich ist.

(D)

Meine Damen und Herren, insbesondere von der CDU, wir haben hier über den Hochwasserschutz für das Weserstadion debattiert, bei dem die Weservertiefung auch immer eine Rolle gespielt hat, und das hier als Folge von Vertiefungen komplett zu verschweigen, finde ich nicht richtig.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Bremen hat auch eine Verantwortung dafür, dass die Menschen nicht unter Hochwasser zu leiden haben.

Zur Erhöhung der Wasserstände bei Flut und ihrer Abnahme bei Ebbe möchte ich Sie einmal an Folgendes erinnern: Der Tidenhub in Bremen ist durch die letzte Weserkorrektur – so heißt es, man könnte sie auch Weservertiefung nennen – und nachfolgende Maßnahmen von 0,73 Metern auf etwa 4 Meter gestiegen. Das ist ein enormer Unterschied beim Tidenhub, meine Damen und Herren! Ein weiteres Eindringen von Salzwasser in den Süßwasserbereich des Flusses – das betrifft vor allen Dingen die niedersächsischen Landwirte – sowie eine Verschlickung des Flussbettes in den Seitenbereichen werden die Folgen sein, so steht es im EuGH-Entscheid. Von den

- (A) negativen Folgen wären im Übrigen nicht nur die Bereiche der Außen- und Unterweser betroffen, sondern auch die Lesum, die Wümme und die Ochtum. Auch das steht im EuGH-Entscheid.

Die Weser ist einer der am meisten von Menschen beeinflussten Flüsse, mehrfach begradigt und mehrfach vertieft, und welche negativen Auswirkungen einer Flussvertiefung es gerade bei der Weser ganz konkret gibt, kann sich jeder von Ihnen direkt in Vegesack ansehen: Einmal abgesehen von dem sehr starken Tidenhub, den die Weser bis in den Bereich der Innenstadt hat, kann man an der Strandlust in Vegesack – einem Hotel direkt an der Weser – sehr gut sehen, was Ufererosion bedeutet: Die Strandlust heißt nämlich so, weil dort früher einmal ein Strand war, der nach der letzten Weservertiefung verschwand. Heute steht dort nur noch eine hohe Spundwand, es ist also jetzt die Spundwandlust, meine Damen und Herren.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Solche negativen Auswirkungen kann man nicht ignorieren und auch nicht schönreden, und ich bin froh, dass der EuGH hier ein deutliches Zeichen gesetzt hat.

- (B) Welches sind die Kernaussagen des EuGH-Urteils – Herr Kastendiek, Sie haben ja danach gefragt –? Erstens: Vorhaben, die zu einer Verschlechterung des Zustands eines Wasserkörpers führen, sind verboten. Das Verschlechterungsverbot und das Verbesserungsgebot sind nicht nur programmatische Zielvorgaben, das ist nicht irgendein Unsinn, sondern eine Zielvorgabe für die Bewirtschaftungspläne zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, sie sind verbindlich bei konkreten Vorhaben.

Es heißt dort: Wird durch ein Vorhaben wie eine Vertiefung der Zustand eines Gewässers verschlechtert oder die Erreichung eines guten Zustands beziehungsweise eines guten ökologischen Potenzials und eines guten chemischen Zustands eines Oberflächengewässers zu dem nach der Richtlinie maßgeblichen Zeitpunkt gefährdet, darf keine Genehmigung erteilt werden. Das sage nicht ich, sondern der EuGH. Ausnahmen davon sind nur unter strengen Voraussetzungen möglich.

(Zuruf CDU: Ja, Ausnahmen!)

Zweitens: Der EuGH erwartet eine konzertierte Aktion der Mitgliedstaaten, damit die Oberflächengewässer bis zum Jahr 2015 in einen guten Zustand gebracht werden. Wir wissen alle, dass das ein hehres, sehr ambitioniertes Ziel ist. Das Verbesserungsgebot ist eine eigenständige, weitreichende Aufgabe, die die Mitgliedstaaten verpflichtet, eine Verbesserung für Gewässer zu erreichen, die nicht den Zielvorgaben der Wasserrahmenrichtlinie entsprechen.

- (C) Drittens fordert der EuGH eine strengere Definition einer Verschlechterung des Gewässerzustands durch ein Vorhaben.

Viertens, je schlechter der Istzustand eines Gewässers ist, desto negativer ist eine weitere Verschlechterung zu bewerten, und entsprechend schwieriger ist es, eine Ausnahme zu erteilen. Die Hürde wird also heraufgesetzt.

Fünftens, Bewirtschaftungspläne müssen alle Maßnahmen darstellen, nicht nur die positiven, Herr Kastendiek. Das bedeutet, neben den Maßnahmen zur Umsetzung des Verbesserungsgebots müssen auch die Vorhaben mit negativen Auswirkungen auf die Gewässerqualität – inklusive der Gegenmaßnahmen, mit denen die negativen Auswirkungen auf die Qualitätskomponenten ausgeglichen werden sollen – in den Bewirtschaftungsplan zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie aufgenommen werden.

Es muss dargestellt werden, wie der gute Zustand des Gewässers trotz der Maßnahmen mit den negativen Auswirkungen erreicht werden kann. Das sind die Vorgaben des EuGH.

Wie wirkt sich das Urteil auf die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung aus, Herr Bödeker, Sie haben das gerade hineingerufen: Ganz einfach, die Hürde ist sehr hoch! Laut Urteil des EuGH können Ausnahmen nur unter der Bedingung erteilt werden, dass alle praktikablen Vorkehrungen getroffen wurden, um die negativen Auswirkungen auf den Zustand des Wasserkörpers zu mindern, und wenn die Maßnahmenprogramme und Bewirtschaftungspläne entsprechend angepasst werden. Eine Ausnahmegenehmigung für eine weitere Vertiefung ist nur mit ausreichend großen, auf die Verbesserung der betroffenen Qualitätskomponenten zielenden, konkreten und planungsreifen Maßnahmen zur Behebung der ökologischen Defizite denkbar. Das sagt der EuGH, und das zeigt auch, wie hoch die Hürde für Ausnahmegenehmigungen ist, meine Damen und Herren!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben einen Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven. Lassen Sie uns doch lieber dieses Potenzial besser nutzen, das macht auch Flussvertiefungen in Zukunft überflüssig! Wir haben uns im Koalitionsvertrag zu einer norddeutschen Hafenkooperation bekannt. Lassen Sie uns auch das Potenzial besser nutzen, gerade als Konkurrenz zu den niederländischen Häfen!

Lassen Sie uns endlich Maßnahmen ergreifen, um den Zielen der Wasserrahmenrichtlinie bis zum Jahr 2015 endlich gerecht zu werden! Ich bin froh, dass wir uns als Koalition zu drei Renaturierungsprojekten am Lunesiel, an der Geesteniederung und zur Auenwiederherstellung an der Lesum bekannt haben. Wir sind gesetzlich verpflichtet, unsere Flüsse in einen besseren ökologischen Zustand zu versetzen. Das, meine Damen und Herren, muss unser Ziel sein!

(D)

(A) (Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

An Sie gerichtet, Herr Hilz und Herr Kastendiek, möchte ich noch einmal sagen: Sie haben die ökonomischen Vorteile gepredigt in einem Modus nach dem Motto „weiter so, das war schon immer so“, und gerade auch die Unterweservertiefung sei eine wichtige Infrastrukturmaßnahme. Man muss doch auch einmal nach Jahren schauen, ob dem so ist oder ob dem vielleicht nicht so ist. Wir haben eine Überseestadt, um die herum früher ein Zaun gezogen war, weil es prosperierte. Heute bauen wir dort Häuser. Wir haben in Walle Hafenbecken zugeschüttet, weil wir sie nicht mehr brauchten,

(Abg. Kastendiek [CDU]: Das haben nicht Sie gemacht, das haben wir eingeleitet!)

und auch in Brake landen keine großen Containerschiffe an, sondern Futtermittel. Wenn Sie sagen, es gibt originäre bremische Interessen, Herr Kastendiek, dann sage ich, ja, es gibt die originären bremischen Interessen, und das bedeutet für uns einen guten ökologischen Zustand unserer Gewässer. Den gilt es zu schützen!

(B) Sie von der CDU und von der FDP fordern aber sogar noch in ihrem Antrag den Senat auf, die Notwendigkeit der Fahrrinnenanpassung von Außen- und Unterweser beziehungsweise von Teilen der Ausbaumaßnahmen nicht weiter öffentlich infrage zu stellen. Wir haben heute Morgen diskutiert, dass man mit Bedacht herangehen, Schwerpunkte setzen und eben verantwortungsvoll Politik betreiben muss.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Genau!)

Sie ignorieren damit vollkommen die Erkenntnisse des Europäischen Gerichtshofs,

(Abg. Röwekamp [CDU]: Quatsch!)

die ich Ihnen vorhin sehr detailliert vorgetragen habe, weil es nämlich nicht meine Erkenntnisse oder die der grünen Fraktion sind, sondern die des Europäischen Gerichtshofs. Es ist nicht gerade verantwortungsvolle Politik, die Sie hier vorgestellt haben! – Herzlichen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Reinken.

Abg. Reinken (SPD)*: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist in der Tat so, dass nicht so ganz einleuchtet, was eigentlich in diesem Antrag die Dringlichkeit ausmacht. Die Entscheidung des EuGH ist ein

(C) paar Tage her. Sie war lange erwartet, und für alle, die sich intensiver damit beschäftigt haben, war das Urteil des EuGH ja auch keine völlige Überraschung. Vieles hatte sich ja auch bereits in den Auflagenbeschlüssen des Bundesverwaltungsgerichts angedeutet.

Der Antrag dient auch weniger dazu, sich auf die Ebene einer sachlichen Erörterung der durch das Urteil des EuGH aufgeworfenen Probleme zu begeben und mit der weiteren Befassung durch das Bundesverwaltungsgericht auseinanderzusetzen, sondern mehr dazu, Zweifel an der Koalitionsvereinbarung zu schüren, kaum dass der Senat gewählt ist, und ihn, kaum dass er gewählt ist, mit Unterstellungen und Forderungen zu überziehen, die davon ausgehen, dass er nicht zu seiner maritimen Verantwortung und nicht zu seiner Verantwortung für die Arbeitsplätze in Bremen steht. Das haben Sie ja sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. Wir werden deshalb diesen Antrag ablehnen, weil er aus unserer Sicht erstens nicht geeignet ist, das komplexe Thema wirklich ausgiebig genug zu diskutieren, und weil er eben zweitens auch ein durchsichtiges Manöver ist, das einfach sagt: Seht her, hier sind wir, und der Senat versagt!

Der Koalitionsvertrag ist an dieser Stelle eindeutig, ich zitiere: „Unsere Häfen sind ein wichtiger Baustein für die Wirtschaftsentwicklung sowie des Arbeitsmarktes in Bremen und Bremerhaven und der gesamten Region, und so soll es bleiben. Wir stehen deshalb vor Funktion der bremischen Häfen als Universalhäfen.“

(D) „Die seewärtige Erreichbarkeit der bremischen Häfen ist eine zentrale Voraussetzung für eine mittelfristige erfolgreiche Entwicklung der Hafen- und Logistikwirtschaft.“ Wo ist hier die Aussage, worauf gründet der Verdacht, der Senat kümmere sich nicht um das Thema maritime Wirtschaft und Logistikwirtschaft? Wenn Herr Professor Dr. Hilz sagt, Bremen und Bremerhaven – Sie haben es sehr stark auf Bremerhaven bezogen – seien eine Logistikkreuzscheibe, dann kann ich nur sagen: Ja, und wer hat's erfunden? Es waren wir!

(Beifall SPD)

Wir waren es, die dafür gesorgt haben, dass insbesondere Bremerhaven zu einer Logistikkreuzscheibe im Bereich Container- und Automobilumschlag wurde. Wir waren es, die dafür gesorgt haben, dass das GVZ in Bremen zu einer Logistikkreuzscheibe wurde – –.

(Zuruf Abg. Rohmeyer [CDU])

Wie bitte?

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Ohne Autobahnanbindung! – Unruhe – Abg. Dr. Buhlert [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke)

(A) Ja, da haben Sie völlig recht, ohne bisher ausreichende Autobahnanbindung, die wir aber ja wohl noch gemeinsam im Laufe der nächsten Jahre erreichen werden!

Wir waren es im Übrigen auch, die sich als Bremer im Rahmen der norddeutschen Verantwortung am nächsten großen Schritt in der Logistik beteiligt haben, nämlich an der gemeinsamen Investition in den JadeWeserPort, die auch zum Thema Wirklichkeit in der Logistik und Zukunft der Logistik gehört. Es ist insofern eindeutig, dass wir hier in der Verantwortung sind und auch in der Verantwortung bleiben. Diese Festlegungen sind eindeutig.

(Glocke)

Vizepräsidentin Dogan: Herr Abgeordneter Reinken, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Buhlert zu?

Abg. Reinken (SPD): Immer!

Vizepräsidentin Dogan: Bitte, Abgeordneter Dr. Buhlert!

(B) **Abg. Dr. Buhlert (FDP):** Sehr geehrter Herr Reinken, ist Ihnen bekannt, dass die Häfen in Bremen in der Weimarer Republik von Hafensensor Apelt und nach dem Zweiten Weltkrieg von Hafensensor Apelt aufgebaut wurden, damit der Grundstein gelegt wurde und dass die ersten Container zu Zeiten von Georg Borttscheller nach Bremen gekommen sind, beide große liberale Senatoren?

(Unruhe)

Abg. Reinken (SPD): Ja! Herzlichen Dank noch einmal für diese Belehrung! Ich erinnere mich daran, weil ich zu der Zeit selbst in einem Schifffahrtsbetrieb in der Lehre war und die Anfänge des Containerverkehrs und des LASH-Carrier-Verkehrs miterlebt habe, aber es war natürlich immer auch eine herausragende Leistung der Sozialdemokratie in Bremen, sich um diese Thematik zu kümmern.

(Beifall SPD)

Sie werden nicht darum herumkommen, dass die Investitionen in den CT 4 und die Automobillogistik insbesondere in die Regierungszeit der SPD gefallen sind.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Hallo? Soll ich mich auch noch melden?)

Nein, lieber nicht!

(Heiterkeit)

(C) Für die SPD gibt es keinen Zweifel an der hohen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Bedeutung der Weser. Umso wichtiger ist für uns, dass der weitere Umgang mit der in der Tat etwas tiefer gehenden Problematik jenseits parteitaktischer Überlegungen erfolgt und die Interessen Bremens und Bremerhavens dabei im Blick behalten werden. Deswegen ist Ihr erster Beschlussvorschlag reine Symbolik, wenn man ihn einmal so liest, reine Symbolik, von der ich einfach nur sage, Herr Kollege Kastendiek, Sie sagen, jetzt müssten Taten folgen: Was ist denn jetzt die Folge? Was ist denn die Tat, die folgen soll? Sollen wir jetzt alle gemeinsam jenseits der rechtlichen Auseinandersetzung zu Spaten greifen und die Weser vertiefen? Das ist doch alles Rhetorik, was sie da anführen!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Was soll jetzt genau passieren? Das ist die erste Symbolik, die wir uns ersparen wollen.

Zum zweiten Beschlussvorschlag: Ja, es gibt einen schwierigen Rechtsstreit, ausgehend von den Klagen des BUND. Man muss an der Stelle schon einmal sagen, dass offensichtlich die Argumente des BUND nicht einfach einmal so vom Tisch zu wischen waren, sondern Gegenstand ernsthafter Auseinandersetzungen sind. Diese sehr schwierige Auseinandersetzung wird man auch nicht über markige Parlamentsbeschlüsse lösen können. Klar ist doch, dass sich die Beschlüsse des Bundesverwaltungsgerichts deutlich für eine Trennung der Verfahren aussprechen, und das schafft in der Tat eine neue Lage, mit der man sich im Interesse Bremens und Bremerhavens auseinandersetzen muss.

(D) Es gab sicher einmal gute Gründe dafür, ein gemeinsames Verfahren für die Außen- und die Unterweser einzuleiten, das fiel ja, glaube ich, noch in Ihre Zeit, als man es damals auf den Weg gebracht hat. Möglicherweise wäre es schon damals klug gewesen zu fragen, ob es hierzu noch unterschiedliche Gesichtspunkte für den gesamten Bereich gibt, jetzt macht es jedenfalls wahrscheinlich nach der Rechtsprechung des EuGH das Bundesverwaltungsgericht.

Beschlusspunkt drei zitiert den Planfeststellungsbeschluss vom 15. Juli 2011. Klar ist, dass der Planfeststellungsbeschluss in der vorliegenden Form nicht vollziehbar ist, das ist unsere Sicht auf die Dinge. Das ergibt sich aus unserer Sicht aus den rechtlichen Bewertungen des Bundesverwaltungsgerichts. Genau deshalb wurde ja der umfangreiche Prozess der Verfahrensheilung begonnen, und es ist auch nicht zu erwarten, dass die naturschutzfachlichen Hinweise der Fachgutachter durch Parlamentsbeschlüsse aus dem Verfahren katapultiert werden können. Insofern ist es auch immer sinnvoll, sich mit veränderten Sichtweisen auseinanderzusetzen und dann, wenn man so weit ist, im Verfahren konkrete Lösungen zu finden, das wird dann mehr sein als Sprechblasen.

(A) Im letzten Beschlusspunkt wird der Senat aufgefordert, die Notwendigkeit der Fahrrinnenanpassung nicht weiter öffentlich infrage zu stellen. Ich kann mich an keine Äußerung des Senats erinnern, in der er die Notwendigkeit der Fahrrinnenanpassung öffentlich infrage gestellt hat. Auch das ist nur Rhetorik, und es zeigt, dass es nicht um die sachliche Begleitung eines schwierigen Prozesses geht, sondern eher um einen relativ plumpen Versuch, die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Ländern Niedersachsen und Bremen in Zweifel zu ziehen.

Selbstverständlich ist und bleibt die Weser die Lebensader für beide Bundesländer, und selbstverständlich muss beiden Ländern daran gelegen sein, eine ausgewogene Entwicklung unter Berücksichtigung der ökonomischen und ökologischen Fragen zu verfolgen. Wir sind dafür, in aller Ruhe die Ergebnisse der Arbeit der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt und die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts abzuwarten, bevor hier jetzt spekuliert und voreilig bewertet wird. Das Verfahren wird dauern, und das Parlament täte gut daran, nicht ständig neue Signale zu senden.

Die Signale, die wir mit dem Koalitionsvertrag gesendet haben, sind völlig richtig, und ich glaube, der Senat wird sich auch an diese Signale, die dort stehen, in den nächsten Monaten halten müssen.

(B) Letzte Bemerkung, weil Sie ja auch die Industrie angesprochen haben: Sie können sicher sein, dass die Sozialdemokraten in Bremen die Existenz bremischer Industriebetriebe genau im Auge hat und wir, bevor wir auch solche Regelungen treffen, das Ohr zumindest so weit an der Realität haben, Herr Kollege Kastendiek, dass wir uns auch mit dieser Frage – aber nicht öffentlich im Rahmen einer Parlamentsitzung, sondern so, wie es sich gehört, nämlich indem man es vernünftig untersucht – beschäftigt haben. Diese Gefahren, die Sie sehen, sehen wir gegenwärtig nicht. Wir stehen auch zu den Industriebetrieben, die sich im Bereich des Industriefahens angesiedelt haben, und wir sehen gegenwärtig nicht, dass durch unseren Koalitionsvertrag Konkurrenzvorteile oder Entwicklungsmöglichkeiten dort nicht berücksichtigt werden, da sind wir ziemlich sicher.

Im Koalitionsvertrag ist die Haltung Bremens gut beschrieben, und ich würde dringend empfehlen, das jetzt nicht nach Tagesform mit neuen Anträgen und neuen Beschlussfassungen zu interpretieren. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dogan: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Janßen.

Abg. Janßen (DIE LINKE)*: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bevor ich gleich auf den Antrag der CDU und der FDP zu sprechen komme und dazu auch eine politische Bewertung vornehmen wer-

de, lassen Sie mich zunächst noch einmal etwas zur Faktenlage sagen! Eben wurde schon richtig angesprochen, dass die jetzt geplante Weservertiefung ja nicht das erste Vorhaben dieser Art ist, denn seit dem Jahr 1880 wird die Weser stetig vertieft, immer weiter ausgebaut, und die Folgen dieser Weservertiefung sind ja auch bereits jetzt gut sichtbar.

Wenn gesagt wird, dass sie gut sichtbar sind, dann geht es nicht nur um die unmittelbaren Erkenntnisse, die wir auf den ersten Blick feststellen, sondern auch um Dinge, die erst auf den zweiten Blick deutlich werden, Frau Schaefer hatte es eben schon angesprochen: Die Fahrrinne wurde vertieft, die Strömungsgeschwindigkeit hat sich erhöht, auch die Salzflut reicht durch den stärkeren Einfluss von Wasser weiter die Weser hinauf, der Tidenhub hat sich deutlich erhöht, und die weitere Befestigung und Kanalisierung ist auch allorts sichtbar. Das betrifft auch den Hochwasserschutz und auch die Zuflüsse, zum Beispiel auch die Wümme, und das kann man nicht einfach wegdiskutieren.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Genau an der Stelle schließen auch die jetzigen Bauprojekte weiter an und hätten dort auch eine weitere Verschärfung der jetzigen Situation zur Folge, und dabei beziehe ich mich nicht nur auf ökologische Faktoren.

Natürlich bedeuten solche Eingriffe einen massiven Eingriff in die Ökosysteme und auch, dass die Versalzung des Wassers problematisch für die Landwirte ist, gerade auch in Niedersachsen. Natürlich bedeutet es auch, dass durch eine weitere Kanalisierung, Befestigung und Bebauung der Weserufer der Zugang zur Weser nicht nur für Anwohnerinnen und Anwohner, sondern auch für den touristischen Bereich erschwert wird. Das muss man bei solchen Fragen immer mit bedenken, ganz abgesehen von der weiteren Verschlickung nicht nur im Mündungsbereich, sondern auch in den Bereichen der Häfen und in den Seitenbereichen.

Auch das abfallende Niedrigwasser ist problematisch; auch darum geht es, nicht nur um die Hochwasserstände, sondern auch um die Niedrigwasserstände.

(Beifall DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen)

Es geht ja bei dem Projekt jetzt auch nicht darum, dass nur einmal für ein paar Wochen die Bagger auf der Weser unterwegs sind, denn wenn man eine Vertiefung vornimmt, dann muss diese auch regelmäßig durch Nachbesserungen aufrechterhalten werden. Die Sedimentierung nimmt durch eine höhere Strömungsgeschwindigkeit zu, und es müssen regelmäßig immer wieder Eingriffe in das Ökosystem stattfinden. Diese werden auch immer wieder finanziert durch die öffentliche Hand, in diesem Fall durch den Bund.

(C)

(D)

(A) Was steht dann aber eigentlich hinter der Idee der Weservertiefung? Im Prinzip stehen hinter dem ganzen Problem die Konkurrenz der norddeutschen Hafenstädte und die Profitinteressen der Privatwirtschaft. Das muss man an der Stelle auch so benennen, und man muss dann auch überlegen, wie man damit umgehen kann.

Auf den ersten Blick haben wir also den Gegensatz von Ökologie auf der einen Seite und Ökonomie auf der anderen Seite, aber wir sollten über diesen Gegensatz mittlerweile schon anders diskutieren als noch vor einiger Zeit.

(Beifall DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen)

Wir müssen bei der Frage und bei diesem Gegensatz darüber sprechen, dass es unabsehbare Folgekosten gibt und die Politik die Verantwortung sowohl für die Menschen als auch für die Umwelt hat, langfristige Entscheidungen zu treffen, und wenn dann immer von Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit gesprochen wird, muss das auch an einer solchen Stelle wichtig sein und mitgedacht werden.

(Beifall DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Ganz so einfach ist die Gegenüberstellung an der Stelle ja auch nicht, es ist ja nicht so, dass hierbei ganz eindeutig die ökologische Faktoren auf der einen und die wirtschaftlichen Faktoren auf der anderen Seite stehen. Dabei fällt doch eigentlich auch auf, dass die ökonomischen Faktoren noch einmal anders betrachtet werden müssen.

Natürlich hat Bremerhaven Tiefenrestriktionen, von der Tide ist abhängig, wann die Schiffe einfahren können, aber auch der Hafen von Hamburg ist kein Tiefwasserhafen, und es gibt übrigens auch an der amerikanischen Ostküste keine Häfen ohne Tiefenrestriktionen. Dann tun Sie jetzt doch bitte nicht so, als ob dies der einzige Fall auf der Welt wäre, bei dem es Tiefenrestriktionen gäbe! Das ist vollkommen normal, und das muss auch an der Stelle mit bedacht werden.

(Beifall DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen)

Es gibt hier übrigens auch einen Tiefwasserhafen, nämlich den JadeWeserPort, und dabei komme ich noch einmal auf die mangelnde Kooperation zu sprechen, die ich eben schon erwähnt hatte. Genau da fällt doch auf, wo der Kern des Problems liegt und dass wir uns für einen Ausbau der Kooperation zwischen den norddeutschen Hafenstädten einsetzen müssen.

Natürlich gibt es dort zurzeit Kooperationen, und es ist richtig, im Koalitionsvertrag steht, dass diese Kooperation ausgebaut werden soll. Dann würde ich mir aber auch wünschen, genau in den konkreten Fra-

gen weiterzukommen, in denen es darum geht, Umweltstandards auszugleichen und auch den Umschlag zu koordinieren, und nicht nur dort, wie man gemeinsam eine Müllentsorgung organisiert. An dieser Stelle wünsche ich mir dann auch das Engagement der Koalition.

(C)

(Beifall DIE LINKE)

Seien wir doch einmal ganz ehrlich: Eben wurde schon gesagt, dass wir auch mit den niedersächsischen Häfen konkurrieren, das ist richtig. Glauben Sie aber ernsthaft, wenn weiterhin Tiefenrestriktionen bestehen, dass dann kein Reeder mehr Hamburg – für Hamburg gilt Ähnliches – oder Bremerhaven anlaufen würde und dann stattdessen der gesamte Warenverkehr auf die Straße verlagert wird, der ungleich viel teurer ist?

(Abg. Professor Dr. Hilz [FDP]: Die gehen nach Rotterdam und Amsterdam!)

Ja, genau! Rotterdam und Amsterdam sind sehr gute Beispiele, und auch Antwerpen! Diese beliefern nämlich das gesamte Gebiet den Rhein hinunter, weil das dann über den Binnenschiffsvertrag abgedeckt werden darf. Glauben Sie aber denn, dass sämtliche Waren, die östlich vom Rhein angeliefert werden, dann nur noch über den Landweg transportiert werden? Das ist vollkommen unrealistisch und nicht rentabel, und das wird auch nicht passieren.

(D)

(Beifall DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen)

Es gibt hier zwei verschiedene Rechtsprechungen. Es gibt einen europäischen Teil, der sich konkret auf die Umweltfragen, auf die Europäische Wasserrahmenrichtlinie bezieht. Ich bin auch froh darüber, dass es dort jetzt eine strengere Auslegung gibt und sich die Verschlechterung der Wasserqualität auf alle einzelnen Faktoren bezieht und nicht mehr auf übergeordnete Güteklassen. Auf der anderen Seite gibt es die Feststellung des Bundesverwaltungsgerichts, bei der es schon vorab hieß, dass das Planfeststellungsverfahren in einer problematischen Situation ist, weil die gesamte Länge von 120 Kilometern betrachtet wurde anstatt die einzelnen Abschnitte getrennt voneinander.

Genau an der Stelle merken wir dann auch, wohin der Antrag geht und dass die CDU und die FDP diesen Antrag in dem Versuch stellen, eine Reanimation dieses Projekts vorzunehmen. Es geht ihnen weniger darum, hier einen wirklichen Beschluss herbeizuführen, sondern eher darum, eine Debatte zu führen, die darauf abzielt, noch anstehende rechtliche Beschlüsse vorwegzunehmen. Dazu gehe ich noch einmal auf die einzelnen Punkte ein!

Ihr erster Punkt in dem Antrag spricht sich aus für ein überwiegendes öffentliches Interesse. Als LINKE sehen wir es auch so, dass die Häfen und auch die

- (A) Arbeitsplätze im überwiegend öffentlichen Interesse liegen, aber bei einer weiteren Weservertiefung widersprechen wir Ihnen und sagen, sie ist nicht im überwiegenden öffentlichen Interesse, der Stand des Ausbaus ist ausreichend. Von überwiegendem öffentlichen Interesse wäre jetzt eine weitere Kooperation und eine verstärkte Zusammenarbeit, da stimme ich Herrn Reinken zu, das betrifft den Symbolcharakter dieses Punktes.

(Beifall DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen)

Der zweite Punkt Ihres Antrags bezieht sich auf Ihre Angst, dass ein neues Planfeststellungsverfahren durchgeführt wird; aber nicht nur bei einem neuen, sondern auch bei einem ergänzenden Planfeststellungsverfahren von diesem Umfang kann davon ausgegangen werden, dass die Öffentlichkeit erneut beteiligt werden muss. Das heißt, es geht nicht um die Frage eines neuen oder ergänzenden Planfeststellungsverfahrens, sondern ob eine neue Beteiligung der Öffentlichkeit herbeigeführt werden muss. Ich bin mir sicher, dass das Gericht auch der Meinung ist, dass es hier eine neue Beteiligung der Öffentlichkeit geben muss, und deshalb halte ich diesen Punkt, gelinde gesagt, für irrelevant.

(Beifall DIE LINKE)

- (B) Punkt drei und vier Ihres Antrags bedeuten dann nur noch einmal Scheuklappen und Maulkorb; Scheuklappen dafür, dass man nicht nach links und rechts schaut, sondern nur der eigenen Argumentation folgt, egal, welche anderen Aspekte angebracht werden, ein Maulkorb, der den Grünen angelegt werden soll, dafür, dass sie sich zwar in den Koalitionsverhandlungen mit ihren pfiffigen Umweltzielen nicht durchgesetzt haben, aber jetzt noch einmal ein wenig Unterstützung von europäischer Ebene erhalten und dadurch jetzt gestärkt werden, um ihr Umweltbewusstsein stärker in den Vordergrund zu rücken.

Deshalb sage ich Ihnen, als Fraktion DIE LINKE lehnen wir Ihren Dringlichkeitsantrag in allen Punkten ab und fordern den Senat auf, sich verstärkt für die Kooperation einzusetzen und dieses Projekt zu begraben, das sowohl ökologisch als auch ökonomisch höchst fragwürdig ist. – Danke!

(Beifall DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dogan: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Kastendiek.

Abg. Kastendiek (CDU)*: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vorab, Herr Kollege Janßen, ein Kompliment für diese gelungene Jünglings- und Ersttagsrede,

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, BBR)

(C)

auch wenn ich ihre Inhalte überhaupt nicht teile!

(Heiterkeit CDU)

Es ist schon eine interessante Debatte, die wir hier verfolgen, denn auf der einen Seite wirft man uns mit dieser Initiative, diesem Antrag vor, man würde Entscheidungen schon vorwegnehmen, auf der anderen Seite jedoch machen Sie, Frau Dr. Schaefer, nichts anderes, Sie lassen nämlich das Verfahren nicht zu Ende kommen. Sie lassen nicht das Bundesverwaltungsgericht frei entscheiden, sondern für Ihre Fraktion haben Sie bereits entschieden. Sie haben gesagt, in Würdigung des Urteils des EuGH kommt für Sie die Vertiefung der Außen- und Unterweser nicht infrage, das ist die Kernaussage Ihrer Einlassungen in den vergangenen Wochen.

Ich möchte einmal verdeutlichen, für uns als CDU-Fraktion – ich denke einmal, ähnlich denkt auch die FDP-Fraktion – ist das, was Sie hier gerade in Form eines juristischen Seminars zum Ausdruck gebracht haben in Bezug auf die Aspekte des Urteils des EuGH, doch überhaupt nichts Neues, Frau Dr. Schaefer. Es war allen Projekt- und Prozessbeteiligten bekannt – und das ist doch vollkommen klar, das negieren wir auch an keiner Stelle und auch in keinem Satz in unserem Antrag –, dass die Maßnahmen einen schwerwiegenden Eingriff im Bereich der Außen- und Unterweser bedeuten.

Alle Beteiligten – ähnliche Urteile in der Vergangenheit sind ja vergleichbar gelagert – müssen natürlich dafür Sorge tragen, dass solche Eingriffe zu kompensieren sind, wenn sich in der Abwägung Nachteile im ökologischen Bereich ergeben gegenüber dem zugrundeliegenden überwiegenden Interesse im wirtschaftlichen Bereich, den Interessen einer Gebietskörperschaft, dass natürlich dann solche Eingriffe zu kompensieren sind. Auch das ist nichts Neues, weil es sich wie ein roter Faden durch zahlreiche Urteile und Verfahrensschritte zieht. Also, Frau Dr. Schaefer, tun Sie doch bitte nicht so, als ob das, was Sie jetzt hier zitiert haben, für die Beteiligten, die sich in der Vergangenheit ansatzweise mit diesem Projekt auseinandergesetzt haben, irgendetwas Neues war! Nein, es ist nichts Neues, es ist altbekannt, was Sie hier zum Besten gegeben haben!

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das sind Informationen, die Ihnen offensichtlich fehlen!)

(D)

Es ist auch klar, dass die Hürden hoch sind, und deswegen muss man deutlich zum Ausdruck bringen, was der EuGH zugelassen hat – das negieren Sie hier, da haben Sie schon Ihre Schlussfolgerungen gezogen –: Das Urteil des EuGH lässt es bei einer Abwägung auch zu, diese Maßnahme zu genehmigen, wenn

(A) ein übergeordnetes öffentliches Interesse existiert und wenn die Nachteile ausgeglichen werden. Das ist die Kernaussage des Urteils des EuGH, und nicht die Sackgasse, die Sie hier gerade beschrieben haben.

Wenn Sie dann anfangen, Frau Dr. Schaefer, den Tiefwasserhafen in den Wettbewerb zu den stadtbremischen Hafengebieten zu stellen – ob es jetzt der Neustädter Hafen oder der Industriehafen ist –, dann muss ich dazu sagen, dass Sie von der Materie überhaupt keine Ahnung haben.

(Beifall CDU, FDP – Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Doch!)

Es ist ein Rückfall in die Hafenpolitik von Manfred Schramm, eine pathologische Ignoranz von Fakten, die damals die Hafenpolitik geprägt hat.

Von einer Blockadehaltung hatten Sie sich in den letzten Jahren ein wenig wegorientiert, aber Sie scheinen jetzt wieder zurückzufallen, nicht anders kann man Ihre Aussage verstehen, dass der Tiefwasserhafen im Wettbewerb zum Industriehafen und zum Neustädter Hafen stehe. Verzeihung, wenn ich das so deutlich sage: Sie haben von der Materie keinen blassen Schimmer!

(Beifall CDU – Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber Sie!)

(B) Der Tiefwasserhafen ist ein Hafen für Verkehre, die auch nicht Nordamerika anfahren, sondern es ist ein Tiefwasserhafen für die neue Generation von Containerschiffen mit einer Kapazität von 18 000 und 19 000 TEU und Tiefgängen, voll abgeladen, von 13 bis 14 Metern. Diese Schiffe kommen sowieso nie in das stadtbremische Gebiet, sie fahren es auch gar nicht an, weil es unwirtschaftlich wäre, und sie fahren übrigens auch nicht Nordamerika an, sondern werden primär in den Verkehren zwischen Asien und Europa eingesetzt. Deswegen hinkt der Vergleich, er passt einfach nicht, meine Damen und Herren, es ist ein Containerhafen.

Was haben wir in den stadtbremischen Häfen für eine Struktur der Verkehre? Es wird dort Massengut transportiert, zum Beispiel für die Stahlwerke. Ich empfehle Ihnen, Frau Dr. Schaefer, Ihren Blick einmal diesem Industriehafengebiet zu widmen! Kümmern Sie sich einmal darum, vereinbaren Sie einen Termin mit der ISH Bremen, und man wird Ihnen genau schildern, was dort in den Hafengebieten vor Ort passiert und womit 3 000 bis 4 000 Menschen durch ihre Arbeit ihr tägliches Brot verdienen.

Mich wundern auch die Aussagen der Fraktion DIE LINKE. Auf Ihrer Internetseite beschreiben Sie die schwierige wirtschaftliche Lage der Arbeitsmarktsituation in Bremerhaven, und ich gehe einmal davon aus, dass das auch für Bremen gilt. Was machen Sie hier? Sie halten eine Rede gegen diese Arbeitsplät-

ze, gerade in dem niedrigen Lohnbereich, und Sie machen genau das Gegenteil von dem, wofür Sie sich am 11. Mai 2015 haben wählen lassen. Das ist unglaubwürdig!

(C)

(Beifall CDU)

Deswegen können Sie natürlich mit aller Rhetorik jetzt in die Beschlusspunkte – das haben wir ehrlicher Weise auch nicht anders erwartet – das hineininterpretieren, was Sie wollen, entscheidend ist doch aber, Herr Reinken, und dazu haben Sie absolut kein Wort gesagt: Wie stehen Sie, wie steht die SPD-Fraktion zur Außen- und Unterweservertiefung?

(Glocke)

In Ihren Worten fehlt die klare Aussage, ob Sie in Abwägung der Vor- und Nachteile diese beiden wichtigen Infrastrukturprojekte durchsetzen wollen. Genau diese Aussage haben Sie hier heute nicht getroffen, und genau das ist auch eine Aussage. – Herzlichen Dank!

(Beifall CDU, FDP)

Vizepräsidentin Dogan: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer.

Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kastendiek, Old-School-Ideology, das fällt mir bei Ihrer Rede wirklich nur ein! Sie sagen, ich nähme eine Entscheidung vorweg. Nein! Aber ich nehme einen EuGH-Entscheid ernst und versuche, daraus Schlüsse zu ziehen, während Sie das komplett ignorieren!

(D)

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Sie sagen, es gebe nichts Neues. Doch! Es gab eben am 2. Juli einen EuGH-Entscheid, und wenn Sie sagen, ich hätte hier ein juristisches Seminar gegeben, indem ich auf die Details eingegangen bin, die der EuGH nämlich in diesen Entscheid hineingeschrieben hat – dass es ein Verschlechterungsverbot gibt, dass es ein Verbesserungsgebot gibt, welches die Hürden für eine Ausnahmegenehmigung sind –, dann mache ich das, weil Sie mit keinem Wort darauf eingegangen sind und offensichtlich da auch noch ein paar Informationen brauchten.

Sie sagten, den Beteiligten war das alles bekannt, da gebe es nichts Neues, man habe ja auch alles schon bedacht. Den Eindruck habe ich, ehrlich gesagt, nach dem 2. Juli auch nicht. Man wusste, dass es eine Wasserrahmenrichtlinie gibt, aber was das ganz konkret für die Weservertiefung bedeutet, hat der EuGH eben erst am 2. Juli bekannt gegeben. Insofern teile ich Ihre Ansicht nicht.

(A) Sie sagen, da müsse man eben ein wenig die negativen ökologischen Auswirkungen ausgleichen. Erstens hat die Ökologie einen Wert, zweitens kostet ein Ausgleich Millionen Euro, meine Damen und Herren, und drittens habe ich vorhin darauf hingewiesen, dass es negative Auswirkungen gibt – das weiß man aus den Erfahrungen der letzten Weservertiefungen –, es gibt Erosionen. Wir nehmen zumindest den Hochwasserschutz hier in Bremen ernst, das ist uns ein wichtiges Anliegen, und das kann man eben nicht negieren.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Zum Tiefwasserhafen JadeWeserPort! Sie werfen mir ja vor, ich wüsste nicht darüber Bescheid. Ich habe jetzt acht Jahre im Hafenausschuss mitgearbeitet. Nennen Sie mir doch noch einmal die Begründung für den Bau! Wozu haben wir denn einen Tiefwasserhafen? Doch wohl, damit dort auch die Containerschiffe mit Tiefgang anlegen können! Diese Möglichkeit müssen wir weiter nutzen, und es ist doch richtig, dass diese Koalition sich im Koalitionsvertrag auch genau dazu bekennt, die Potenziale des Tiefwasserhafens in Wilhelmshaven nutzen zu wollen, das stärkt uns auch in der Konkurrenz zu den Häfen in Rotterdam und Antwerpen.

(B) Ich sehe es so, anders als Sie, Herr Kastendiek, dass der EuGH-Entscheid der letzten Woche sehr entscheidend war, ich finde, er ist wegweisend. Wir werden jetzt sehen, wie das Urteil in Leipzig aussieht, danach werden die weiteren Verfahren ja geklärt. Einfach aber immer nur weiterzumachen und zu sagen, dass man etwas braucht, weil man es schon immer gesagt hat, finde ich nicht verantwortungsvoll. Wir nehmen Urteile des EuGH ernst und wollen Ökologie und Ökonomie in Einklang bringen, und dazu gehört auch, nachhaltig mit der Umwelt umzugehen. – Herzlichen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dogan: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Reinken.

Abg. Reinken (SPD) *): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Kastendiek, sie haben eine leidenschaftliche Rede gehalten, und dann verdienen Sie es auch – –.

(Abg. Kastendiek [CDU]: Das ist nett von Ihnen, danke!)

Im Koalitionsvertrag steht: „Die Unter- und Außenweservertiefung sind unter wirtschaftlichen und ökologischen Gesichtspunkten zu bewerten. Wir werden nach Vorliegen der Entscheidungen des EuGH“ –

(Abg. Kastendiek [CDU]: Lesen kann ich auch!)

schön! – „ das notwendige Einvernehmen klären, das sicherstellt, dass das vom Bund geführte Verfahren zur Vertiefung der Außenweser realisiert werden kann.“ Wie können Sie aus so einer klaren Aussage die Unterstellung ableiten, wir würden uns nicht mit Macht dafür einsetzen, dass die seewärtige Erreichbarkeit der Bremerhavener Häfen bestehen bleibt?

(C)

(Abg. Röwekamp [CDU]: Weil wir Frau Schaefer zugehört haben!)

Ich habe eben aus dem Koalitionsvertrag zitiert, und ich habe Ihrem Kollegen Herrn Kastendiek eine Antwort zum Thema Außenweser gegeben!

(Abg. Röwekamp [CDU]: Das ist auch gut so! – Abg. Rohmeyer [CDU]: Wem sollen wir jetzt glauben? – Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Dem EuGH!)

Jeder, der hier aus dem Koalitionsvertrag ableitet, dass die SPD nicht zur seewärtigen Erreichbarkeit der Logistikdrehscheibe Bremerhaven steht, sagt etwas Falsches, das ist doch völlig klar, und damit kommen Sie auch nicht durch!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Zweiter Punkt ist in der Tat, dass wir im Koalitionsvertrag formuliert haben: „Der weitere Umgang mit der Unterweser ist nach Vorliegen der Entscheidung federführend von der niedersächsischen Landesregierung festzulegen.“ Es ist ein Ergebnis der Debatten vor dem EuGH und der zuvor ergangenen Beschlüsse des Bundesverwaltungsgerichts, dass man hier offensichtlich die Flussabschnitte unterschiedlich betrachten muss, und das werden wir hier auch nicht noch einmal durch Parlamentsbeschlüsse aufheben.

(D)

Das können wir hier ganz markig miteinander machen, nur eines ist auch völlig klar: Wenn es Entscheidungen gibt, Flussabschnitte unterschiedlich zu betrachten – und das haben wir im Koalitionsvertrag in der Tat auch so gemeint und gewollt –, dann ist es hier insbesondere die Angelegenheit Niedersachsens zu sagen, wohin es will, und wir müssen das gemeinsam über die Landesgrenzen hinweg mit Niedersachsen diskutieren.

Weitere Bemerkung dazu: Für uns ist aber auch völlig klar, dass die Unterstellung, uns wäre die Konkurrenzfähigkeit der Betriebe egal, die zum Beispiel im Industriebereich angesiedelt sind – dorthin muss man bekanntermaßen ja auch noch einmal durch die Schleuse –, nicht wahr ist. Natürlich wird die weitere Behandlung des Themas Weser auch mit unter dem Gesichtspunkt erfolgen müssen, wie auch die seewärtige Erreichbarkeit der dortigen Betriebe gewährleistet ist. Gegenwärtig ist sie gewährleistet, und nach meiner Kenntnis gibt es gegenwärtig auch kein Vorhaben, die Erreichbarkeit zu verschlechtern oder eine

(A) Erkenntnis, dass die gegenwärtige Erreichbarkeit einen derartigen Konkurrenznachteil darstellt, sodass man sich größere Sorgen machen müsste.

Völlig klar ist, dass diese Betriebe auch weiterhin seewärtig erreichbar sein müssen. Dafür stehen wir, und ich gehe davon aus, dass dies im Rahmen des weiteren Verfahrens, das man in aller Ruhe diskutieren muss, dann auch abgearbeitet wird. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dogan: Als Nächster hat das Wort Herr Senator Günthner.

Senator Günthner*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn man ein bisschen Ruhe in die Debatte einkehren lässt und sich anschaut, worüber wir real sprechen, dann gibt es den Planfeststellungsbeschluss vom 15. Juli 2011, auf den Sie ja auch in Ihrem Antrag Bezug nehmen. Im Jahr 2013 hat das Bundesverwaltungsgericht, das sich intensiv mit den unterschiedlichen Abschnitten und dem Verfahren beschäftigt hat, den Europäischen Gerichtshof um eine Einschätzung gebeten, und zwar nicht zur Weservertiefung oder zur Unterweservertiefung, sondern zu der Frage, wie die Wasserrahmenrichtlinie auszulegen ist, ob sie eine Art politische Zielvorgabe ist, die man allgemein erfüllen muss, oder ob sie in jedem einzelnen Verfahren, für jeden einzelnen Abschnitt eine Bedeutung hat und welche. Diese Einschätzung hat der Europäische Gerichtshof abgegeben.

(B)

Möglicherweise hat sich der eine oder andere beim Bundesverwaltungsgericht von der Anrufung des EuGH versprochen, dass dieser ein abschließendes dazu Urteil fällt, wie es mit der Außenweservertiefung oder der beantragten Unterweservertiefung bis Brake und von Brake bis Bremen weitergeht. Diesen Gefallen hat der EuGH niemandem getan, sondern er hat dem Bundesverwaltungsgericht eine Auslegung der Wasserrahmenrichtlinie an die Hand gegeben, das jetzt auf dieser Grundlage dazu für jeden einzelnen Abschnitt eine Bewertung abgeben muss.

Wenn Sie in Ihrem Antrag den Eindruck erwecken, man müsste in Bremen jetzt nur deutlich genug sagen, der Planfeststellungsbeschluss aus dem Jahr 2011 müsste kraftvoll umgesetzt werden, dann gebe Ihnen den freundliche Hinweis, dass, wenn ich mich recht entsinne, das Bundesverwaltungsgericht in den bisherigen Verhandlungen 59 oder 60 Hinweise gegeben hat, was in dem Verfahren nicht trägt, was nach seiner Auffassung falsch ist.

Unter anderem hat es darauf hingewiesen, dass das Zusammenziehen der drei Flussabschnitte Außenweser, Unterweser bis Brake und Unterweser von Brake bis Bremen in einem Planfeststellungsverfahren geheilt werden muss, weil jeder einzelne Abschnitt der Weser, der angegangen werden soll, dann auch abschnittsweise beurteilt werden muss.

Diese abschnittsweise Beurteilung muss dann noch ergänzt werden um das, was der EuGH im Rahmen der Wasserrahmenrichtlinie festgestellt hat. Nein, er hat nicht festgestellt, Herr Kastendiek, das seien schwerwiegende Eingriffe und das müsse irgendwie ausgeglichen werden, sondern er hat festgestellt, dass es nach der Wasserrahmenrichtlinie durch die Maßnahmen zu keiner Verschlechterung der Wasserqualität kommen darf.

(C)

Das setzt eine Hürde, ob sie nun mittelhoch oder sehr hoch ist, muss am Ende das Bundesverwaltungsgericht beurteilen, und letztlich muss man sich das dann ebenfalls anschauen, und dann müssen diejenigen, die das Verfahren beim Bundesverwaltungsgericht führen – das sind nicht Bremen und Niedersachsen, wir sind jeweils bei den Verfahren beigeladen –, überlegen, welche Heilungsmöglichkeiten in diesem Verfahren bestehen.

Sie können davon ausgehen, dass das Bundesverwaltungsgericht innerhalb eines Jahres zu den einzelnen beschriebenen Abschnitten zu einem Urteil kommen wird – es hat auch schon im Jahr 2013 Hinweise gegeben – und die Verfahrensbeteiligten jetzt dabei sind, die gegebenen Hinweise zu heilen, um zu der Vertiefung der Flüsse kommen zu können. Auch dafür sind wieder entsprechende Planfeststellungsbeschlüsse notwendig. Der Hinweis auf die Öffentlichkeit, den Herr Janßen von der LINKEN gegeben hat, ist auch richtig, weil auch diese Beschlüsse, die dann gefasst werden, von der zuständigen Planfeststellungsbehörde wieder beklagt werden können und sich auch im Lichte der Bewertungen halten müssen. Deswegen haben wir im Koalitionsvertrag ein klares Bekenntnis zur Außenweser abgegeben, der Kollege Reinken hat darauf hingewiesen.

(D)

Wir haben darauf hingewiesen, dass die besondere Problematik, in der wir uns befinden in der Abwägung zwischen Ökonomie und Ökologie – –. Diese Reden über die Ökonomie, die Herr Hilz und Sie gehalten haben, Herr Kastendiek, kann man ja so halten, aber sie helfen einem ja nicht weiter –, wenn es konkret darum geht, das dann umzusetzen, was der EuGH und das Bundesverwaltungsgericht von uns fordern, das sind nur schöne Fensterreden. Diese Gerichte kann man bei der Bewertung der Wasserrahmenrichtlinie oder beim Schlechterstellungsverbot nicht überzeugen, indem man ihnen sagt, aber ökonomisch sei das von herausragender Bedeutung, und deswegen müssten wir die Kriterien, die sie angelegt haben, nicht erfüllen.

Als Drittes haben wir darauf aufmerksam gemacht, dass wir in den Koalitionsverhandlungen zu einem guten Teil versucht haben, das zu antizipieren, was der EuGH machen wird und welche Heilungsmöglichkeiten daraus für die Verfahren entstehen. Wir haben die Einschätzung, dass die niedersächsische Landesregierung für den Teil der Unterweser, für den sie Antragstellerin ist, das Gleiche machen muss und auch

- (A) zu diesen Bewertungen kommen wird. Niedersachsen muss sich mit diesen Themen auseinandersetzen.
- Viertens haben wir darauf hingewiesen, dass wir für weitere Flussvertiefungen nach den aktuell stattfindenden Verfahren – denn wir sind in den Verfahren, diesen Hinweis muss man vielleicht dem einen oder anderen noch mit auf den Weg geben, es ist nicht so, dass wir heute etwas entscheiden müssen – auf das Thema JadeWeserPort verweisen.
- Man muss sich das, finde ich, auch übrigens vor dem zeitlichen Horizont vorstellen. Wir sind in dieses Verfahren, für diesen Schritt der Vertiefung der Außen- und Unterweser, Anfang des Jahres 2000 eingestiegen, wenn ich mich richtig entsinne. Im Jahr 2011 hat es einen Planfeststellungsbeschluss gegeben, dagegen wurde Klage erhoben, und wir schreiben jetzt das Jahr 2015. Man kann davon ausgehen, dass das Bundesverwaltungsgericht innerhalb eines Jahres urteilt, dann werden die Verfahrensbeteiligten versuchen, bestehende Heilungsmöglichkeiten auf den Weg zu bringen – das wird dann bis zum Jahr 2017/2018, vielleicht auch bis 2019 dauern –, und dann wird es möglicherweise neue Planfeststellungsbeschlüsse geben, die dann wiederum beklagt werden können.
- Also, wer jetzt eine Diskussion darüber führen will, wie man sich bei der nächsten Weservertiefung politisch verhalten will, die nach dieser Weservertiefung ansteht, der kann das meinetwegen tun. Es bleibt allerdings eine sehr theoretische Diskussion, weil Sie davon ausgehen können, dass es allein bei diesen Verfahren, in denen wir uns jetzt befinden, eher fraglich ist, ob man noch in dieser Legislaturperiode überhaupt zu politischen Entscheidungen kommen muss.
- (B) Ich wollte Ihnen jetzt nicht den Spaß nehmen an der schönen Debatte über die Grundsatzfrage, die Sie geführt haben, wie stellst du dich zu Ökonomie und Ökologie, und sagt doch alle einmal ganz laut Ja oder Nein zur Weser, außerdem bekennt euch doch einmal zu eurer politischen Haltung. Ich wollte darauf hinweisen, dass wir uns in bisher schon sehr komplexen Verfahren befinden, die auch in Zukunft sehr komplex sein werden, und dass deswegen zeitlich nicht absehbar ist, wann wir hier zu Entscheidungen kommen müssen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!
- (Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)
- Vizepräsidentin Dogan:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.
- Die Beratung ist geschlossen.
- Wir kommen zur Abstimmung.
- Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP mit der Drucksachen-Nummer 19/21, Neufassung der Drucksache 19/14, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür CDU, FDP)
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- (C) (Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, BBR, Abg. Tassis [AfD], Abg. Ravens [parteilos])
- Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.
- Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich Sie in Kenntnis setzen von einem Schreiben, das mir der Präsident des Senats mit Datum vom 15. Juli 2015 übersandt hat. Er schreibt: „Sehr geehrter Herr Präsident, der am heutigen Tage vereidigte Senat hat sich in seiner ersten Sitzung konstituiert und gemäß Artikel 114 der Landesverfassung Frau Senatorin Karoline Linnert zur Bürgermeisterin gewählt. Als Anlage füge ich die vom Senat beschlossene Ressortaufteilung sowie die Namen der neu ernannten Staatsräte bei. Mit freundlichen Grüßen Dr. Carsten Sieling, Bürgermeister“.
- Ich verlese die Ressortaufteilung: Bürgermeister Dr. Carsten Sieling, Präsident des Senats, Der Senator für Angelegenheiten der Religionsgemeinschaften, Der Senator für Kultur, Bürgermeisterin Karoline Linnert, Die Senatorin für Finanzen, Die Senatskommissarin für den Datenschutz, Senator Ulrich Mäurer, Der Senator für Inneres, Senatorin Professor Dr. Eva Quante-Brandt, Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz Senatorin Anja Stahmann, Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, Die Senatskommissarin für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau, Senator Dr. Joachim Lohse, Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Senator Martin Günthner, Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, Der Senator für Justiz und Verfassung, Senatorin Dr. Claudia Bogedan, Die Senatorin für Kinder und Bildung.
- (D) In der Sitzung am 15. Juli 2015 wurden folgende Staatsräte mit Wirkung vom 16. Juli 2015 ernannt: Staatsrat Jan Fries, Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, Staatsrat Frank Pietrzok, Die Senatorin für Kinder und Bildung, Staatsrat Ekkehart Siering, Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.
- Wahl von Frau Staatsrätin Ulrike Hiller zum weiteren Mitglied des Senats nach Artikel 107 Landesverfassung**
Mitteilung des Senats vom 14. Juli 2015
(Drucksache 19/23)
- Für die Wahl eines weiteren Mitglieds des Senats hat der Senat Frau Staatsrätin Ulrike Hiller vorgeschlagen.
- Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

(A) Meine Damen und Herren, die weiteren Mitglieder des Senats werden nach Artikel 107 Absatz 2 Landesverfassung mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt.

Gemäß Paragraf 58 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung erfolgt die Wahl des Senats in geheimer Abstimmung. Gemäß Paragraf 58 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung erfolgt die Abstimmung mit Stimmzetteln in Wahlkabinen.

Sie haben die Möglichkeit, Ja, Nein oder Stimmenthaltung anzukreuzen.

Die Ausgabe der Stimmzettel und Wahlumschläge erfolgt nach Namensaufruf an dem Tisch neben den Wahlkabinen.

Wir kommen zur Wahl.

Ich eröffne den Wahlgang.

Ich rufe jetzt alle Abgeordneten nach dem Alphabet namentlich auf und bitte die so aufgerufenen Damen und Herren, die Wahl vorzunehmen. Gleichzeitig bitte ich die Schriftführerinnen Sandra Ahrens und Manuela Mahnke und die Schriftführer Wilko Zicht und Sükrü Senkal, an der Ausgabe der Stimmzettel und an der Wahlurne Platz zu nehmen.

Wir kommen zum Wahlgang.

(Es folgt der Namensaufruf. – Vizepräsident Imhoff übernimmt den Vorsitz.)

(B) **Vizepräsident Imhoff:** Meine Damen und Herren, ich frage, ob alle Abgeordneten aufgerufen worden sind und ob alle Abgeordneten, die aufgerufen worden sind, ihren Stimmzettel abgegeben haben. – Das ist offenbar der Fall.

Dann stelle ich fest, dass wir zur Auszählung kommen können.

Der Wahlgang ist beendet.

Wir kommen zur Auszählung der abgegebenen Stimmen.

Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die Auszählung vorzunehmen!

Ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag), bis das Ergebnis der Auszählung vorliegt.

(Unterbrechung der Sitzung 15.14 Uhr)



Vizepräsident Imhoff eröffnet die Sitzung wieder um 15.21 Uhr.

Vizepräsident Imhoff: Meine Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich gebe Ihnen jetzt das Wahlergebnis bekannt, und zwar in der Form, wie es mir von der Schriftführerin und dem Schriftführer vorgelegt worden ist: ausgegebene Stimmzettel 82, abgegebene Stimmzettel 82.

Auf Frau Hiller entfielen 46 Jastimmen, 36 Neinstimmen, keine Enthaltungen und keine ungültigen Stimmen.

(Beifall)

Damit ist Frau Staatsrätin Hiller gemäß Artikel 107 Absatz 2 unserer Landesverfassung in den Senat gewählt.

Frau Hiller, die Bürgerschaft (Landtag) hat Sie soeben in den Senat gewählt.

Ich frage Sie: Nehmen Sie die Wahl an?

(Staatsrätin Hiller: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an!)

Ich stelle fest, Sie haben die Wahl in den Senat angenommen.

Vereidigung eines weiteren Mitglieds des Senats

Wir kommen nun zur Vereidigung.

Nach der Landesverfassung haben Sie den Eid vor der Bürgerschaft zu leisten. Ich spreche Ihnen jetzt die Eidesformel vor und bitte Sie, mit den Worten „Das schwöre ich“ oder „Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe“ den Eid zu leisten!

Die Eidesformel lautet: „Ich schwöre als Mitglied des Senats, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen halten und schützen zu wollen.“

Frau Hiller, ich bitte Sie, jetzt den Eid zu leisten!

(Staatsrätin Hiller: Das schwöre ich!)

Meine Damen und Herren, dem von uns heute gewählten und soeben vereidigten weiteren Mitglied des Senats, Frau Hiller, spreche ich die Glückwünsche der Bremischen Bürgerschaft aus! Ich wünsche Ihnen immer eine glückliche Hand!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende unserer heutigen Landtagssitzung angekommen.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 15.25 Uhr)

Die mit *) gekennzeichneten Reden wurden vom Redner/von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)